



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Studierendenbewegung als gegenhegemoniale
Kraft in Chile“

verfasst von / submitted by

Manuel Preusser, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Dr. Johannes Jäger

Abstract (deutsch)

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern die aktuelle Studierendenbewegung in Chile zu einer Abkehr vom neoliberalen Modell beitragen kann. Mit massiven Protesten läutete die Bewegung 2011 eine neue politische Ära in dem südamerikanischen Land ein. Die Studierenden wandten sich dabei zunächst gegen das weitgehend privatisierte Bildungssystem, attackierten mit ihren Forderungen bald aber die Grundfesten der von der Diktatur unter Augusto Pinochet (1973-1990) geerbten neoliberalen Ordnung. Die größte Protestbewegung seit der Rückkehr zur Demokratie führte zu einem Erwachen der Zivilgesellschaft und veränderte die politische Landschaft. In diesem Kontext kam 2014 die *Nueva Mayoría* an die Macht. Präsidentin Bachelet eignete sich zwar den Diskurs der Studierendenbewegung an, konnte bislang aber keine radikale Abkehr vom vorherrschenden Modell einleiten. In der vorliegenden Forschungsarbeit werden die aktuellen Entwicklungen in Chile in Bezug auf das Transformationspotenzial der Studierendenbewegung analysiert.

Abstract (english)

The present thesis addresses the question of how the current student movement in Chile could contribute to an abandonment of the neoliberal model. The movement's massive protests of the year 2011 heralded a new political era. The students initially turned against the widely privatized educational system, but soon started to attack the foundations of the neoliberal regime which the South American country had inherited from the dictatorship under Augusto Pinochet (1973-1990). The biggest protest movement since the return to democracy triggered an awakening of the civil society and modified the political landscape. In this context the *Nueva Mayoría* took power in 2014. President Bachelet adopted the discourse of the student movement, but until now her government has not been able to initiate a radical break with the prevailing model. The present investigation analyzes the current development in Chile related to the student movement's transformative potential.

Abstract (español)

Esta tesis se dedica a responder la pregunta de cómo el movimiento estudiantil actual puede contribuir a un alejamiento del modelo neoliberal en Chile. En 2011, el movimiento inició a través de protestas masivas una nueva era política en el país sudamericano. Los estudiantes inicialmente se rebelaron contra el sistema educacional ampliamente privatizado, pero pronto empezaron a atacar los fundamentos del orden neoliberal heredado de la dictadura de Augusto Pinochet (1973-1990). Las protestas más grandes desde el retorno a la democracia llevaron a un despertar de la sociedad civil y modificaron el panorama político. En este contexto, asumió el poder la *Nueva Mayoría* en 2014. La presidenta Bachelet se apropió del discurso del movimiento estudiantil, pero su gobierno no ha sido capaz de romper radicalmente con el modelo prevaleciente. Esta investigación analiza el desarrollo actual en Chile con respecto al potencial transformador del movimiento estudiantil.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Themenstellung	1
1.2. Forschungsfrage und Gliederung.....	4
1.3. Methoden	5
2. Theoretischer Rahmen.....	9
2.1. Kritischer Realismus.....	9
2.2. Politische Ökonomie.....	10
2.3. Regulationstheorie	14
2.3.1. Akkumulationsregime.....	15
2.3.2. Regulationsweise	19
2.3.3. Staat und Staatsförmigkeit	23
2.4. Gramsci.....	25
3. Akkumulation und Regulation in Chile	30
3.1. Die Implementierung des Modells unter Pinochet (1973-1989)	30
3.1.1. Akkumulation und Regulation vor dem Putsch.....	30
3.1.2. Pinochet und die Chicago Boys	32
3.1.3. Die Schocktherapie (1975-1982)	34
3.1.4. Die Verfassung von 1980.....	38
3.1.5. Die Krise von 1982 und das Ende der Diktatur	39
3.2. Die Festigung des Modells unter der Concertación (1990-2010).....	41
3.2.1. Entstehungskontext der Concertación und externe Beschränkungen	41
3.2.2. Regierungen der Concertación und interne Beschränkungen.....	43
3.2.3. Passiv extravertierte Akkumulation.....	47
3.2.4. Extensive Akkumulation.....	50
3.2.5. Finanzialisierte Akkumulation.....	51
3.3. Die sozialen Folgen des Modells.....	53
3.3.1. Soziale Ungleichheit	54

3.3.2. Das Bildungssystem.....	56
4. Die Studierendenproteste 2011 – Entstehung einer gegenhegemonialen Kraft?	62
4.1. Die Ausgangslage	62
4.1.1. Neoliberale Hegemonie	62
4.1.2. Politische Krise und brüchige Hegemonie.....	64
4.2. Die Entstehung der Studierendenbewegung.....	67
4.2.1. Die Revolución Pingüina	67
4.2.2. Die historische Entwicklung der Studierendenbewegung	69
4.2.3. Piñera und die Misere der höheren Bildung	73
4.3. Die Studierendenproteste von 2011.....	75
4.3.1. Ausbruch der Proteste	75
4.3.2. Forderungen und Diskurse der Studierendenbewegung	79
4.3.3. Allianzen und Konflikte der Studierendenbewegung	81
5. Aktuelle Entwicklungen – Abkehr vom neoliberalen Modell?.....	85
5.1. Veränderung des Alltagsverstands	85
5.2. Die Wahl 2013.....	87
5.3. Politische Veränderungen.....	91
5.3.1. Die Steuerreform.....	92
5.3.2. Die (ersten Schritte der) Bildungsreform.....	95
5.3.3. Wahlrechtsreform und neue Verfassung – Entwicklung der Gegenhegemonie? .	101
6. Conclusio.....	105
Abkürzungsverzeichnis	112
Literaturverzeichnis.....	115
Interviews	118
Internetquellen.....	120
Danksagung	122

1. Einleitung

1.1. Themenstellung

Im Jahr 2011 wurde Chile von einer massiven Protestwelle erfasst, die vor allem von Studierenden und OberstufenschülerInnen getragen wurde. Die Studierendenbewegung erschütterte die politische Landschaft und weckte die Hoffnung auf ein Ende der seit Jahrzehnten stabilen neoliberalen Ordnung im Land. Die Proteste richteten sich dabei zunächst vorwiegend gegen das stark privatisierte Bildungssystem. Die harte Haltung der rechten Regierung von Sebastián Piñera förderte die Massivität und Radikalität der Studierendenbewegung, die sich zunehmend allgemein gegen die Grundfesten des politischen und ökonomischen Systems in Chile richtete. Die Kritik an der aus der Zeit der Militärdiktatur von Augusto Pinochet geerbten Ordnung wurde immer lauter. Pinochet hatte die chilenische Wirtschaft nach dem Putsch 1973 radikal umgestaltet. Die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Bereich wurde stark zurückgedrängt, Gewerkschaften wurden zerstört, die Volkswirtschaft wurde nach außen geöffnet, die Kapitalmärkte wurden dereguliert und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen wurden neoliberalen TechnokratInnen übertragen. Die Schocktherapie unter Pinochet führte zu einem rasanten Anstieg der sozialen Ungleichheit und zu einer Zersplitterung der chilenischen Gesellschaft.

Auch nach dem Übergang zur Demokratie blieben die neoliberalen Strukturen bestehen. Die Mitte-Links-Regierungen der *Concertación* verfolgten ab 1990 eine Konsenspolitik: Aus Angst vor einer Rückkehr der Militärdiktatur wurden die politischen Entscheidungen weitgehend mit der rechten Opposition abgestimmt, die aufgrund des unter Pinochet installierten politischen Systems großen Einfluss nehmen konnte. Zudem wurde der politische Spielraum der *Concertación* von der 1980 unter Pinochet verabschiedeten Verfassung eingeschränkt. Die bis heute gültige Konstitution setzt staatlicher Wirtschaftspolitik sehr enge Grenzen und bevorzugt marktorientierte Politik. Entsprechend schaffte es die *Concertación* in 20 Jahren Regierungszeit bis 2010 nicht, die Grundpfeiler der neoliberalen Ordnung abzubauen. Zwar wurden die Sozialleistungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten deutlich erhöht, was eine signifikante Reduktion der Armut zur Folge hatte, gleichzeitig wurden aber bestimmte Aspekte des von Pinochet geerbten Modells sogar verfestigt – etwa die Abhängigkeit vom Kupferexport. Im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und im Pensionssystem blieben private Unternehmen die dominanten Akteure. Der Staat behielt seine subsidiäre Rolle bei. Er beschränkt sich bis heute darauf, besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen finanziell zu unterstützen. Das staatliche Sozialsystem wurde also

weiterhin nicht direkt gestärkt. Stattdessen flossen weite Teile der Sozialausgaben des Staates in die Subventionierung der Nachfrage. Dadurch konnten sich immer mehr Menschen am privaten Markt mit jenen Gütern und Dienstleistungen versorgen, die in den meisten entwickelten Ländern der Erde vom Staat als Grundrechte garantiert werden. Die strukturelle Ungleichheit blieb dadurch auch in den 20 Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie bestehen, wenngleich die Armut deutlich reduziert werden konnte.

Im Bildungsbereich zeigten sich die Schwachstellen des aufgrund seiner makroökonomischen Erfolge international hoch gelobten neoliberalen Modells besonders deutlich. Die hohe soziale Ungleichheit im Land spiegelt sich im stark segregierten Schulsystem nicht nur wider, sondern wird von diesem zudem verfestigt. Während Kinder aus ärmeren Familien vorwiegend auf die oft defizitären öffentlichen Schulen gehen, können reiche Eltern ihre Kinder auf teure und qualitativ bessere Privatschulen schicken, wodurch sie in weiterer Folge auch leichteren Zugang zu den besten Universitäten des Landes haben. Das Bildungssystem stellt somit ein großes Hindernis für die soziale Mobilität der ärmeren SchülerInnen dar. Im Jahr 2011 eskalierte die schwelende Krise im Bildungswesen und es kam zu den größten Protesten seit der Rückkehr zur Demokratie. Die wichtigsten Universitäten des Landes sowie zahlreiche Sekundärschulen wurden – teilweise für bis zu acht Monate – besetzt. Die phasenweise mehrmals wöchentlich stattfindenden Demonstrationen lockten regelmäßig mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße und die Forderungen der Studierenden fanden immer breitere Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Studierendenbewegung profitierte dabei von mehreren Faktoren.

Erstens waren die Studierenden trotz der Repression und Zerschlagung ihrer Strukturen während der Militärherrschaft besser organisiert als die meisten anderen zivilgesellschaftlichen Akteure im Land. Die Studierendenorganisationen konnten auf eine lange Geschichte des sozialen Kampfes zurückblicken und gerieten zunehmend unter die Kontrolle einer Generation linksgerichteter Führungspersonen, die bereits 2006 mit Massenprotesten der OberstufenschülerInnen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Probleme im marktorientierten Bildungssystem gelenkt hatten. Die vergleichsweise robusten Organisationsstrukturen der Studierenden beförderten die Vielfältigkeit und die Massivität der Protestaktionen. Zweitens verschlimmerte sich die Situation vieler hochverschuldeter Studierender, was den Zulauf der Studierendenbewegung und die Radikalität bestimmter Sektoren befeuerte (Jackson 2013: 18ff, 61). Drittens hatte die Studierendenbewegung mit der neuen Regierung einen klaren Gegenspieler. Sebastián Piñera übernahm 2010 als erster

rechtsgerichteter Präsident seit der Rückkehr zur Demokratie das höchste Staatsamt. Er gab sich zwar gesellschaftspolitisch liberaler als die konservativen Kräfte seiner Regierungsallianz *Alianza*, allerdings befürwortete er die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und bezeichnete Bildung mehrmals explizit als Konsumgut (Oyarzún Serrano 2012: 227).

Die anhaltenden Proteste und der immer größere Zulauf der Studierendenbewegung schafften es in diesem Kontext, die neoliberale Ordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern. Die Infragestellung der marktorientierten Ausrichtung der Wirtschaft beschränkte sich dabei bald nicht mehr auf den privatisierten Bildungsbereich und die individuellen Probleme verschuldeter Studierender. Immer mehr Menschen lehnten die wirtschaftliche und politische Ordnung der Übergangszeit zur Demokratie ab und forderten tiefgreifende Veränderungen. Die traditionellen Parteien waren indes nicht in der Lage, die wachsende Politisierung der Zivilgesellschaft zu kanalisieren und verloren zunehmend ihre Legitimität. Gleichzeitig waren die zivilgesellschaftlichen Organisationen aber noch nicht stark genug, um selbst als Träger eines gegenhegemonialen politischen Projekts aufzutreten.

Die Protestwelle von 2011 hatte dennoch erheblichen Einfluss auf die nachfolgende politische Entwicklung in Chile. Die Rechte wurde deutlich geschwächt und bei der Präsidentschaftswahl 2013 abgewählt. Neue Präsidentin wurde Michelle Bachelet, die von einer verbreiterten Mitte-Links-Allianz, der *Nueva Mayoría*, ins Rennen geschickt wurde. Durch die Aufnahme der kommunistischen Partei (*Partido Comunista* – PC) in die Regierungskoalition versuchte Bachelet, die Verbindungen zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land zu verbessern. Mit Camila Vallejo wurde zudem eine der wichtigsten Führungspersonen der Studierendenproteste von 2011 direkt an die neue Regierung gebunden. Außerdem eignete sich die *Nueva Mayoría* bereits im Wahlkampf die Hauptforderungen der Studierendenbewegung an. So versprach Bachelet eine umfassende Bildungsreform, die etwa kostenlose Hochschulbildung und eine Ende des Gewinnstrebens an Bildungseinrichtungen umfassen sollte, sowie eine progressive Steuerreform und eine neue Verfassung. Nach der Machtübernahme 2014 geriet der Reformeifer der neuen Allianz aber bald ins Stocken. Die konservativen Kräfte innerhalb der Koalition sträubten sich gegen strukturelle Veränderungen und die Regierung begann wieder vermehrt mit der rechten Opposition und dem mächtigen Unternehmertum über ihre Reformvorhaben zu verhandeln.

Die Zivilgesellschaft ist inzwischen aber in viel geringerem Maße bereit, die Konsenspolitik der Übergangsphase zu akzeptieren. Die Studierenden und andere soziale Akteure machen durch erneute Proteste Druck auf die Regierung, ihre progressiven Wahlversprechen

einzuhalten. Dabei konnten zwar einige Erfolge verzeichnet werden, letztlich ist der Einfluss der konservativen Kräfte auf die Regierung aber wohl zu groß, um die von der Studierendenbewegung geforderten radikalen Transformationen noch in dieser Amtszeit einleiten zu können. Die dominanten Strömungen innerhalb der Studierendenbewegung verfolgen aber ohnehin ein längerfristiges Ziel. Die Hauptanstrengungen der Bewegung konzentrieren sich auf den Aufbau einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz, die schlagkräftig genug ist, um den neoliberalen Status quo durch ein gegenhegemoniales Projekt zu ersetzen. Die Kooperation mit zahlreichen Akteuren im Bildungsbereich, mit Eltern, mit Umweltbewegungen und mit Gewerkschaften wurde in den Jahren seit 2011 deutlich ausgeweitet. Die Organisationsstrukturen und das politische Programm der langsam entstehenden gegenhegemonialen Kraft befinden sich aber noch in einem relativ frühen Entwicklungsstadium.

1.2. Forschungsfrage und Gliederung

Ausgehend von der eben beschriebenen Themenstellung besteht das Hauptziel der vorliegenden Arbeit darin, das Transformationspotenzial der Studierendenbewegung in Chile zu analysieren. Den wichtigsten Referenzpunkt hierfür bietet folgende Forschungsfrage:

Inwiefern kann die Studierendenbewegung zu einer Abkehr vom neoliberalen Modell in Chile beitragen?

Um die Forschungsfrage zu beantworten, werden zunächst die Wurzeln und Strukturen des vorherrschenden Modells analysiert. Den Ausgangspunkt hierfür stellt die radikale Umgestaltung der chilenischen Wirtschaft nach dem Militärputsch von 1973 dar (*Kapitel 3.1.*). Anschließend wird die Fortsetzung des während der Diktatur eingeschlagenen Wegs unter den demokratischen Regierungen der *Concertación* beleuchtet (*Kapitel 3.2.*). Diese Vorgehensweise dient dem Zweck, ein klares Verständnis für die Ausgangslage zu schaffen, in der die Studierendenbewegung ab 2011 zu einem wichtigen politischen Akteur im Land werden konnte. Die Analyse der wirtschaftspolitischen Strukturen orientiert sich dabei an der Regulationstheorie, die in *Kapitel 2.3.* genauer erläutert wird.

In *Abschnitt 4* der vorliegenden Arbeit wird der Ausbruch der Massenproteste von 2011 betrachtet. In diesem Kapitel geht es zunächst, um die sozialen und ökonomischen Faktoren, die die politische Relevanz der Proteste ermöglichten. Zudem werden die Diskurse und Forderungen der Studierendenbewegung analysiert. Auch die sozialen Allianzen der

Studierenden, der gesellschaftliche Rückhalt ihrer Forderungen und die Reaktion der traditionellen Politik werden in diesem Kontext behandelt.

In *Kapitel 5* geht es letztlich um die konkreten Veränderungen, die von der Studierendenbewegung ins Rollen gebracht wurden. Hierbei werden einerseits die politischen Transformationen der letzten Jahre analysiert – etwa die Erfolge einiger ehemaliger VertreterInnen der Studierendenbewegung bei den Wahlen 2013. Zudem werden auch die Reformen der aktuellen Regierung unter Michelle Bachelet in den Blick genommen. Andererseits liegt der Fokus auf den weniger klar erkennbaren Veränderungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Den theoretischen Rahmen für die Analyse der Veränderungen auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene bietet Antonio Gramsci, dessen Theorie in *Kapitel 2.4.* beschrieben wird. Durch diese Perspektive kann die Studierendenbewegung als treibende Kraft hinter einer gegenhegemonialen Bewegung betrachtet werden, die in Zukunft zur Abkehr vom neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Chile beitragen könnte.

Die Chancen auf eine progressive Transformation im Land sind heute auch dank der Studierendenbewegung so groß wie seit über 40 Jahren nicht mehr. Ihr Gelingen ist dennoch alles andere als gesichert. In diesem Zusammenhang soll die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Erforschung des konkreten Transformationspotenzials der Studierendenbewegung in Chile leisten.

1.3. Methoden

Die in *Kapitel 3* durchgeführte Analyse des vorherrschenden Wirtschaftsmodells in Chile basiert vorwiegend auf wissenschaftlicher Literatur zum Thema. Auch in den Kapiteln über den Ausbruch, die Entwicklung und die Erfolge der Studierendenbewegung wird teilweise auf Literaturrecherche zurückgegriffen. Den wichtigsten Teil der Datensammlung für *Kapitel 4* und *Kapitel 5* stellten aber zwei Forschungsreisen dar. Der Autor verbrachte sechs Wochen zwischen August und September 2014 in Valparaíso und weitere zwei Monate im Mai und April 2015 vorwiegend in Santiago. Während der beiden Aufenthalte wurden insgesamt 15 ExpertInneninterviews geführt. Die Leitfadenterviews wurden hauptsächlich mit aktuellen und ehemaligen Führungspersonen der Studierendenbewegung geführt. Dadurch sollten ihre Diskurse und Ideologien sowie ihre Einschätzungen der Zukunftsaussichten besser in den Blick genommen werden. Um die Allianzen der Bewegung und ihren Einfluss auf andere soziale Akteure besser analysieren zu können, wurden außerdem einige Interviews mit VertreterInnen von Gewerkschaften und von anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen

geführt. Die formellen Interviews stellten einen sehr wichtigen Teil der Datenerhebung während der beiden Forschungsreisen in Chile dar.

Der Autor nahm darüber hinaus an einigen Protestaktionen der Studierendenbewegung teil und konnte so die zivilgesellschaftlichen Dynamiken besser einordnen. Neben einigen Protestmärschen wohnte der Autor zudem der Besetzung eines Gymnasiums in Valparaíso am 11. September 2014 bei – dem Jahrestag des Militärputsches unter Pinochet. Die Besetzung wurde von den SchülerInnen der Schule demokratisch beschlossen und von zahlreichen LehrerInnen unterstützt. Auch einige radikale Studierende beteiligten sich daran. Die Besetzung beinhaltete die Vorführung von Dokumentarfilmen über die Diktatur und die traditionelle Studierendenbewegung sowie die Vorbereitung auf Konfrontationen mit der Polizei. Sie endete bereits am Nachmittag desselben Tages, nachdem zahlreiche vermummte SchülerInnen und Studierende vor dem Gebäude brennende Straßenblockaden errichtet hatten, es zu Ausschreitungen mit der Polizei gekommen war und die hochgerüsteten PolizistInnen die Schule gestürmt und zahlreiche Jugendliche festgenommen hatten.

Außerdem nahm der Autor im April und Mai 2015 an zwei Plenarsitzungen der in der Bewegung federführenden Studierendendachorganisation CONFECH (*Confederación de Estudiantes de Chile*) teil. Dadurch konnten sowohl die Organisationsstrukturen als auch die internen Kräfteverhältnisse innerhalb der Studierendenbewegung besser eingeschätzt und analysiert werden. Außerdem boten die jeweils einen ganzen Tag dauernden Sitzungen – wie auch die Teilnahme an den Protestaktionen – zahlreiche Möglichkeiten, auf informelle Gespräche mit in der Bewegung aktiven Personen. Die so gewonnenen Eindrücke und Einblicke führten zu einem besseren Verständnis der Konflikte innerhalb der Studierendenbewegung. Somit konnten nicht nur die internen Auseinandersetzungen und die ambivalente Haltung der Studierenden gegenüber Verhandlungen mit der Regierung, sondern auch die dominanten ideologischen Strömungen innerhalb der Bewegung treffender analysiert werden.

Besonders enge Verbindungen baute der Autor während seiner Forschungsreisen mit der Studierendenvereinigung der *Universidad de Chile* auf (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile* – FECH). Die FECH ist als Vereinigung der traditionsreichsten Universität des Landes eine sehr wichtige Kraft innerhalb der Studierendenbewegung, weshalb ihre prominente Rolle im Rechercheprozess durchaus Sinn ergibt. Ein weiterer Grund für die Konzentration der Recherchearbeit auf die FECH war aber sehr pragmatisch. Die FECH-MitarbeiterInnen zeigten sich von Beginn an sehr hilfsbereit und organisierten

etwa die beiden Teilnahmen an den Plenarsitzungen der CONFECH. Außerdem öffnete die FECH ihr Archiv für die Recherche, wodurch die interne Entwicklung seit der Protestwelle von 2011 genauer betrachtet werden konnte. Zudem halfen die MitarbeiterInnen der FECH bei der Kontaktaufnahme mit potenziellen InterviewpartnerInnen. Die Interviews mit den ehemaligen FECH-PräsidentInnen sowie der damals amtierenden Präsidentin der Vereinigung sind auf diese Kooperation zurückzuführen. Viele der restlichen Interviews wurden im Schneeballsystem am Rande der genannten Gespräche in die Wege geleitet. Die Tatsache, dass die meisten Interviews mit (ehemaligen) Studierenden der traditionellen staatlichen Universitäten geführt wurden, muss in der weiteren Forschung kritisch hinterfragt werden. Die PräsidentInnen der Studierendenverbände dieser Universitäten sind zwar die dominanten Personen innerhalb der CONFECH, sie repräsentieren aber bei Weitem nicht die Mehrheit der mobilisierten Studierenden im Land. Auch an den zahlreichen privaten Universitäten und Hochschulen sind die Proteste seit 2011 sehr potent. Zudem kommen die Studierenden der privaten Einrichtungen tendenziell aus niedrigeren sozialen Schichten als etwa jene der *Universidad de Chile* oder der *Universidad Católica de Chile*.

Da sich die vorliegende Arbeit aber nicht auf die Entwicklungen innerhalb der Studierendenbewegung beschränkt, stellt auch die Analyse der zivilgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einen wichtigen Teil der Forschung dar. Das Transformationspotenzial der Bewegung kann erst im Zusammenspiel mit den vorherrschenden sozialen Gegebenheiten adäquat in den Blick genommen werden. Neben den Interviews und teilnehmenden Beobachtungen im direkten Umfeld der Studierendenbewegung war deshalb auch die Analyse der allgemeinen gesellschaftlichen Dynamiken im Land von großer Bedeutung. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche weitere informelle Gespräche mit BürgerInnen aller Altersklassen geführt. Darüber hinaus war der durch die persönliche Anwesenheit des Autors in Chile erleichterte Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen über die jüngsten sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungen von großer Bedeutung. Eine weitere wichtige Quelle stellten die traditionellen Medien dar – also vor allem Zeitungen und Fernsehsender. In diesem Zusammenhang war die kritische Hinterfragung der Quellen essenziell, weil die Medienlandschaft in Chile traditionell die Interessen der Elite vertritt.

Eine nützliche Informationsquelle stellte zudem das Internet dar – insbesondere die sozialen Netzwerke, auf denen die Studierendenbewegung in den letzten Jahren ein Gegengewicht zu den stark konzentrierten und weitgehend gleichgeschalteten Massenmedien im Land darstellt. Vor allem über *Facebook* behielt der Autor auch nach Beendigung des zweiten

Forschungsaufenthalts den Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Studierendenbewegung. Das Internet bot zudem die Möglichkeit, die Medienberichterstattung in Chile auch von Europa aus zu verfolgen und den direkten Kontakt mit einigen chilenischen InformantInnen zu halten.

Die beschriebene Datenerhebung stellt allerdings nur einen Teil der Forschungsarbeit dar. Durch einen zirkulären Forschungsprozess sollten aus der gewonnenen Datenmenge möglichst relevante Erkenntnisse abstrahiert werden. Diese Vorgehensweise basiert auf den wissenschaftstheoretischen Annahmen des Kritischen Realismus, die in *Kapitel 2.1.* genauer beschrieben werden. Im nachfolgenden Abschnitt wird außerdem der theoretische Rahmen der vorliegenden Arbeit vorgestellt, der eine akkurate Beantwortung der Forschungsfrage ermöglichen soll.

2. Theoretischer Rahmen

2.1. Kritischer Realismus

Allgemein orientiert sich die vorliegende Arbeit an den wissenschaftstheoretischen Leitlinien des von Roy Bhaskar begründeten Kritischen Realismus. Wissenschaftliche Arbeit wird also, anders als bei positivistischen Ansätzen, nicht als wertfrei und objektiv verstanden. Zugrunde liegt die ontologische Annahme, dass die soziale Realität das Resultat eines komplexen Zusammenspiels verschiedener Faktoren und damit ein offenes System ist. Jedes Phänomen entsteht also aus dem Zusammenwirken unendlich vieler verschiedener Mechanismen. In diesem Zusammenhang spricht man von multipler Determination. In Anbetracht dieser enormen Menge an relevanten Faktoren ist es im Kritischen Realismus immer notwendig, bestimmte Aspekte in den Fokus zu rücken. Dieser Auswahlprozess und damit in weiterer Folge auch die anschließende wissenschaftliche Arbeit sind immer selektiv, perspektivisch sowie in gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen eingebettet. Im Laufe des wissenschaftlichen Produktionsprozesses kommt es bei kritisch-realistischer Forschung zu einem ständigen Wechselspiel zwischen Abstraktion und Konkretion. Nachdem die konkreten Ausformungen eines sozialen Phänomens betrachtet werden, analysiert man diese in Bezug auf eine abstrakte Theorie, die dann wiederum an die konkreten Beobachtungen angepasst werden muss. Anschließend werden wieder die konkreten Ausformungen in den Blick genommen (Jäger/Springler 2013: 27ff.).

Im Kritischen Realismus wird von der Existenz asymmetrischer Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft ausgegangen. Eines der Hauptziele der Wissenschaft ist aus dieser Perspektive das Sichtbarmachen und Hinterfragen der sozialen Strukturen, um in weiterer Folge emanzipatorische Entwicklungen zu ermöglichen. Wissenschaftliche Arbeit ist im Kritischen Realismus also dezidiert parteiisch, da sie auf die Dekonstruktion bestehender Machtverhältnisse und auf die Ermächtigung bestimmter subalternen Gruppen innerhalb der Gesellschaft abzielt. Es geht demnach um das aktive Verändern bestehender Strukturen durch die Wissenschaft, während im positivistisch geprägten Kritischen Rationalismus lediglich konkrete Problemlösungen innerhalb der vorliegenden Strukturen gesucht werden. Im Kritischen Realismus wird außerdem nicht nach allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten gesucht. Vielmehr geht es darum, handlungsrelevantes Wissen für bestimmte Akteure in einem bestimmten raum-zeitlichen Kontext bereitzustellen (Jäger/Springler 2013: 28ff.).

In der vorliegenden Arbeit werden also einerseits die bestehenden Machtverhältnisse innerhalb der chilenischen Bevölkerung kritisch hinterfragt. Des Weiteren soll dazu

beigetragen werden, die Handlungsmöglichkeiten der Studierendenbewegung offenzulegen, um emanzipatorische Veränderungen innerhalb der Gesellschaft voranzutreiben. Der Forschungsprozess ist dabei zirkulär angelegt. Dabei wechseln sich Abstraktion und Konkretion ständig ab. Die im Zuge der Forschungen in den Blick genommenen konkreten Beobachtungen werden also immer mit den abstrakteren theoretischen Annahmen verglichen. Anschließend werden die theoretischen Konzepte geschärft und angepasst, ehe wieder die konkreten Beobachtungen analysiert werden. Dadurch soll letztendlich eine möglichst akkurate und theoretisch fundierte Beantwortung der Forschungsfrage gelingen.

2.2. Politische Ökonomie

Einen weiteren wichtigen Bezugspunkt der vorliegenden Arbeit stellt darüber hinaus die Politische Ökonomie dar. Dieser theoretische Zugang teilt die ontologischen und epistemologischen Ansichten des zuvor beschriebenen Kritischen Realismus. Für diese Forschung ist die Politische Ökonomie besonders deshalb geeignet, weil sie es ermöglicht, die sozialen Veränderungsprozesse innerhalb einer Gesellschaft in Verbindung mit sozio-ökonomischen Strukturen zu analysieren. Ökonomische Phänomene werden in der Politischen Ökonomie nicht isoliert betrachtet, sondern gelten als Teil gesellschaftlicher Phänomene und als Resultat des komplexen Zusammenspiels vieler unterschiedlicher Faktoren. In diesem Punkt unterscheidet sich die Politische Ökonomie von den traditionellen ökonomischen Theorien wie etwa der Neoklassik. Es wird angenommen, dass individuelle und kollektive Handlungen bestimmten Einfluss auf die Ökonomie haben. Die Ausgestaltung der ökonomischen Strukturen wird also als Resultat gesellschaftlicher Kämpfe und Kompromisse betrachtet. Jedoch wird auch betont, dass die vorherrschenden Strukturen die individuellen und kollektiven Handlungsmöglichkeiten zum Teil stark einschränken können (Jäger/Springler 2013: 32f., 89).

Das zentrale Konzept der Politischen Ökonomie ist die Produktionsweise. Damit ist die Transformation der Natur durch menschliche Arbeit gemeint. Die Ausgestaltung der jeweiligen Produktionsweise ist immer das Resultat von komplexen sozialen Prozessen, in denen Machtungleichheiten oft eine große Rolle spielen. Wie sich eine Produktionsweise entwickelt, hängt eng mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse zusammen. Hiermit sind einerseits technologische und organisatorische Veränderungen im Produktionsprozess und andererseits Veränderungen der gesellschaftlichen Organisation von Produktion allgemein gemeint. Wenn es zu großen

Transformationen bei den Produktivkräften kommt, entstehen oft neue Widersprüche, die eine Anpassung der Produktionsverhältnisse nötig machen und somit weitreichende Auswirkungen auf die Produktionsweise haben. Die vorherrschende Produktionsweise wird dabei aber immer durch einen gesellschaftlichen Überbau stabilisiert. Dieser besteht aus verschiedenen materiellen und diskursiven Elementen. Zu nennen sind beispielsweise staatliche und nicht-staatliche Institutionen, aber auch die innerhalb einer Gesellschaft allgemein akzeptierten Lebens-, Arbeits- und Konsumnormen. Der gesellschaftliche Überbau lässt sich dabei nicht direkt aus den ökonomischen Strukturen ableiten, sondern ist auch gesellschaftlich umkämpft. Es besteht also ein dialektisches Wechselverhältnis zwischen dem Überbau und der Produktionsweise. Die gesellschaftlichen Kämpfe um die Ausgestaltung der Produktionsweise werden in der Politischen Ökonomie anhand von Klassen betrachtet. Im Vordergrund steht der im Marxismus traditionelle Klassenkonflikt zwischen Lohnabhängigen und KapitalistInnen. Allerdings werden auch Interessenskonflikte innerhalb dieser großen Klassen in die Analyse miteinbezogen. Zudem wird betont, dass Klassenunterschiede in peripheren Ländern oft deutlicher zutage treten als in den reichen Industriestaaten (Jäger/Springler 2013: 70ff).

Kapitalistische Produktionsweisen sind aus der Perspektive der Politischen Ökonomie immer durch den inneren Zwang zur Kapitalakkumulation gekennzeichnet. Dieser Akkumulationsimperativ spiegelt sich in der Formel $G-W-G'$ wider. Geld (G) wird verwendet, um Natur durch Arbeit in Ware (W) umzuwandeln, die dann wiederum um mehr Geld (G') verkauft wird. In der Politischen Ökonomie wird allerdings davon ausgegangen, dass gesellschaftlicher Wert nur durch menschliche Arbeit geschaffen werden kann. Anders als bei anderen Waren ist der Gebrauchswert von Arbeitskraft also höher als ihr Tauschwert. Die Differenz zwischen Tauschwert (Lohn) und Gebrauchswert (Schaffung von gesellschaftlichem Wert) fließt als Mehrwert der Kapitaleseite zu. Aus diesem Grund haben KapitaleigentümerInnen im Kapitalismus ein implizites Interesse an einem gewissen Maß an Arbeitslosigkeit, um im Spiel zwischen Angebot und Nachfrage die Löhne niedrighalten zu können. Unter anderem deshalb ist der Kapitalismus aus Sicht der Politischen Ökonomie notwendigerweise widersprüchlich. Während niedrige Löhne zwar hohe Gewinne für die KapitalistInnen ermöglichen, schränken sie nämlich gleichzeitig die Verkaufsmöglichkeiten der produzierten Waren ein – Produktion und Konsum klaffen auseinander, produzierte Waren können aufgrund mangelnder Nachfrage also nicht mehr verkauft werden. Ein weiterer Faktor, der die unendliche Kapitalakkumulation beschränkt, ist die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen auf der Erde. Sobald diese dem Kapitalismus innewohnenden

Widersprüche zu Realisierungs- oder Verwertungsproblemen führen, spricht man von einer Krise. In Krisenzeiten treten die Widersprüche der vorherrschenden Produktionsweise offen zutage und die gesellschaftlichen Konflikte um eine Neuausrichtung eskalieren. Eine Krise kann einerseits direkt in der Produktionssphäre auftreten, was meist mit einem massiven Rückgang der Produktion und steigender Arbeitslosigkeit einhergeht. Andererseits kann eine Krise auch in der Zirkulationssphäre ausgelöst werden – also dort wo die produzierten Waren gehandelt werden. Hierbei ist aber anzumerken, dass in der Zirkulationssphäre – also heutzutage etwa auf den Finanzmärkten – kein Mehrwert geschaffen wird. Finanzspekulation ist also immer reine Umverteilung von Mehrwert und damit in letzter Instanz von den Entwicklungen in der Produktionssphäre abhängig, wo dieser Mehrwert geschaffen wird (Jäger/Springler 2013: 76ff).

Politökonomische Forschung verfolgt das Ziel, eine kritische Analyse vorherrschender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen zu liefern. Die konkreten Ausformungen eines Wirtschaftssystems werden also nicht als natürlich angesehen, sondern als Konsequenz bestehender Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Hierbei muss immer der konkrete historische Kontext betrachtet werden, da das Vorhandensein universell gültiger Regelmäßigkeiten negiert wird. In Anlehnung an Marx' philosophischen Materialismus bildet die Untersuchung konkreter sozio-ökonomischer Phänomene oft den Ausgangspunkt. Die polit-ökonomische Forschung beginnt also auf niedrigem Abstraktionsniveau. Durch die im Kritischen Realismus übliche Methodik der Abstraktion und Konkretion sollen die analysierten Ausformungen dabei ständig mit abstrakten theoretischen Annahmen verknüpft werden, um letztendlich zu einer kohärenten theoretischen Erklärung der beobachteten Phänomene bzw. ihrer Einzelteile zu gelangen. Der Forschungsprozess kann also als kumulativ-zirkulär bzw. spiralförmig bezeichnet werden. Politökonomische Forschung ist dezidiert nicht unparteiisch. Die wissenschaftliche Arbeit erfolgt meist aus der Perspektive einer bestimmten sozialen Klasse, die besonders von den vorherrschenden Strukturen benachteiligt wird. Es werden also verstärkt auch die Ideen und Diskurse subalternen Gruppen in den Blick genommen. Endgültiges Ziel dieser Vorgehensweise, auf die auch in der vorliegenden Arbeit zurückgegriffen wird, ist es, die Möglichkeiten für emanzipatorische Veränderungen auszuloten (Jäger/Springler 2013: 82ff).

Dementsprechend ist die Analyse von bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ein zentraler Bestandteil wissenschaftlicher Arbeit in der Politischen Ökonomie. Diese spiegeln sich wie bereits angedeutet im gesellschaftlichen Überbau wider – sie werden also stark von

ökonomischen Faktoren beeinflusst, können aber nicht auf diese reduziert werden. Es ist daher notwendig, die gesellschaftlichen Konflikte und klassenübergreifenden Kompromisse auf ökonomischer und politischer Ebene sowie deren komplexe Verknüpfungen zu betrachten, um die Machtverhältnisse innerhalb des Überbaus erklären zu können. Auf politischer Ebene ist der Staat von besonderer Bedeutung, da er den sichtbarsten und fassbarsten Aspekt des Überbaus darstellt. Deshalb ist es wichtig, den Staat theoretisch klar zu fassen. Innerhalb der Politischen Ökonomien gibt es unterschiedliche staats-theoretische Zugänge. Funktionalistische Ansätze analysieren den Staat in Zusammenhang mit der Funktion, die er für den kapitalistischen Akkumulationsprozess spielt – etwa durch die Zuteilung und Durchsetzung privater Eigentumsrechte. Instrumentalistische Staatstheorien sehen den Staat lediglich als Instrument zur Absicherung der dominanten Stellung einer ökonomisch vorherrschenden Klasse (Jäger/Springler 2013: 137ff).

In der vorliegenden Arbeit wird ein anderer staats-theoretischer Zugang gewählt, der besser geeignet ist, um die zugrundeliegenden sozialen Konflikte in die Analyse zu integrieren. In Anlehnung an die Theorien von Antonio Gramsci und Nicolas Poulantzas wird der Staat als Ausdruck verdichteter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse begriffen. Es wird betont, dass sowohl im Staat und seinen Institutionen als auch in der Zivilgesellschaft verschiedene (Klassen-)Interessen aufeinandertreffen und miteinander um eine dominante Stellung konkurrieren. Bob Jessop betont in diesem Zusammenhang aber, dass ökonomisch dominante Klassen besseren Zugang zu den staatlichen Entscheidungsfindungsprozessen genießen und sich daher in einer besseren Ausgangsposition befinden als subalterne Klassen. Dies liegt auch daran, dass die Handlungsfähigkeit des Staates letztlich teilweise von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Privatsektor abhängt. Nach diesem gramscianischen Verständnis ist der Staat zwar durch Zwangselemente gekennzeichnet, allerdings muss er sich und seine Legitimität auf Ebene der Zivilgesellschaft absichern. Hier muss die dominante Klasse also immer um die Zustimmung der anderen gesellschaftlichen Klassen kämpfen – dies geschieht einerseits durch materielle Zugeständnisse und andererseits auf diskursiver Ebene durch das Propagieren einer angeblichen Interessenshomogenität. Sobald die herrschende Klasse die aktive und passive Zustimmung der meisten sozialen Gruppen erlangt hat, spricht man von Hegemonie. Da nie alle Klassen überzeugt bzw. miteinbezogen werden können, ist aber immer auch ein gewisses Maß an staatlichem Zwang notwendig. Diese gesellschaftlichen Kämpfe sind immer im Kontext der globalen Hegemonie zu analysieren. Aufgrund bestehender Abhängigkeiten ist dies bei der Analyse von Staaten der Peripherie besonders wichtig. Da sich hier meist große Bevölkerungsgruppen in einer marginalisierten

Position befinden, kommt es vermehrt zur autoritären Durchsetzung einer bestimmten – oft von außen auferlegten – Produktionsweise (Jäger/Springler 2013: 141ff.). Um die sozialen Konflikte auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene sowie deren komplexes Wechselverhältnis besser in den Blick nehmen zu können, wird in der vorliegenden Arbeit stark auf gramscianische Theorie Bezug genommen (siehe *Kapitel 2.4.*).

Auch bei der Analyse der in Chile vorherrschenden ökonomischen Strukturen und Dynamiken ist es notwendig, über die sehr allgemein gefassten theoretischen Konzepte der Politischen Ökonomie hinauszugehen und diese zu konkretisieren. Zu diesem Zweck bietet sich die Regulationstheorie an, die im folgenden Kapitel genauer vorgestellt wird.

2.3. Regulationstheorie

Die Regulationstheorie entstand in den 1970er-Jahren in Frankreich. Wichtige Einflüsse kamen aus der marxistischen Theorie sowie aus der Studentenbewegung von 1968. Ziel war es, raum-zeitlich unterschiedliche Ausprägungen des Kapitalismus zu analysieren. Dabei entwickelten sich mit der Zeit zwei relevante Strömungen: ein marxistischer Ansatz, der den Kapitalismus grundsätzlich als widersprüchlich betrachtet, und ein institutionalistischer Ansatz, der sich eher auf die Kritik an konkreten Ausformungen des Kapitalismus beschränkt (Becker 2013: 24). Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der marxistischen Auslegung. Dabei wird eine Lesart marxistischer Theorie gewählt, die nicht deterministisch ist und von einer Linearität der Entwicklung ausgeht (Becker 2002: 51). Durch eine historisch, räumlich und zeitlich eingebettete Analyse mittlerer Reichweite sollen Erkenntnisse gewonnen werden, die zur Ausarbeitung progressiver politischer Strategien beitragen können. Die marxistische Regulationstheorie unterscheidet sich dabei vom orthodoxen Marxismus dadurch, dass historische Revolutionserfahrungen keinen Maßstab für erstrebenswerte gesellschaftliche Veränderungen darstellen (Becker 2013: 25).

Der Ansatz ist der Politischen Ökonomie zuzuordnen. Im Zentrum steht die Frage, warum es trotz aller inneren Widersprüche kapitalistischer Produktionsweisen immer wieder zu längeren Phasen stabiler Entwicklung ohne größere Krisen kommen kann – etwa in den Industriestaaten der Nachkriegszeit während der Phase des sogenannten Fordismus. Zentrale Begriffe sind das Akkumulationsregime und die Regulationsweise. Das Akkumulationsregime bezeichnet dabei die Art der Produktion innerhalb einer Gesellschaft, während sich die Regulationsweise auf jene Mechanismen bezieht, die die Widersprüche innerhalb des Akkumulationsregimes zumindest temporär aufheben oder überbrücken (Jäger/Springler

2013: 199ff.). Joachim Becker spricht sich gegen die strenge analytische Trennung zwischen stabilen Phasen und Krisen aus. Um die feinen Nuancen zwischen Stabilität und Instabilität besser in den Blick nehmen zu können, schlägt er den Begriff des Regulationsdispositivs vor. Im Gegensatz zum Konzept der Regulationsweise können die einzelnen Elemente der Regulation hier nicht getrennt voneinander analysiert werden. Sie bestehen nur im komplexen Zusammenwirken zueinander. Zwischen den einzelnen Aspekten der Regulation existieren also immer Beziehungen und Abhängigkeiten. Diese sind nicht starr und von außen gegeben, sondern können durch konkrete Geschehnisse und Handlungen verändert werden. Außerdem bietet das Konzept des Regulationsdispositivs den Vorteil, dass nicht nur Phasen relativer Stabilität, sondern auch Krisen und längere Zeiträume der Instabilität mit den Instrumenten der Regulationstheorie untersucht werden können (Becker 2002: 277f., Becker 2013: 46). Dies ist im Kontext der vorliegenden Arbeit besonders wichtig, da es gerade in Ländern der (Semi-)Peripherie oft zu ausgedehnten Phasen instabiler Akkumulation kommt (Becker 2013: 36). Die traditionelle Regulationstheorie, die sich vor allem mit den Entwicklungen in den wohlhabenden Industriestaaten beschäftigt, muss auch in anderen Fällen adaptiert werden, um der Realität in der (Semi-)Peripherie gerecht zu werden und damit auch für die vorliegende Arbeit nutzbar zu sein. So bieten sich etwa Verknüpfungen mit der lateinamerikanischen Dependenztheorie an (Becker 2002: 214ff.).

2.3.1. Akkumulationsregime

Die jeweilige Akkumulationsweise wird im Rahmen der Regulationstheorie anhand von vier Achsen analysiert. Erstens geht es um die idealtypische Unterscheidung zwischen intensiver und extensiver Akkumulation. Zweitens darum, ob die Akkumulation intravertiert oder extravertiert ist. Auf der dritten Ebene wird zwischen produktiver und finanzialisierter Akkumulation unterschieden. Schließlich geht es auf der letzten Achse um die Verknüpfung der kapitalistischen Akkumulation mit alternativen Produktionsweisen (Jäger/Springler 2013: 205f.). Bei dominant extensiver Akkumulation werden die Produktionsmethoden nicht revolutioniert. Die Ausweitung der Produktion erfolgt demnach hauptsächlich über eine quantitative Ausdehnung der vorherrschenden Produktionsverhältnisse: Es werden also immer mehr Arbeitskräfte eingestellt und immer mehr natürliche Ressourcen verbraucht. Gleichzeitig wird der relative Mehrwert der Kapitaleseite durch die Verbilligung des variablen Kapitals erzielt – die Löhne steigen meist also nicht oder kaum. Aufgrund der dadurch tendenziell niedrigen Lohnneinkommen kann es in extensiven Akkumulationsregimen zu

Absatzproblemen für die produzierten Waren kommen, da die Nachfrage aufgrund der geringen Kaufkraft der Bevölkerung nicht mit dem steigenden Angebot schritthält. Im Gegensatz dazu kommt es bei intensiven Akkumulationsmodellen zu radikalen Veränderungen der Produktionsverhältnisse. Die Produktivität steigt und mit ihr im Normalfall auch die Löhne, was wiederum die Absatzmöglichkeiten für die produzierten Waren verbessert. Bei der Analyse von Entwicklungsländern ist diese Unterscheidung allerdings nur teilweise anwendbar. Dies liegt daran, dass es in der (Semi-)Peripherie weder in Phasen intensiver noch in Phasen extensiver Akkumulation zur Entwicklung einer erwähnenswerten Kapitalgüterindustrie bzw. der Produktionsmittelabteilung kam. Die betroffenen Länder blieben demnach stark vom Kapitalgüterimport abhängig und damit letztlich auch von den eigenen Exporteinnahmen, um diese zu finanzieren (Becker 2002: 67ff., Becker 2013: 39).

Auf der zweiten Achse geht es um die Binnen- bzw. Außenorientierung eines Akkumulationsregimes. Bei dominant intravertierter Akkumulation stützt sich die Wirtschaft auf den heimischen Binnenmarkt. Dadurch ist es notwendig, dass die Einkommen der Bevölkerung steigen, um die produzierten Waren absetzen zu können. Ein intravertiertes Akkumulationsregime begünstigt somit Lohnsteigerungen und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Bei dominant extravertierter Akkumulation wird hingegen versucht, die Realisierungsprobleme auf nationaler Ebene durch eine stärkere Außenorientierung der Ökonomie wettzumachen. Was am Binnenmarkt nicht abgesetzt werden kann, soll also am Weltmarkt verkauft werden (Jäger/Springler 2013: 258f.). Des Weiteren kann zwischen aktiver und passiver Extraversion unterschieden werden. Aktive Extraversion zeichnet sich durch den Export komplexer Produkte aus und ist vor allem für dominante Volkswirtschaften – wie etwa Deutschland – typisch. Auf der anderen Seite sind Länder, die auf passive Extraversion setzen, meist vom Export von Primärgütern und wenig verarbeiteten Produkten abhängig. Derartige Akkumulationsweisen sind vor allem in Ländern der (Semi-)Peripherie zu beobachten. Aufgrund der starken Außenabhängigkeit dieser Länder, bietet sich hier eine theoretische Verknüpfung mit Ansätzen der Dependenztheorie an (Becker 2013: 40).

Bei der Unterscheidung zwischen produktiver und finanziellierter Akkumulation geht es um die Frage, ob der Mehrwert im produktiven Sektor oder im Finanzsektor realisiert wird. Charakteristisch für die finanziellierte Akkumulation ist die Schaffung von fiktivem Kapital aus. Zwar können kurz- und teilweise mittelfristig hohe Gewinne auf den Finanzmärkten erwirtschaftet werden, allerdings bleiben derartige Akkumulationsregime immer besonders

instabil und krisenanfällig. Dies liegt daran, dass sich die finanzialisierte Akkumulation nie völlig von den Entwicklungen in der produktiven Sphäre lösen kann, da der Mehrwert nur dort und durch menschliche Arbeit geschaffen werden kann. Spekulationsgewinne sind daher einzig und allein als Umverteilung von anderswo geschaffenen Mehrwert zu betrachten. Sobald sich die übertriebenen Renditeerwartungen im Finanzsektor an hinterherhinkende Entwicklungen im produktiven Bereich anpassen, kommt es zu Finanzkrisen, die in weiterer Folge auch negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben können (Becker 2013: 37f., Jäger/Springler 2013: 81). Diese Instabilität stark finanzialisierter Akkumulationsmodelle zeigte sich zum Beispiel in den 1980er-Jahren, nachdem zuvor sehr viel überschüssiges Kapital aus den reichen Industriestaaten in die (Semi-)Peripherie geflossen war. Es kam in vielen Ländern der Dritten Welt zu schweren Finanzkrisen – auch in Chile (Becker 2013: 49).

Die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Akkumulation und anderen Produktionsformen sind schließlich vor allem bei der Analyse von Entwicklungsländern von Bedeutung. Das Vorhandensein vorkapitalistischer Produktionsweisen ist unter anderem deshalb für die kapitalistische Akkumulation wichtig, da es direkte Auswirkungen auf die Reproduktionskosten der Arbeitskräfte hat. In vielen Fällen werden LohnarbeiterInnen existenziell durch subsistenzwirtschaftliche Produktion abgesichert, weshalb niedrigere Löhne ausreichen, um die Reproduktion der Arbeitskraft sicherzustellen. Diesem Aspekt wurde vor allem in der frühen Regulationstheorie oft zu wenig Beachtung geschenkt (Becker 2002: 178ff.).

Der chilenische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Carlos Ominami unterscheidet zwischen fünf verschiedenen idealtypischen Akkumulationsregimen in Ländern der Dritten Welt. Die am wenigsten komplexe Ausprägung ist demnach das vorindustrielle Akkumulationsregime. Hier besteht kaum eine Produktionsmittel und Kapitalgüterindustrie, weshalb das Land stark vom Import komplexer, für die Produktion wichtiger Produkte abhängt. Die Exporte bestehen hauptsächlich aus Rohstoffen, deren Extraktion kaum Verbindungen zur restlichen Wirtschaft im Land aufweist. Zweitens spricht Ominami von rentiermäßigen Akkumulationsregimen. Die Ökonomie des Landes ist hier sehr stark vom Export weniger Produkte abhängig, die hohe Deviseneinnahmen bringen – in vielen Fällen geht es hierbei um Öl oder Bergbauprodukte. Die Exportindustrie weist aber kaum Verbindungen zur Binnenindustrie auf, wodurch die Importabhängigkeit bestehen bleibt. Das dritte idealtypische Akkumulationsregime, das Ominami beschreibt, ist bereits eine Spur komplexer. Das Land setzt auf intravertierte Industrialisierung. Es sollen also zunehmend

verarbeitete Produkte für den heimischen Markt produziert werden. Dies gelingt allerdings meist nur im Bereich der einfachen Konsumgüter, weshalb der Import von Produktionsmitteln und Kapitalgütern zentral bleibt. Um diese Importe bezahlen zu können, bleibt außerdem die Abhängigkeit von den eigenen Exporteinnahmen bestehen. Bei tayloristischen Akkumulationsregimen setzt das Land auf den Export von Industrieprodukten. Um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, wird diese Strategie oft durch niedrige Löhne im Produktionsbereich gestützt. Das komplexeste Akkumulationsregime in der Dritten Welt ist laut Ominami schließlich ein gemischtes, in dem auch die Importe von Produktionsmitteln und Kapitalgütern durch heimische Produktion ersetzt werden. Allerdings bleibt auch bei den letzten beiden genannten Akkumulationsregimen oft die Abhängigkeit vom Kapitalzufluss aus dem Ausland bestehen (Becker 2002: 71ff.).

Die traditionelle Regulationstheorie konzentrierte sich stark auf die Analyse der Nachkriegszeit in den entwickelten Volkswirtschaften in Europa und Nordamerika. Es handelte sich um ein stark intensives, eher introvertiertes und produktives Akkumulationsregime – ohne nennenswerte Finanzialisierungstendenzen. Diese Phase wird auch als Fordismus bezeichnet und zeichnete sich durch schnell wachsenden Wohlstand, hohe Binnennachfrage und rapides Wirtschaftswachstum aus. Auch in weiten Teilen Lateinamerikas kam es in dieser Zeit zu verstärkter Intensivierung und Intraversion der Akkumulation. In diesem Zusammenhang ist daher auch oft von peripherem oder unvollständigem Fordismus die Rede. Da die traditionelle Elite radikale Umverteilung verhinderte, stieß das Akkumulationsmodell aufgrund der begrenzten Binnennachfrage aber bald an seine Grenzen und die Länder Lateinamerikas blieben stark vom Import von Kapital und für die industrielle Produktion wichtigen Waren abhängig (Becker 2002: 175f.). Ab den 1970er-Jahren geriet das fordistische Akkumulationsregime auch in den Ländern des Nordens in die Krise. Um den Realisierungsproblemen in der Produktionssphäre zu begegnen, kam es zu einer immer stärkeren Finanzialisierung der Akkumulation, was sich unter anderem in den Bereichen der Börsenkapitalisierung und Verschuldungsentwicklung widerspiegelte. Außerdem wurde das dominante Akkumulationsregime zunehmend extravertierter und extensiver, um die Absatzprobleme auf nationaler Ebene zu überwinden (Becker 2002: 181ff.). Im Rahmen der sogenannten „Neuen Internationalen Arbeitsteilung“ wurden immer mehr einfache Produktionsprozesse in Länder der Peripherie ausgelagert. Die niedrigen Löhne in den Ländern des Südens verbilligten die Importe der Länder des Nordens, wo die Menschen somit ihre Kaufkraft und damit ihren Wohlstand steigern konnten, ohne dass ihre Löhne erhöht werden mussten (Jäger/Springler 2013: 257f.). Das stark finanzialisierte

Akkumulationsregime erwies sich unterdessen als sehr krisenanfällig. Bereits in den 1980er-Jahren kam es in einigen Ländern der (Semi-)Peripherie – darunter Chile – zu desaströsen Finanzkrisen (Becker 2013: 49). Die Überakkumulation auf den Finanzmärkten, die sich nicht mehr mit der tatsächlichen Schaffung von Werten in der Produktionssphäre deckte, mündete schließlich 2008 in die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. In der Regulationstheorie wird davon ausgegangen, dass es sich um eine große Krise handelt, die letztlich den Weg für eine radikale Veränderung der Akkumulationsweise bereiten könnte (Jäger/Springler 2013: 207f.).

2.3.2. Regulationsweise

Der zweite zentrale Aspekt der Regulationstheorie neben der Analyse des jeweiligen Akkumulationsregimes ist die Regulation. Wie erwähnt geht es hierbei um die Art und Weise, wie die der kapitalistischen Akkumulation inhärenten Widersprüche auf gesellschaftlicher Ebene bearbeitet werden (Jessop 2001: 16f.). Akkumulation und Regulation werden dabei aber nicht getrennt voneinander untersucht, da sie in einem dialektischen Wechselverhältnis zueinander stehen und sich gegenseitig stark beeinflussen. Zentral für die Analyse sind die strukturellen Formen der Regulation: das Lohnverhältnis, das Konkurrenzverhältnis, das Geldverhältnis und die ökologische Restriktion. Innerhalb jeder dieser strukturellen Formen spielen staatliche Mechanismen der Regulation eine bedeutende Rolle – man spricht in diesem Zusammenhang von der Staatsförmigkeit der Regulation. Hiermit sind nicht ausschließlich nationalstaatliche Aspekte gemeint, auch der Einfluss global oder regional agierender internationaler Organisationen ist zu beachten. Das Regulationsdispositiv wird darüber hinaus immer von Marktmechanismen beeinflusst – der sogenannten Warenförmigkeit oder Marktförmigkeit der Regulation (Jäger/Springler 2013: 200ff.). Becker betont, dass die Staatsförmigkeit der Regulation oft dazu dient, die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation zu überdecken und die resultierenden sozialen Konflikte zu entschärfen, damit die Warenförmigkeit der Regulation insgesamt nicht infrage gestellt wird (Becker 2002: 272f.). In den folgenden Absätzen werden die vier erwähnten strukturellen Formen der Regulation beschrieben.

Das Lohnverhältnis bezieht sich vor allem auf die Art und Weise der Erzielung, Abschöpfung und Verteilung von Mehrwert. Im Zentrum stehen die Lohnhöhe, die Regelung von Arbeitszeiten und -bedingungen sowie die Form der Lohnfindung. Auch die verwendeten Technologien und die Arbeitsorganisation sind hier von Bedeutung. Die Lohnhöhe ist für die Kapitaleseite immer ambivalent, da hohe Löhne einerseits die disziplinierende Wirkung

prekärer Existenzen von ArbeiterInnen abschwächen, andererseits aber die Gesamtnachfrage und damit die Absatzmöglichkeiten für die produzierten Waren erhöhen. Bei extravertierten Akkumulationsmodellen stehen die disziplinierende Wirkung niedriger Löhne und die damit verbundenen Kostensenkungen im Vordergrund. Dies ist möglich, da die Akkumulation nicht von der Binnennachfrage, sondern von der Nachfrage am Weltmarkt abhängt. Auf der anderen Seite sind die Löhne bei intravertierter Akkumulation tendenziell höher, da die interne Kaufkraft für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend ist. Allerdings spielen auch Aspekte, die nicht direkt mit dem Arbeitsprozess und dessen Entlohnung zusammenhängen, eine wichtige Rolle, da sie essenziell für die Reproduktion der Arbeitskraft sein können. Hier sind einerseits wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme, andererseits aber auch reproduktive Arbeit im Haushalt oder durch vorkapitalistische Produktion zu nennen. Die Staatsförmigkeit der Regulation nimmt im Lohnverhältnis eine wichtige Stellung ein. Durch staatliche Gesetze werden Lohnhöhe (Mindestlöhne) und Arbeitsbedingungen direkt beeinflusst. Außerdem greift der Staat durch das Bereitstellen von Sozialleistungen und Krediten direkt in die Ausgestaltung des Lohnverhältnisses ein (Becker 2002: 150ff., 275f.).

Beim Konkurrenzverhältnis geht es um den Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen KapitaleigentümerInnen. Diese horizontalen Konflikte hängen eng mit der Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitskraft – also mit dem Lohnverhältnis – zusammen. Allerdings spielen auch andere Aspekte eine wichtige Rolle – etwa Produktinnovation, Kontrolle der Absatzmärkte und -kanäle sowie Zugang zu Finanzierung. Auch innerhalb dieser strukturellen Form der Regulation hat die Staatsförmigkeit große Bedeutung. Der Staat reguliert den Wettbewerb durch gesetzliche Regelungen wie die Zuteilung von privaten Eigentumsrechten. Neben der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Unternehmen müssen allerdings auch die vertikalen Konflikte zwischen Kapitaleseite und Lohnabhängigen sowie die horizontalen Konflikte zwischen verschiedenen ArbeiterInnen in den Blick genommen werden. Zudem werden bei der Analyse des Konkurrenzverhältnisses zunehmend auch unterschiedliche Marktformen, Bildungssysteme und Konsumnormen beachtet (Becker 2002: 97, 157ff, 276).

Die dritte strukturelle Form der Regulation, die hier behandelt wird, ist das Geldverhältnis bzw. die monetäre Restriktion. Geld nimmt im Kapitalismus eine zentrale Rolle ein. Es steht am Anfang und am Ende jedes Verwertungsprozesses. Erst wenn eine produzierte Ware am Markt gegen Geld eingetauscht – also verkauft – werden kann, ist die kapitalistische Akkumulation erfolgreich. Geld wird dabei der Tradition der Politischen Ökonomie folgend nicht als neutral betrachtet, sondern als gesellschaftlich umkämpft. Aus dieser Sicht ist eine

neutrale Geld- und Währungspolitik nie möglich, da in ihr immer bestimmte Interessen besser vertreten sind als andere. So setzen sich Vermögensbesitzende tendenziell für Preisstabilität ein, damit die Inflation ihr Ersparnis nicht schädigt. Auf der anderen Seite wollen SchuldnerInnen logischerweise genau das Gegenteil. Der Wechselkurs einer Währung hat zudem erhebliche Auswirkungen auf den Import und den Export eines Landes, weshalb auch hier oft entgegengesetzte Interessen verschiedener Unternehmen aufeinandertreffen. Weitere wichtige Aspekte der monetären Restriktion neben der Preisstabilität und dem Wechselkurs sind Zinssätze und der Zugang zu Krediten. Auch bei der Ausgestaltung des Geldverhältnisses hat die Staatsförmigkeit der Regulation enormen Einfluss – etwa durch die staatliche Geldpolitik, aber auch durch die Zentralbank und durch internationale Organisationen. Allgemein können Krisentendenzen auf der Ebene der Geldpolitik abgeschwächt oder verschärft werden, letztendlich liegen die Krisenursachen aber immer in den Widersprüchen der kapitalistischen Akkumulation selbst – also in der produktiven Sphäre. Zudem hat auch die Marktförmigkeit der Regulation deutliche Auswirkungen auf das Geldverhältnis. Gerade in Ländern der (Semi-)Peripherie folgt das Geldsystem oft eher den Interessen global dominanter Volkswirtschaften und ausländischer Investoren, als jenen der eigenen Bevölkerung, womit ein weiterer Anknüpfungspunkt zur Dependenztheorie sichtbar wird (Jäger/Springler 2013: 311f., 321f., Becker 2002: 160ff, 276f.).

Die ökologische Restriktion wurde in der traditionellen Regulationstheorie kaum beachtet, ist aber von großer Bedeutung, da die Natur – ähnlich wie das Geld – am Anfang und am Ende jedes kapitalistischen Verwertungsprozesses steht. Zu Beginn müssen Rohstoffe extrahiert und verarbeitet werden, am Ende dient die Natur als Senke für die Abfallprodukte des Produktionsprozesses (Becker 2002: 163f., 277). Die ökologischen Grenzen der Erde stellen zudem einen der offensichtlichsten Widersprüche kapitalistischer Akkumulation dar, der auch immer wieder zu Verwertungsproblemen und Krisen führen kann (Jäger/Springler 2013: 76). Der Naturraum wird dabei nicht als gegeben angesehen, sondern als gesellschaftlich konstruiert (Jäger/Springler 2013: 354). Somit ist auch der Umgang mit der Natur stets von sozialen Konflikten und deren Beilegung geprägt. Zwar hängt die Art und Weise der Nutzung natürlicher Ressourcen auch erheblich von der vorherrschenden Akkumulationsstrategie und der eingesetzten Technologie ab, letztlich spielen aber gesellschaftliche Normen und gesetzliche Regelungen eine herausragende Rolle. Bei der ökologischen Restriktion geht es also darum, welchen Beschränkungen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen unterliegt und inwieweit die Natur als Senke verwendet wird. Zudem geht es um die Art und Weise der Inwertsetzung von Natur und darum, wer Zugang zu natürlichen Ressourcen hat und wer

nicht. Die Staatsförmigkeit der Regulation kann hier durch Umweltgesetze und andere Mechanismen gestaltend eingreifen und großen Einfluss auf die Nutzung der Natur und die Verteilung der Ressourcen ausüben (Becker 2002: 163f., 277).

Insgesamt kann man zwischen zwei idealtypischen Regulationsweisen unterscheiden, die in der Realität nie in ihrer Reinform auftreten. Bei konkurrentieller Regulation ist die Marktförmigkeit der Regulation dominant. Es gibt also kaum staatliche Interventionen in der Wirtschafts- und Geldpolitik. In der Folge sind derartige Konstellationen geprägt von einem weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt (regressive Lohnentwicklung, Flexibilisierung,...), geringer sozialer Absicherung und kaum beschränkter Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Bei monopolistischer Regulation ist das Gegenteil der Fall: Die Staatsförmigkeit der Regulation ist stärker ausgeprägt als die Marktförmigkeit. Der Staat fungiert als Stabilisator der Binnennachfrage – etwa durch das Festsetzen hoher Mindestlöhne, das Etablieren von Kollektivvertragsverhandlungen, die Ausweitung der Sozialleistungen oder auch direkte staatliche Wirtschaftstätigkeit (Becker 2002: 103).

Die zuvor beschriebene Veränderung des Akkumulationsregimes im Postfordismus ging mit einer Transformation der Regulationsweise einher. Die Ausbreitung der Marktmechanismen ist ein zentrales Merkmal kapitalistischer Entwicklung, bedarf aber immer der politischen Sanktionierung auf Ebene der Staatsförmigkeit. Ab den 1970er-Jahren wurde die Staatsförmigkeit der Regulation zugunsten der Marktförmigkeit zurückgedrängt und neoliberale Politik erreichte eine global vorherrschende Stellung (Becker 2002: 127, 181ff). Zuerst wurden die neoliberalen Ideen ab 1973 in Chile unter der Diktatur von Augusto Pinochet umgesetzt. Bald darauf schwenkten Großbritannien unter Margaret Thatcher (ab 1979) und die USA unter Ronald Reagan (ab 1981) auf den neuen Kurs ein und verschafften dem Neoliberalismus so weltweit eine hegemoniale Position. Die Rahmenbedingungen für eine massive Ausweitung der marktförmigen Regulation waren geschaffen. Es kam zum Rückbau des Wohlfahrtsstaates und zur Ökonomisierung und Kommodifizierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche – etwa Bildung, Gesundheitsversorgung und Pensionsversicherung. Der Klassenkompromiss des Fordismus wurde aufgekündigt. Die Position der Lohnabhängigen wurde geschwächt und die Lohnsteigerungen hielten nicht mehr mit der Produktivitätsentwicklung Schritt. Die Deregulierung der Märkte führte zu großen Spekulationsblasen im Finanzbereich und zu immer stärkerer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Die seit 2008 schwelende Krise bietet zwar Chancen auf Veränderungen, allerdings scheint endloses Wachstum als Ziel wirtschaftlicher Entwicklung weiterhin von

weiten Teilen der Bevölkerung getragen zu werden, was den Spielraum für tiefgreifende Transformationen beschränkt (Jäger/Springler 2013: 144f., 202ff., 211f).

2.3.3. Staat und Staatsförmigkeit

Sowohl der Staat als auch das internationale Regime werden in der vorliegenden Arbeit als Teil der Staatsförmigkeit der Regulation betrachtet. Sie haben also erhebliche Auswirkungen auf alle der vier beschriebenen strukturellen Formen. Der bei vielen frühen Ansätzen der Regulationstheorie vorherrschende enge Fokus auf den Nationalstaat als regulierende Instanz wird damit aufgegeben. Becker betont die Notwendigkeit, die Staatsförmigkeit der Regulation auf verschiedenen räumlichen Ebenen zu untersuchen. Neben nationalstaatlichen Mechanismen, müssen also auch lokale, regionale und letztlich internationale Faktoren berücksichtigt werden. Nationalstaatliche Akkumulationsmodelle werden beispielsweise immer auch von der in anderen Ländern vorherrschenden Art der Akkumulation und Regulation beeinflusst. Internationale Organisationen erfüllen dabei eine Doppelfunktion. Einerseits sind sie Objekt der jeweiligen Regulation, andererseits auch selbst regulierende Instanz, die die hegemoniale Stellung eines bestimmten Akkumulationsregimes global herbeiführen und absichern kann (Becker 2002: 76f., 148f., 275). Obwohl sich die vorliegende Arbeit auf dieses breite Konzept der Staatsförmigkeit der Regulation stützt, spielt die Analyse der internationalen Ebene in der weiteren Forschung nur eine vergleichsweise kleine Rolle. Dies liegt an der Themenstellung, da sich der Einfluss der Studierendenbewegung bislang auf die lokale und nationale Ebene beschränkt. Dennoch ist anzumerken, dass die Entwicklung in Chile und damit auch die Stabilität des neoliberalen Modells in dem Land stark von globalen Dynamiken abhängt.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Staat selbst muss über die traditionelle Regulationstheorie hinausgegangen werden. Schon Marx betonte zwar die Wichtigkeit des Staates für die Gewährleistung kapitalistischer Akkumulation, der Staat selbst wurde dabei aber unzureichend konzeptionalisiert. Im Vordergrund stand ganz klar die Mehrwertaneignung durch die Kapitaleseite. Auch innerhalb der Anfang des 20. Jahrhunderts aufkommenden marxistischen Imperialismustheorie wurde die komplexe Beziehung zwischen Ökonomie und Politik nicht umfassend herausgearbeitet. Der Staat wird meist ausschließlich als Instrument der herrschenden Klasse betrachtet. Die Regulationstheorie der Grenobler Schule schließt weitgehend an dieses Staatsverständnis an. Der Grund für die relative Stabilität eines Akkumulationsregimes wird hauptsächlich in der Profitrate gesucht. Während

die Warenförmigkeit der Regulation genau untersucht wird, wird die Staatsförmigkeit oft zu wenig beachtet. Durch die weitgehende Unterbelichtung der politischen Sphäre wird der Staat bei derartigen Zugängen meist als rein ökonomisch determiniert betrachtet (Becker 2002: 43ff., 59, 88ff., 97, 168).

In der vorliegenden Arbeit wird dieses institutionalistische Staatsverständnis abgelehnt. In Anlehnung an eine stärker gramscianische Staatstheorie sollen auch die sozialen Konflikte, die zu institutionalisierten Kompromissen auf staatlicher Ebene führen, in den Blick genommen werden, wodurch auch der Einfluss subalternen Klassen untersucht werden kann. Anders als bei orthodoxen marxistischen Ansätzen wird außerdem nicht von einer Linearität der Entwicklung ausgegangen, an deren Ende der Kommunismus steht. Die Realität wird nicht als Resultat der perfekten Umsetzung dominanter Interessen betrachtet, sondern als Folge eines komplexen Zusammenspiels zwischen vorherrschenden Strukturen und verschiedenen – oft in Konflikt zueinander stehenden – politischen Strategien. Demnach gibt es keine Akteure, die ein Akkumulationsregime bzw. eine Regulationsweise planen und komplett nach den eigenen Vorstellungen umsetzen könnten. Die gesellschaftlichen Strukturen beschränken dabei die Handlungsmöglichkeiten bestimmter Akteure, können aber durch konkrete Aktionen verändert werden. In Zeiten der Krise kommt es tendenziell zu einer Schwächung der konservativen Kräfte und der traditionellen Eliten innerhalb einer Gesellschaft, was das Veränderungspotenzial subalternen Klassen vergrößert. Dies heißt aber nicht, dass progressive Veränderungen in Krisenzeiten keinem erheblichen Widerstand ausgesetzt wären (Jäger/Springler 2013: 210f., Jessop 2001: 32f.). Die sozialen Konflikte um die Ausgestaltung von Akkumulation und Regulation finden aber nicht nur direkt im Staatsapparat statt. Da im Staat selbst meist die ökonomisch dominanten Klassen den Ton angeben, ist das wichtigste Kampffeld der subalternen Klassen, die progressive Veränderungen anstreben, die Zivilgesellschaft. Hier kämpfen die verschiedenen Interessensgruppen mit materiellen und diskursiven Mitteln um die Deutungshoheit innerhalb der Gesellschaft. Das Ziel ist es, Zustimmung für das eigene politische Projekt zu erlangen. Dies kann auch durch materielle Zugeständnisse erfolgen, was im Falle subalternen Klassen aufgrund ihrer geringen Ressourcenausstattung aber eher selten der Fall ist. Im Staat manifestieren sich letztlich die auf Ebene der Zivilgesellschaft erkämpften Kompromisse. Der Staat wird daher auch als Ort des institutionalisierten Kompromisses verstanden. Beckers Konzept des Regulationsdispositivs ist in diesem Zusammenhang nützlich, weil es den Staat als prekäres Ergebnis der Bearbeitung sozialer Konflikte betrachtet. Dadurch kann der Staat selbst als heterogenes und teilweise widersprüchlich agierendes Gebilde betrachtet werden.

Dieser Ansatz geht damit weit über jene regulationstheoretischen Strömungen hinaus, die den Staat als Spiegelbild der ökonomischen Verhältnisse oder als Instrument der Machtsicherung einer dominanten Klasse betrachten (Becker 2002: 88ff., 164f., 274).

Da nie alle gesellschaftlichen Gruppen für ein bestimmtes politische Projekt begeistert werden können, wird der staatliche Kompromiss immer als instabil angesehen. Es braucht immer eine Mischung aus Konsens und Zwangsmaßnahmen, um vorübergehende Stabilität zu gewährleisten. Während in entwickelten Volkswirtschaften meist der Konsens dominiert, ist in Ländern der Peripherie oft viel Zwang nötig, um die marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu kontrollieren und die vorherrschende Ordnung aufrechtzuerhalten (Becker 2013: 44f.). Das hier verfolgte Verständnis von Staat und Staatsförmigkeit der Regulation lehnt sich eng an die Theorie von Antonio Gramsci an, die im folgenden Kapitel genauer beleuchtet wird.

2.4. Gramsci

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci wurde in der Zwischenkriegszeit vom faschistischen Mussolini-Regime eingesperrt. In Gefangenschaft beschäftigte er sich mit der Frage, wie die Bourgeoisie ihre dominante Stellung innerhalb der Gesellschaft erreicht und absichert hatte. Zwischen 1929 und 1935 entstanden Gramscis sogenannte Gefängnishefte, die einen deutlichen Bruch mit der leninistischen Staatsauffassung der damaligen kommunistischen Bewegung darstellten. Gramsci erkannte, dass die hegemoniale Stellung einer herrschenden Klasse nicht ausschließlich im Staat abgesichert wird. Er unterscheidet zwischen zwei Ebenen der Herrschaft, die sich gegenseitig beeinflussen: die politische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft. Innerhalb der politischen Gesellschaft geht es um direkte Herrschaft mittels staatlicher und juristischer Institutionen. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft kämpft die herrschende Klasse mit anderen sozialen Gruppen um die hegemoniale Stellung innerhalb der Gesellschaft. Eine Machtposition im Bereich der Ökonomie trägt zwar immer zur Absicherung der Herrschaft bei, allerdings führt eine dominante Stellung in der Wirtschaft nicht automatisch zur politischen Führungsposition innerhalb einer Gesellschaft. Es muss daher immer das komplexe Wechselverhältnis zwischen ökonomischer Basis und gesellschaftlichem Überbau analysiert werden (Becker 2002: 127f.).

Gramsci schlägt vor, nicht nur ökonomische Aspekte zu beachten, sondern auch Kultur und Politik in die Analyse aufzunehmen. Anders als im orthodoxen Marxismus geht Gramsci nicht vom unausweichlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und der automatischen Etablierung des Sozialismus aus. Seiner Ansicht nach kann die Herrschaft der Bourgeoisie

nicht einfach durch die komplette Machtübernahme der Arbeiterklasse ersetzt werden. Dieser differenzierte Blick basiert auf dem innovativen Hegemoniebegriff, den Gramsci prägte. Er sah die Zivilgesellschaft als der politischen Gesellschaft vorgelagert. Um die Macht innerhalb eines Staates zu übernehmen, muss man also zuvor eine dominante Stellung innerhalb der Zivilgesellschaft erlangen. Hier geht es also darum, innerhalb anderer sozialer Gruppen Zustimmung zum eigenen politischen Projekt zu erreichen. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft spielt der Konsens demnach eine herausragende Rolle. Dieser Konsens, der niemals alle sozialen Schichten miteinschließen kann, wird dann in weiterer Folge auf der Ebene der politischen Gesellschaft durch staatliche Zwangsmaßnahmen abgesichert. Politische Hegemonie kann laut Gramsci also nur durch eine Kombination aus Konsens und Zwang erreicht werden (Barfuss/Jehle 2014: 19, 25f., 29, 66, 117ff). Erst wenn das gesellschaftliche Projekt einer bestimmten Klasse von nahezu allen anderen sozialen Gruppen akzeptiert wird, spricht Gramsci von Hegemonie (Becker 2002: 134). In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass Länder der (Semi-)Peripherie tendenziell eine geringere Hegemoniefähigkeit aufweisen, als entwickelte Zentrumsstaaten. Dies liegt an der großen sozialen Heterogenität, die es schwer macht, einen breiten klassenübergreifenden Konsens für ein bestimmtes politisches Projekt zu erlangen. Aus diesem Grund stehen in zahlreichen Ländern der Dritten Welt die Zwangselemente im Vordergrund, um ein politisches und wirtschaftliches Modell umzusetzen (Jäger/Springler 2013: 141ff.).

Dennoch ist es auch in Entwicklungsländern notwendig, dass die herrschende Klasse ihre Macht auf der Ebene der Zivilgesellschaft absichert. In diesem Zusammenhang spielt Gramscis Begriff des Alltagsverstandes eine herausragende Rolle. Der Alltagsverstand ist laut Gramsci die „Philosophie der Nicht-Philosophen“. Er manifestiert sich innerhalb der Gesellschaft in Sprache, verbreiteten Denkmustern, Glaubensinhalten und Normen. Es gibt nie nur einen Alltagsverstand, sondern eine große Bandbreite unterschiedlicher Auffassungen, die teilweise miteinander konkurrieren. Es handelt sich also um die Gesamtheit aller innerhalb einer Gesellschaft bestehenden Vorstellungen. Allerdings weist Gramsci auch darauf hin, dass viele dieser Vorstellungen im Laufe der Zeit aufgrund mangelnder Kritik und Reflexion verknöchern und trotz aller Widersprüche fortbestehen – etwa religiöse Normen. Gramscis Konzept verweist hier auf einen zweiten Aspekt des Alltagsverstandes, der die in einem bestimmten Kontext innerhalb einer Gesellschaft am weitesten verbreitete Lebens- und Moralauffassung beschreibt. Unter diesem Gesichtspunkt bezeichnet Gramsci den Alltagsverstand als konservativ und neuerungsfeindlich (Barfuss/Jehle 2014: 36f., 43). Die ideologische Struktur einer herrschenden Klasse nimmt über verschiedene materielle

Organisationen wie Schulen, Bibliotheken und die Medien starken Einfluss auf den Alltagsverstand (Gramsci 1929-35: 373). Ökonomische und soziale Veränderungen können gleichzeitig immer mehr Widersprüche des vorherrschenden Alltagsverstandes offenlegen. Als Gegenspieler des konservativen Alltagsverstandes sieht Gramsci den gesunden Menschenverstand, dessen Aufgabe es ist, die Widersprüche des Alltagsverstandes aufzuzeigen und durch konkrete Handlungen Veränderungen herbeizuführen (Barfuss/Jehle 2014: 51f., 55f., 59).

Eine besondere Rolle im Ringen um eine hegemoniale Stellung auf Ebene der Zivilgesellschaft kommt den Intellektuellen zu. Intellektuelle zeichnen sich laut Gramsci dadurch aus, dass sie innerhalb der Gesellschaft organisierend tätig sind und damit direkte Auswirkungen auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis haben. Jede gesellschaftliche Klasse bringt ihre eigenen Intellektuellen hervor, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft versuchen, breite Zustimmung für ihre Ansichten zu erreichen. Ziel ist es dabei immer, den Alltagsverstand so zu verändern, dass eine – oft nur scheinbare – Kohärenz zwischen den eigenen Interessen und denen anderer sozialer Gruppen entsteht. Die Herrschaft einer bestimmten Gruppe hat zwar laut Gramsci auch strukturelle Ursachen, die aus ihrer dominanten Stellung im Produktionsprozess resultieren, dennoch braucht auch die herrschende Klasse Intellektuelle, die ihre Macht auf Ebene der Zivilgesellschaft absichern – heute etwa durch Medien und das Bildungssystem. Gleichzeitig versuchen die organischen Intellektuellen der subalternen Klassen, andere soziale Gruppen von ihrem alternativen Gesellschaftsprojekt zu überzeugen. Sie organisieren Streiks, Demonstrationen und andere Formen des Widerstandes gegen das herrschende System, stellen den konservativen Vorstellungen alternative Ideen entgegen und versuchen, innerhalb anderer Klassen Verbündete für ihr gegenhegemoniales Projekt zu finden (Barfuss/Jehle 2014: 55ff, 61ff, 80). Um die Macht zu übernehmen, muss die neue dominante Klasse den verbündeten Klassen gegenüber „führend“ und den antagonistischen Klassen gegenüber „herrschend“ sein. Es muss also bereits vor der Machtübernahme eine bestimmte politische Hegemonie auf der Ebene der Zivilgesellschaft bestehen. Einmal in der herrschenden Position, wird der Konsensaspekt der Hegemonie durch Zwangsmaßnahmen ergänzt, die gegen verfeindete Klassen eingesetzt werden und dem Machterhalt dienen. Zudem kann die herrschende Klasse korporativ-ökonomische Zugeständnisse an die beherrschten Klassen machen, um deren Akzeptanz zu gewinnen. Dabei ist die dominante Gruppe zwar stets bemüht, an der wesentlichen ökonomischen Ausrichtung nichts zu verändern, dennoch kann auch sie ihre Interessen nie in

Reinform durchsetzen und ist damit zu bestimmten Kompromissen mit anderen Klassen gezwungen (Barfuss/Jehle 2014: 25f., Gramsci 1929-35: 101f., 1559ff, 1566f.).

Gramsci schreibt die Geschichte von den Rändern aus. Er stellt die subalternen Klassen in den Mittelpunkt seiner Theorie. Die theoretische Arbeit soll den Alltagsverstand in seine Einzelteile zerlegen und gestaltend auf ihn einwirken. Dadurch soll letztendlich auch immer die Handlungsfähigkeit der subalternen Klassen vergrößert werden. Zentraler Aspekt gramscianischer Wissenschaft ist es daher, die Entwicklung einer Gegenhegemonie zu fördern. Um das zu erreichen, braucht es laut Gramsci eine Vereinigung intellektueller Menschen unterschiedlicher Klassen. Die organischen Intellektuellen der subalternen Klassen müssen die Widersprüche des gegenwärtigen Alltagsverstandes sichtbar machen und ein kohärenteres Gesellschaftsmodell vorschlagen, das auch auf die Intellektuellen anderer Klassen attraktiv wirkt und von diesen in weiterer Folge propagiert wird. Darüber hinaus muss eine emotionale Verbindung zwischen den Intellektuellen und dem Volk entstehen. Denn ohne Leidenschaft kann laut Gramsci keine gesellschaftsverändernde Politik gemacht werden. Die Grenzen dessen, was innerhalb des Alltagsverstandes als Volk gesehen wird, können durch gezielte intellektuelle Aktivitäten verändert werden. Gramscis endgültiges Ziel war es, die bestehende bürgerliche Hegemonie durch ein von breiterem Konsens getragenes, weniger exklusives und weniger repressives Herrschaftssystem zu ersetzen (Barfuss/Jehle 2014: 13, 19, 22, 28, 86, 90, Gramsci 1929-35: 101f.).

In der vorliegenden Arbeit werden die Führungspersönlichkeiten der Studierendenbewegung als organische Intellektuelle betrachtet, die dem neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Chile ein gegenhegemoniales Projekt entgegensetzen und auf der Ebene der Zivilgesellschaft um Unterstützung kämpfen. Durch das Organisieren von diversen Protestaktionen greifen sie aktiv in die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein. Außerdem versucht die Studierendenbewegung mit beträchtlichem Erfolg, den Alltagsverstand in der chilenischen Bevölkerung zu verändern, wodurch die passive Zustimmung gegenüber der traditionellen politischen Elite im Land sinkt. Die Forschung beschäftigt sich demnach einerseits stark mit den Diskursen der Bewegung – also mit dem von den Studierenden vorgeschlagenen alternativen Gesellschaftsprojekt. Andererseits wird der konkrete Einfluss dieser alternativen Ideen innerhalb der chilenischen Zivilgesellschaft ebenso analysiert wie die Strategien zur Ausweitung dieses Einflusses. Da letztendlich die Erfolgsaussichten der Studierendenbewegung in Hinblick auf die

Transformation des neoliberalen Modells untersucht werden, liegt ein weiterer Fokus der Forschung auf der Analyse der Kräfteverhältnisse innerhalb der chilenischen Gesellschaft.

3. Akkumulation und Regulation in Chile

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die radikale Implementierung des in Chile vorherrschenden Akkumulationsmodells unter der Militärdiktatur von Augusto Pinochet betrachtet. Ab 1973 wurde eine extrovertierte, extensive und teilweise finanzialisierte Akkumulation forciert. Dabei wurde die Rolle der Marktförmigkeit innerhalb der Regulationsweise deutlich gestärkt. Im zweiten Teil wird die Fortführung und teilweise Vertiefung der von der Diktatur geerbten Ordnung unter den Regierungen der *Concertación* (1990-2010) beschrieben. Im letzten Teil des Kapitels werden die sozialen Folgen des vorherrschenden Modells analysiert. In diesem Abschnitt liegt der Fokus auf der sehr hohen sozialen Ungleichheit. Zudem wird das Bildungssystem kurz beschrieben, da die Widersprüche des neoliberalen Modells in diesem Bereich besonders deutlich hervortreten. Außerdem dient der letzte Abschnitt dieses Kapitels der Überleitung zum Kernstück der vorliegenden Arbeit – zur Analyse des Veränderungspotenzials der Studierendenbewegung in Chile.

3.1. Die Implementierung des Modells unter Pinochet (1973-1989)

3.1.1. Akkumulation und Regulation vor dem Putsch

Bis zur Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre herrschte in Chile ein extrovertiertes und extensives Akkumulationsmodell vor. Die chilenische Wirtschaft war stark abhängig vom Export von Primärgütern – vor allem Kupfer und Salpeter. Produktionssteigerungen wurden vorwiegend durch die geographische Ausweitung der Rohstoffgewinnung und durch den Einsatz von immer mehr billigen Arbeitskräften erzielt. Dementsprechend war das Lohnverhältnis von starker Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen geprägt. Das Akkumulationsmodell geriet zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend unter Druck, als die globale Nachfrage nach den chilenischen Rohstoffen nachließ. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise büßten die chilenischen Exporte zwischen 1929 und 1932 etwa 75% ihres Wertes ein. Auch der Kreditzugang des Landes wurde in diesem Kontext immer schwieriger. Das bis dahin dominante Akkumulationsmodell kollabierte (Jäger 1999: 2f.).

Die geringe Weltmarktnachfrage machte eine Fortsetzung des außenorientierten Modells unmöglich, weshalb Chile – wie auch der Großteil der restlichen Staaten Lateinamerikas – einen neuen Weg einschlug: den der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI). Der Kern des neuen Akkumulationsmodells war es, die Außenabhängigkeit zu verringern und eine auf dem Binnenmarkt basierende wirtschaftliche Dynamik anzustoßen. Zu diesem Zweck nahm

der Staat eine deutlich aktivere Rolle in der Regulation ein. Die einheimische Industrie wurde durch Zollschränken geschützt und durch erleichterten Kreditzugang sowie staatliche Subventionen bevorzugt. Mit der Binnenorientierung wurde die Akkumulation zudem immer intensiver, da ein Großteil des Wachstums durch Steigerungen der Produktivität im aufstrebenden Industriesektor erzielt wurde. Unter dem neuen Modell kam es auch zu Veränderungen des Lohnverhältnisses. Die Verhandlungsposition der Lohnabhängigen wurde durch gewerkschaftliche Organisationen gestärkt, zudem wurden die staatlichen Sozialleistungen deutlich erhöht, um die Inlandsnachfrage zu befeuern (Jäger 1999: 3f.).

In der ersten Phase der ISI ersetzte die einheimische Produktion einfache Konsumgüter, die bis dahin importiert werden mussten. Die Außenabhängigkeit der chilenischen Wirtschaft blieb aber trotz der verstärkten Intraversion bestehen, da die entstehende Industrie auf den Import von Maschinen und Kapitalgütern aus dem Ausland angewiesen war. Um die nötigen Importe finanzieren zu können, waren weiterhin die Einnahmen aus dem Primärgüterexport von entscheidender Bedeutung. Ab den 1950er-Jahren geriet das ISI-Modell ins Stocken. Die chilenische Industrie schaffte es nicht, den Import von wissens- und technologieintensiven Produkten aus dem Norden zu ersetzen. Die trotz erheblicher Verbesserungen weiterhin sehr hohe soziale Ungleichheit beschränkte die Binnenmarktentwicklung und immer mehr UnternehmerInnen setzten sich gegen weitere staatliche Interventionen und Umverteilungspläne zur Wehr. Ein weiterer Faktor für die Krise der ISI war die Tatsache, dass der für das Land enorm wichtige Kupferbergbau kaum Verbindungen zu anderen Wirtschaftssektoren im Land aufwies. Immer mehr transnationale – meist US-amerikanische – Konzerne fassten im Bergbausektor Fuß. Ihre Gewinne flossen größtenteils aus dem Land (Winkelmeier 2013: 71ff).

Unter der Präsidentschaft des Christdemokraten Eduardo Frei Montalva (1964-1970) kam es zum offenen Bruch zwischen der Oligarchie, die inzwischen enge Verbindungen zu transnationalen Konzernen aufgebaut hatte, und dem chilenischen Entwicklungsstaat. Die geplante Bodenreform und die Verstaatlichung des Kupfersektors bedrohten die Vormachtstellung der traditionellen wirtschaftlichen Elite. Im Kontext großer sozialer Spannungen wurde Salvador Allende 1970 als Präsident vereidigt. Seine Regierung der *Unidad Popular* (UP) – ein Zusammenschluss sozialistischer und kommunistischer Gruppen – sah sich mit einer tiefen wirtschaftlichen Krise konfrontiert. Der Preisverfall der Kupferexporte verschärfte die ohnehin schwelende Krise des ISI-Modells. Die Inflation erreichte über 600%, Haushaltsdefizit und Auslandsverschuldung schnellten in die Höhe.

Auch deshalb schaffte es die UP nicht, eine stabile Mehrheit für ihr politisches Projekt zu begeistern. Außerdem wurde die Regierung von der Rechten, der wirtschaftlichen Elite und den USA destabilisiert. Letztlich plante der US-Geheimdienst CIA zusammen mit Teilen der chilenischen Marine einen Putsch, der am 11. September 1973 durchgeführt wurde und die Machtübernahme einer Militärjunta unter Augusto Pinochet zur Folge hatte (Winkelmeier 2013: 77ff).

3.1.2. Pinochet und die Chicago Boys

Unter Augusto Pinochet war Chile das erste Land Lateinamerikas, das mit dem binnenorientierten Entwicklungsmodell der ISI-Phase brach (Jäger 1999:1). Unter der Militärdiktatur wurde das Land zu einem Versuchslabor für neoliberale Wirtschaftspolitik – noch lange bevor der Neoliberalismus mit der Machtübernahme von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981) seine globale Vormachtstellung erlangte. Das alte Modell wurde mit militärischer Gewalt zerstört (Garretón 2012: 27ff). Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielten die sogenannten *Chicago Boys* – eine an der *University of Chicago* ausgebildete Gruppe von Ökonomen, die bald die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Militärjunta bestimmte. Die *Chicago Boys* waren Schüler des neoliberalen Vordenkers Milton Friedman und Anhänger seiner monetaristischen und marktradikalen Theorien. Bereits seit den 1950er-Jahren bestanden enge Verbindungen zwischen der *University of Chicago* und der *Universidad Católica de Chile*, an der die sogenannten *Gremialistas* ähnliche Ansichten vertraten wie Friedmans Schüler in Chicago (Jäger 1999: 6f., Winkelmeier 2013: 105f.).

In den ersten beiden Jahren der Diktatur war die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Junta noch unklar. Einige keynesianische DenkerInnen und Teile der chilenischen Industrieoligarchie wehrten sich gegen das neoliberale Projekt der *Chicago Boys* und setzten sich für die Fortsetzung protektionistischer Maßnahmen ein. Spätestens ab 1975 setzten sich die neoliberalen Ansichten aber innerhalb der Militärführung durch. Die *Gremialistas* und die *Chicago Boys* übernahmen fortan wichtige Positionen in der chilenischen Wirtschaftspolitik – etwa in der staatlichen Planungsbehörde ODEPLAN (heute MIDEPLAN) oder im 1974 neu gegründeten Ministerium für ökonomische Koordination (*Ministerio de Coordinación Económica*). Das von den neoliberalen TechnokratInnen ausgearbeitete Wirtschaftsprogramm *El Ladrillo* (der Ziegelstein) wurde zum politischen Orientierungspunkt für die Militärregierung. Auch das internationale Klima begünstigte den Systemwechsel in Chile. Die

Ölkrise von 1973 und der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems schafften günstige Ausgangsbedingungen für die Implementierung eines neuen Akkumulationsmodells (Urrea 2014: 112f., Winkelmeier 2013: 84f., 100ff).

Der große Einfluss der Ideologie von Milton Friedman auf die chilenische Militärregierung zeigte sich 1975 besonders deutlich. Im März lud Pinochet Friedman und dessen Frau persönlich nach Chile ein, um ihn nach ökonomischem Rat zu fragen. Etwa einen Monat später schickte der neoliberale Vordenker seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen an die Militärjunta in Chile. Friedman sah die Probleme der chilenischen Wirtschaft einerseits in der hohen Inflation und andererseits in der schwach ausgeprägten Marktwirtschaft des Landes. Als Rezept gegen diese Probleme propagierte er in seinem Brief an Pinochet eine drastische Senkung der Staatsausgaben. Dies sollte nicht nur die Inflation drastisch reduzieren, sondern darüber hinaus auch die Entwicklung einer freien Marktwirtschaft beflügeln. Konkret setzte sich Friedman für eine Reduktion der Staatsausgaben um 25% ein. Außerdem sollte das Land seiner Ansicht nach eine restriktivere Geldpolitik betreiben, also keine Investitionen mehr durch den Druck von Zentralbankgeld finanzieren. Preiskontrollen, staatliche Subventionen, Kündigungsschutz, Hindernisse für die Gründung neuer Finanzinstitute und viele weitere staatliche Regulationsmechanismen sollten abgeschafft werden, um die Entwicklung der freien Märkte nicht zu behindern. Des Weiteren sprach sich Friedman in seinem Brief für eine radikale Außenöffnung der chilenischen Wirtschaft aus. Dadurch sollten die Exportchancen vergrößert und die Importe verbilligt werden, was einen Wohlstandsgewinn der chilenischen Bevölkerung nach sich ziehen sollte. Friedman schrieb, dass diese Umstrukturierung der Wirtschaft zwar eine harte Phase der Anpassung nach sich ziehen würde, allerdings meinte er auch, dass die hohe Inflation auf diese Art und Weise innerhalb weniger Monate beseitigt werden könnte. Nur drei Tage nachdem Pinochet Friedmans Brief erhalten hatte, rief sein Wirtschaftsminister Jorge Causas die Schocktherapie für Chile aus, die sich weitgehend an Friedmans Vorschlägen orientierte (Urrea 2014: 121ff., 188ff).

Der radikale Glaube an freie Märkte wurde zum Leitstern der Wirtschaftspolitik unter Pinochet. Der Aufstieg der neoliberalen Ideologie änderte aber nicht nur die ökonomische Struktur im Land. Auch auf der politischen und sozialen Ebene hatte der Schwenk verheerende – und bis in die Gegenwart reichende – Auswirkungen auf die chilenische Gesellschaftsordnung. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde der Politik zunehmend übergeordnet. Der Staat wurde als politischer Akteur drastisch geschwächt, während der Markt immer mehr als einziger Ort der zivilisierten Interaktion propagiert wurde. Jegliche

Form der staatlichen Umverteilung wurde als schädlich betrachtet, da sie das effiziente Funktionieren der Märkte stören könnte. Die Aufgabe des Staates wurde in der Folge nur noch darin gesehen, die Bedingungen für das freie Spiel der Marktkräfte zu schaffen. Dies sollte vor allem durch die Gewährleistung klar definierter Eigentumsrechte geschehen. Der Staat sollte zudem allen BürgerInnen den Marktzugang ermöglichen – was die jeweiligen Personen dann daraus machen, ist die individuelle Verantwortung jedes einzelnen Menschen. Kern dieser Annahme ist die Verleugnung gemeinschaftlicher Interessen. Aus neoliberaler Perspektive gibt es keine Gesellschaft, sondern nur Individuen, die miteinander interagieren und in Verhandlungen treten. Politische Entscheidungen sollten sich diesen Grundannahmen folgend fortan an den Gesetzen des Marktes orientieren. Diese wurden als wissenschaftlich und neutral betrachtet, wodurch sich die Politik nach Ansicht der neoliberalen ExpertInnen und TechnokratInnen vom negativen Einfluss dogmatischer Ideologien befreien konnte (Atria et al 2014: 50ff, Garretón 2012: 60ff., Urrea 2014: 144).

3.1.3. Die Schocktherapie (1975-1982)

Unter Pinochet waren dramatische Veränderungen der Regulationsweise festzustellen. Die Staatsförmigkeit der Regulation wurde immer unbedeutender, während die Marktförmigkeit der Regulation bald alle Bereiche der chilenischen Gesellschaft dominierte. Diese Grundausrichtung ist bis heute spürbar und einer der Hauptkritikpunkte der Studierendenbewegung und anderer sozialer Bewegungen am chilenischen Modell.

Ab 1975 setzte das Militärregime seine Reformagenda auf radikale Art und Weise durch. Zunächst wurden die Grundpfeiler des ISI-Modells zerstört. Die Staatsausgaben wurden drastisch gekürzt, Handelsschranken abgebaut, zahlreiche staatliche Unternehmen privatisiert, Gewerkschaften und linke Parteien verboten (Jäger 1999: 7f.). Die Außenhandelsöffnung wurde besonders strikt umgesetzt. 1973 hatten die Zölle in Chile noch durchschnittlich über 100% betragen, bis 1979 wurden sie einheitlich auf 10% gesenkt (Friedman et al 2012: 147f.). In der Folge wuchsen die Exporte und die Importe rapide an. Zwar verringerte sich in dieser Phase der Anteil, den Bergbauprodukte an den gesamten Exporten ausmachten, allerdings blieb Chiles Exportwirtschaft von der Ausfuhr nicht oder nur wenig verarbeiteter Produkte abhängig, um den Import wissens- und technologieintensiver Güter finanzieren zu können. Pinochet und die *Chicago Boys* ersetzten das intravertierte Akkumulationsmodell also durch ein dominant extravertiertes. Aufgrund der geringen Mehrwertschöpfung im Exportsektor kann von passiver Extraversion gesprochen werden. Die Abschaffung protektionistischer

Zölle setzte die einheimische Industrie stark unter Druck. Zwischen 1970 und 1980 sank der Anteil des Industriesektors am BIP des Landes von 25% auf 20% (Jäger 1999: 9ff). In den ersten zehn Jahren der Diktatur schrumpfte die Industrieproduktion um 11%. 22% der Arbeitsplätze im sekundären Sektor gingen verloren. Grund dafür waren aber nicht nur die Außenhandelsöffnung und die damit einhergehende internationale Konkurrenz, der die einheimische Industrie nicht gewachsen war. Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Deindustrialisierung vorantrieb, war zudem die sinkende Binnennachfrage als Folge der staatlichen Austeritätspolitik (Winkelmeier 2013: 85ff.). Die intensiven Akkumulationsmuster der ISI-Phase wurden zurückgedrängt. An ihre Stelle traten wieder vermehrt extensive Akkumulationsmuster.

Es wurde von der aktiven Industriepolitik der ISI-Phase abgerückt. Zudem wurden die zuvor eingeführten Elemente des Wohlfahrtsstaates radikal gekürzt. Die Sozialausgaben sanken zwischen 1972 und 1981 von 25% auf 15% des nationalen BIP, was einen starken Einkommensverlust der ärmeren Bevölkerungsschichten zur Folge hatte. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, setzte die Militärregierung auf ein stark konkurrenzielles Lohnverhältnis – also auf eine drastische Senkung der Lohnkosten. Die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Abschaffung staatlicher Mindestlöhne führten zu einem Anwachsen prekärer Beschäftigung und informeller Arbeit, was letztendlich auch die Einkommensungleichheit deutlich erhöhte und die Binnenmarktentwicklung schwächte. Die ärmsten 20% der ChilenInnen hatten 1969 noch 7,7% aller Güter konsumiert, bis 1978 sank dieser Anteil auf 5,2% und bis 1988 auf 4,4%. Gleichzeitig erhöhten die reichsten 20% ihren Anteil am Gesamtkonsum von 43,2% (1969) auf 51% (1978) bzw. 54,9% (1988). Die ganze Wirtschaft orientierte sich an den Bedürfnissen der konsumstarken Oberschicht, was auch anhand der Entstehung zahlreicher Einkaufszentren deutlich wurde. Während die Konzentration von Reichtum an der Spitze der Einkommenspyramide immer stärker wurde, sank die Lohnquote im Laufe der Diktatur massiv. Selbst 1999 lag sie noch unter dem Niveau der 1960er-Jahre (Jäger 1999: 15ff). Anfang der 1970er-Jahre war Chile noch das Land mit der zweitniedrigsten sozialen Ungleichheit in Lateinamerika gewesen – in den 1990er-Jahren jenes mit der zweithöchsten (Garretón 2012: 182). Zwischen 1973 und 1984 wuchs der Anteil der in Armut lebenden ChilenInnen von 17% auf 45% (Winkelmeier 2013: 112f.). Auch die Umgestaltung des Steuersystems vergrößerte die Einkommensungleichheit. Direkte Steuern auf Einkommen und Unternehmensgewinne wurden drastisch reduziert, während indirekte Konsumsteuern massiv angehoben wurden. Die Mehrwertsteuer wurde zur wichtigsten Quelle für Steuereinnahmen, was die Militärregierung mit ihrer angeblichen Neutralität begründete.

In Wahrheit ist die Steuer aber hochgradig regressiv, da ärmere Familien einen deutlich größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum aufwenden müssen und daher relativ mehr Steuern zahlen als reichere Familien (Urrea 2014: 110f.).

Das Konkurrenzverhältnis wurde so umgestaltet, dass es fortan die wirtschaftliche Elite bevorzugte. Die schwache staatliche Regulation in diesem Bereich hatte eine enorme Konzentration von Reichtum und ökonomischer Macht zur Folge, von der aufgrund der Außenöffnung auch ausländische Konzerne und InvestorInnen profitierten. Die ökologische Restriktion war ebenfalls von schwachen staatlichen Regeln geprägt, was die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen befeuerte (Jäger 1999: 21). Ein wichtiger Aspekt der ökonomischen Schocktherapie bzw. der Veränderung des Konkurrenzverhältnisses waren die Privatisierungen. Bereits 1974 wurde mit der Privatisierung des Bankensektors begonnen. Zahlreiche vormals staatliche Industriebetriebe wurden zudem – oft sehr billig – an private UnternehmerInnen verkauft. Eine Ausnahme bildete der staatliche Kupferkonzern CODELCO, dessen Einnahmen teilweise direkt ins Militärbudget flossen und damit dem Machterhalt der Diktatur dienten. Die Privatisierungen trieben die massiven Konzentrationsprozesse innerhalb der chilenischen Wirtschaft weiter voran. 1978 kontrollierten die fünf größten *Grupos Económicos* (Wirtschaftsgruppen) im Land – Cruzat-Larraín, Vial, Matte, Angelini und Luksic – 53% aller Aktiva der 250 größten Privatunternehmen. Neun Gruppen – inklusive der fünf oben genannten – kontrollierten bereits 82% des privaten Bankensystems (Winkelmeier 2013: 81, 89ff.). Ab Ende der 1970er-Jahre wurden auch immer mehr soziale Dienstleistungen privatisiert. Zu nennen sind hier die Gründung der privaten Pensionsversicherungsfonds (AFP), die das System der Altersvorsorge bis heute dominieren; die privaten Krankenversicherungen (ISAPRE) und die massive Stärkung des Privatsektors im Bildungsbereich, auf die im Laufe der Arbeit noch genauer eingegangen wird. In allen Fällen wurden private Anbieter gegenüber dem öffentlichen Sektor massiv bevorzugt (Atria et al 2014: 147ff, Urrea 2014: 72, 104ff, 146, 182ff). Während der Diktatur wurden die staatlichen Gesundheitsausgaben um 40%, die staatlichen Bildungsausgaben um 73% und die staatlichen Ausgaben für Wohnbau um 60% reduziert (Winkelmeier 2013: 112f.).

Die erste Phase der Diktatur war außerdem von einem rasanten Aufstieg der Finanzoligarchie geprägt. Auch das war eine direkte Folge der Veränderung der Regulationsweise. Auch im Geldverhältnis wurde die Marktförmigkeit der Regulation auf Kosten der Staatsförmigkeit gestärkt – die Kapitalmärkte wurden radikal liberalisiert. Die Preisbildung sollte nach Ansicht

der neoliberalen Diktatur weitestgehend den Marktmechanismen überlassen werden. Dies führte nicht nur zu einem realen Kaufkraftverlust der Bevölkerung (Jäger 1999: 7f.), sondern auch zu einem bedeutenden Anstieg der Zinsen im Land. Zwischen 1974 und 1980 wuchsen die Kreditzinsen durchschnittlich um über 13% pro Jahr. Davon profitierte die aufstrebende Finanzindustrie, da sie am Weltmarkt billige Kredite aufnehmen und diese dann in Chile zu deutlich höheren Zinsen weiterverleihen konnte – die Differenz zwischen den Zinssätzen konnte als Gewinn abgeschöpft werden. Zwischen 1973 und 1981 stieg die Zahl der Privatbanken in Chile von 21 auf 45. Die hohen Zinsen zogen auch immer mehr spekulatives Kapital aus dem Ausland an. Zudem eröffneten die AFP und die ISAPRE Finanzinvestoren immer mehr profitable Geschäftsfelder. Der Anteil der Finanzdienstleistungen am BIP wuchs in den acht Jahren nach 1974 von 5,2% auf 11,4%. Die starke Finanzialisierung der Akkumulation führte schließlich 1982 zu einer verheerenden Krise des neuen Modells (Urrea 2014: 168ff., 182ff, 219ff, Winkelmeier 2013: 89ff.), die in *Kapitel 3.1.5.* genauer beschrieben wird.

Insgesamt war die erste Phase der Diktatur geprägt von der autoritären Durchsetzung der neuen Ordnung, die unter demokratischen Vorzeichen nicht möglich gewesen wäre. Unter der Militärherrschaft wurden alle Gegenströmungen vehement bekämpft. Die Zerschlagung politischer Institutionen wurde damit begründet, dass sich die neuen MachthaberInnen von ideologischen Dogmen freimachen wollten. Ihre Entscheidungen wurden als neutral und wissenschaftlich fundiert dargestellt, waren aber Ausdruck einer neoliberalen Weltsicht. Germán Urrea fasst die Phase der Implementierung des neuen Modells folgendermaßen zusammen:

Así se implementó el llamado 'modelo Chicago', sobre la base de una dictadura criminal, de apertura al comercio mundial sin ninguna protección de la industria nacional, sobre bajas salariales permanentes, sobre la canalización de recursos públicos hacia los grupos privados, sobre el desarrollo de la economía financiera y la destrucción de las organizaciones civiles. (Urrea 2014: 186)

Die Implementierung des sogenannten Chicago-Modells basierte auf einer kriminellen Diktatur, auf der Weltmarktöffnung ohne jeglichen Schutz für die nationale Industrie, auf ständigen Lohnsenkungen, auf der Umleitung öffentlicher Ressourcen zu privaten Gruppen, auf der Entwicklung der Finanzökonomie und auf der Zerstörung der zivilgesellschaftlichen Organisationen. (Urrea 2014: 186)

3.1.4. Die Verfassung von 1980

Trotz der hohen sozialen Kosten der Schocktherapie entwickelte sich die chilenische Wirtschaft bis 1980 relativ stabil mit Wachstumsraten von ca. 2% pro Jahr. Die Inflation konnte trotz zunächst geringer Verbesserungen ab 1977 unter 100% gesenkt werden. Die wirtschaftlichen Erfolge dienten der Diktatur als Legitimation ihrer Strategie, wodurch der internationale Druck sank. Zudem wurde die interne Opposition durch staatliche Repression nahezu komplett zerstört, sodass Pinochet um 1980 unangetastet am Höhepunkt seiner Macht stand (Winkelmeier 2013: 81ff). In gramscianischen Worten hatte sich die neoliberale Hegemonie also stabilisiert. Dazu war zwar massiver Zwang in Form staatlicher Repression und der Ausschaltung der politischen Opposition nötig, durch die positive Wirtschaftsentwicklung erlangte die Diktatur aber auch einen bestimmten Grad an Konsens – zumindest innerhalb der unternehmerischen Elite und auf internationaler Ebene.

In diesem Kontext gewann Pinochet 1980 nicht nur ein Plebiszit über seinen Verbleib an der Macht, sondern schaffte es auch, die neoliberale Gesellschaftsordnung konstitutionell zu verankern. Die 1980 verabschiedete Verfassung sichert die Grundfesten des vom Militärregime installierten Modells bis heute ab. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft wird also weiterhin von neoliberalen Grundannahmen bestimmt (Winkelmeier 2013: 106f.). Insgesamt basiert die Verfassung auf dem für die Diktatur typischen Glauben an freie Märkte und individuelle (wirtschaftliche) Freiheiten. Das Privateigentum wird besonders streng verteidigt, während sozialen Organisationen keine Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes eingeräumt wird. Die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik werden stark beschränkt. So darf der Staat in wirtschaftlichen Angelegenheiten laut Verfassung nicht gegenüber privaten MarktteilnehmerInnen bevorzugt werden. Der Staat darf sich außerdem nicht über die Zentralbank finanzieren und muss dies wie alle anderen MarktteilnehmerInnen am Finanzmarkt tun. Zudem verbietet die Verfassung staatliche Interventionen in der Industrieentwicklung (Urrea 2014: 61ff, 162f.).

Das Ziel der Verfassung war es, das neoliberale Modell auch über ein etwaiges Ende der Diktatur hinaus abzusichern. Der *Gremialista* Jaime Guzmán, einer der wichtigsten Intellektuellen innerhalb der Militärjunta, meinte in diesem Zusammenhang unverblümt:

Si llegan a gobernar los adversarios, se vean constreñidos a seguir una acción no tan distinta a la que uno mismo anhelaría, porque el margen de alternativas que la cancha imponga de hecho a quienes juegan en ella, sea lo suficientemente reducido para hacer extremadamente difícil lo contrario. (Jaime Guzmán zitiert nach Urrea 2014: 71)

Wenn die GegnerInnen an die Regierung gelangen, sollen ihre Handlungsmöglichkeiten so beschränkt sein, dass sie keine Aktionen setzen können, die sich von unseren stark unterscheiden. Das Spielfeld soll den Rahmen der Alternativen so gering halten, dass es extrem schwer ist, anders zu handeln. (Jaime Guzmán zitiert nach Urrea 2014: 71)

Wie in den nächsten Kapiteln deutlich wird, erreichte die neue Verfassung dieses Ziel. Der von der Diktatur implementierte institutionelle Rahmen machte progressive Veränderungen nach der Rückkehr zur Demokratie 1990 fast unmöglich (Garretón 2012: 76f.).

3.1.5. Die Krise von 1982 und das Ende der Diktatur

Da die Inflation weiterhin sehr hoch war, leitete die Militärjunta nach 1979 eine Politik der fixen Wechselkurse ein. Der chilenische Peso wurde an den US-Dollar gekoppelt, was seine Überbewertung zur Folge hatte. Diese verringerte die Exportchancen und verbilligte die Importe, was wiederum zu einem rapiden Anwachsen der Auslandsschulden führte. Verstärkt wurde dieser Trend durch die Entwicklung der *Terms of Trade*, da die chilenischen Primärgüterexporte im Vergleich zu den Importprodukten an Wert verloren. Die Überbewertung des Peso setzte außerdem die ohnehin schon geschwächte heimische Industrie weiter unter Druck (Urrea 2014: 172ff). Der enorme Anstieg der Schulden hatte aber auch internationale Gründe, weil die weltweite Kreditvergabe nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems ab 1973 um 25% anwuchs. Vor allem Entwicklungsländer konnten sich in dieser Phase sehr billig im Ausland verschulden. Durch die niedrigen Rohstoffpreise und die in der Folge fallenden Exporteinnahmen war dies auch nötig. Als die USA dann ihre Zinsen 1979/80 drastisch erhöhten, hatte dies verheerende Auswirkungen auf viele Länder des globalen Südens. Die Geschäftsbanken erwarteten sich in den USA und anderen entwickelten Ländern plötzlich höhere Renditen und vergaben daher kaum mehr Kredite an Entwicklungsländer, von denen bald viele ihre Schuldenlast nicht mehr stemmen konnten. 1982 erklärte Mexiko seine Zahlungsunfähigkeit, was als Ausgangspunkt einer verheerenden Schuldenkrise gesehen wird, die sehr bald auch Chile mit aller Härte traf (Winkelmeier 2013: 88f.).

Chiles Wirtschaft stürzte in die tiefste Rezession seit den 1930er-Jahren. 1982 brach das BIP um 14% ein, die Arbeitslosigkeit kletterte auf über 34%. Der Staat sozialisierte viele der privaten Schulden und agierte auch in der Geldpolitik zunächst weniger dogmatisch, um spekulative Kapitalflüsse zu begrenzen (Jäger 1999: 10). Zahlreiche Banken wurden zwischenzeitlich notverstaatlicht. Bis 1984 wurden die Außenhandelszölle von 10% auf 35% angehoben. Nachdem die schlimmste Phase der Krise überwunden war, setzte die Regierung

ihre neoliberale Politik allerdings mit leichten kosmetischen Veränderungen fort. Bis 1988 wurden die Zölle wieder auf 15% verringert, der Großteil der Schulden wurde den privaten Banken erlassen und es kam zu weiteren Privatisierungswellen, von denen aufgrund der instabilen ökonomischen Lage nur eine kleine Gruppe sehr reicher PrivatunternehmerInnen profitieren konnte. Die Konzentration von Reichtum und die Verschärfung sozialer Ungleichheit gingen in dieser Phase weiter. Letztlich blieben die Zugeständnisse der Diktatur auch deshalb gering, weil die Militärjunta auf internationale Unterstützung zählen konnte. Nach der Machtübernahme von Thatcher (1979) und Reagan (1981) in Großbritannien bzw. den USA erlangte neoliberale Wirtschaftspolitik weltweit eine hegemoniale Stellung, was dem chilenischen Modell eine gewisse Legitimität verschaffte. So waren etwa die Strukturanpassungsprogramme, die der IWF und die Weltbank vielen hochverschuldeten Entwicklungsländern in den 1980er-Jahren als Gegenleistung für neue Kredite auferlegten, sehr gut mit der ohnehin auf Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung beruhenden Politik der chilenischen Diktatur vereinbar. Dennoch war eine leichte Abkehr vom reinen Neoliberalismus der 1970er-Jahre zu erkennen. Dies lag vor allem daran, dass sich nach der Krise langsam eine Opposition gegen die Diktatur formierte. Wichtigste Vertreterin war die *Alianza Democrática* (AD), ein Zusammenschluss einiger Mitte-Links-Parteien und -Organisationen unter Führung der ChristdemokratInnen des PDC (*Partido Demócrata Cristiano*). Der zunehmende Widerstand aus der Zivilgesellschaft erzwang einige Zugeständnisse an die binnenorientierte Industrie, konnte aber nichts an der Grundausrichtung des Akkumulationsmodells ändern, das dominant (passiv) extrovertiert, extensiv und teilweise finanzialisiert blieb (Friedman et al 2012: 147f., Urrea 2014: 171, Winkelmeier 2013: 97ff., 107ff.).

Während das von ihm implementierte Modell relativ stabil blieb, geriet Pinochet selbst im Laufe der 1980er-Jahre immer mehr unter Druck. 1988 kam es zu einem Plebiszit über den Verbleib des Diktators an der Macht, bei dem letztlich 55,9% mit „nein“ stimmten (Urrea 2014: 100). 1990 wurde Pinochet vom ersten demokratisch gewählten Präsidenten der *Concertación*, Patricio Aylwin, an der Staatsspitze abgelöst. Wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird, ist die chilenische Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aber bis heute stark vom Erbe der Diktatur geprägt.

3.2. Die Festigung des Modells unter der Concertación (1990-2010)

Bei der Präsidentschaftswahl 1989 war erstmals die Mitte-Links-Koalition *Concertación* erfolgreich. Die neue Allianz vereinte nahezu alle politischen Kräfte, die sich für ein Ende der Pinochet-Diktatur eingesetzt hatten – außer dem *Partido Comunista* (PC). Die *Concertación* bestand aus vier Parteien – dem *Partido Demócrata Cristiano* (PDC), dem *Partido Radical Socialdemócrata* (PRSD), dem *Partido Socialista* (PS) und dem *Partido por la Democracia* (PPD). PDC und PRSD stellten dabei den konservativeren Flügel dar, während PS und PPD als progressiver eingestuft werden können. Zwischen 1990 und 2010 stellte die *Concertación* vier Regierungen hintereinander (Garretón 2012: 79f.). Letztendlich schaffte sie es aber nicht, das von Pinochet implementierte Akkumulationsmodell abzulösen. Dies hatte sowohl externe als auch interne Gründe, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

3.2.1. Entstehungskontext der Concertación und externe Beschränkungen

Wie bereits erwähnt beschränkte die Verfassung von 1980 die politische Handlungsfähigkeit der demokratischen Regierung. Sie sicherte die subsidiäre Rolle des Staates in der chilenischen Wirtschaft ab. Selbst konstitutionell garantierte Rechte – wie Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge – sollen demnach vorwiegend von privaten AnbieterInnen bereitgestellt werden. Der Staat soll nur im Falle von gravierendem Marktversagen eingreifen bzw. Subventionen an jene Menschen gewähren, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, ihre Grundrechte am Markt zu befriedigen. Durch die systematische Unterfinanzierung der öffentlichen Sozialsysteme, sind diesem Anspruch aber enge Grenzen gesetzt. Flankiert wurde die Verfassung von den in den letzten Jahren der Diktatur verabschiedeten sogenannten organischen Verfassungsgesetzen (*Leyes Orgánicas Constitucionales*), die die neoliberale Ordnung noch stärker institutionell verankerten. Nur zwei Tage vor der Machtübergabe an die erste zivile Regierung sicherte Pinochet das privatisierte Bildungssystem etwa durch das *Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza* (LOCE) ab. Um die konstitutionelle Ordnung auch in der Übergangsphase zu schützen wurde unter Pinochet zudem der Verfassungsgerichtshof geschaffen, der Gesetze, die gegen die Grundordnung der Konstitution verstoßen, in letzter Instanz kippen kann. Oft reichte sogar die Androhung einer Verfassungsklage von Seiten der rechten Opposition, um progressive Regierungsvorhaben zu unterbinden. Auch die in der Verfassung verankerte Unabhängigkeit der Zentralbank, die letztlich erst kurz vor dem Ende der Diktatur 1988 tatsächlich umgesetzt wurde, diente dem Ziel, den politischen Handlungsspielraum der nachfolgenden demokratischen Regierungen zu beschränken. Durch die Einschreibung der Interessen der wirtschaftlichen Elite in den institutionellen Rahmen des

chilenischen Staates, wurden unpopuläre politische Maßnahmen gewissermaßen legitimiert, da sie durch die Entscheidungen angeblich unabhängiger und professioneller Gerichte und Instanzen bestätigt wurden. Erst in den letzten Jahren wächst der Wunsch nach einer progressiven Verfassungsänderung innerhalb der chilenischen Gesellschaft (Unterberger 2012: 248ff, Urrea 2014: 94, 234).

Auch das für die Übergangsphase zur Demokratie gewählte binominale Wahlsystem stellte ein großes Hindernis für grundlegende politische Veränderung dar. Chile wurde in 60 Wahlkreise unterteilt, aus denen jeweils zwei Abgeordnete ins Parlament gewählt werden. Dabei erhalten in den meisten Fällen die beiden stimmenstärksten Parteien bzw. Wahlallianzen jeweils einen Sitz. Erst wenn die stimmenstärkste Liste mehr als doppelt so viele Stimmen erhält wie die zweitplatzierte, stellt sie beide Abgeordnete im jeweiligen Wahlkreis. Das binominale Wahlsystem führte dadurch tendenziell zu einer Pattstellung zwischen der *Concertación* und der rechten Opposition, was es nahezu unmöglich machte, die im Parlament nötigen Mehrheiten für grundlegende Gesetzesänderungen bzw. eine Änderung der Verfassung zu erreichen. Bei der Festlegung der Wahlkreise wurden außerdem jene Gebiete, in denen beim Plebiszit von 1988 mehrheitlich für einen Verbleib Pinochets an der Macht gestimmt wurde, bevorzugt behandelt. In der Region Araucanía, wo mit über 54% der größte Anteil für eine Fortsetzung der Diktatur gestimmt hatte, repräsentiert ein Abgeordneter etwa 87.000 und ein Senator ca. 217.000 EinwohnerInnen. In der Metropolregion um die Hauptstadt Santiago, wo sich 59% für ein Ende der Herrschaft Pinochets ausgesprochen hatten, kommen auf einen Abgeordneten fast 190.000 EinwohnerInnen und auf einen Senator etwa 1,5 Millionen BürgerInnen (Urrea 2014: 86ff). Zudem stärkte die Tatsache, dass viele Senatoren weiterhin nicht direkt gewählt wurden, die politische Repräsentation der Erben der Diktatur. Pinochet blieb beispielsweise noch bis 1998 Oberbefehlshaber der Streitkräfte und bis 2002 designierter Senator (Winkelmeier 2013: 130ff).

Die hegemoniale Stellung des neoliberalen Systems wurde nach dem Übergang zur Demokratie aber nicht nur durch institutionelle Zwangselemente abgesichert. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft rangen neoliberale Intellektuelle zudem um die Zustimmung der breiten Bevölkerung sowie der politischen EntscheidungsträgerInnen. In den 1990er-Jahren entstanden viele neoliberale *Think Tanks*, die auch durch ihre engen Verbindungen zur stark oligopolisierten Medienlandschaft erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nahmen. Zudem bestanden enge Verbindungen zwischen den Denkfabriken und ranghohen PolitikerInnen. Das Institut *Freedom and Development* nahm unter Patricio Aylwin sogar

direkten Einfluss auf die Gesetzgebung, da es Teil einer legislativen Kommission war (Fischer 2012: 205ff). Manuel Antonio Garretón sieht den größten Erfolg des Neoliberalismus in der Übergangsphase darin, dass die Ideologie es schaffte, sich als alternativlos darzustellen. Im Kontext des Falls der Berliner Mauer setzte sich der Glaube an kapitalistische Entwicklung durch freie Märkte immer tiefer in der Gesellschaft fest – nicht nur in Chile. Die Linke schaffte es nach dem Ende des Realsozialismus indes nicht, ein alternatives politisches Projekt zu formulieren und akzeptierte die neoliberale Grundausrichtung zunehmend. Dies zeigte sich letztlich auch innerhalb der *Concertación* (Garretón 2012: 17f.).

3.2.2. Regierungen der *Concertación* und interne Beschränkungen

Die *Concertación* vereinte viele unterschiedliche Ansichten. Um die politische Einigkeit der demokratischen Kräfte nicht zu gefährden, wurden ideologische Debatten über die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierungsallianz weitgehend vermieden. Die Politik der *Concertación* war von Beginn an sehr konsensorientiert. Aus Angst vor einer neuerlichen Machtübernahme durch das Militär wurden viele Zugeständnisse an die rechte Opposition gemacht. Damit wurden radikalere linke Kräfte innerhalb der *Concertación* schnell an den Rand gedrängt. Die politische Debatte wurde fortan von der Ausweitung der individuellen und kulturellen Freiheiten dominiert. Zudem rückte die Armutsbekämpfung verstärkt in den Fokus. Strukturelle Veränderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells wurden aber bald nicht mehr angedacht, da sich auch innerhalb der *Concertación* jene Kräfte durchgesetzt hatten, die dem neoliberalen Modell nicht sehr ablehnend gegenüber standen (Atria et al 2014: 39, Garretón 2012: 81ff). Die Parteien der neuen Regierung distanzieren sich schon kurz nach ihrer Legalisierung 1989 von den sozialen Bewegungen, an deren Seite sie letztendlich erfolgreich gegen die Pinochet-Diktatur gekämpft hatten. Die Zivilgesellschaft wurde so von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen (Unterberger 2012: 252f.).

Die inzwischen hegemonialen Grundgedanken des Neoliberalismus setzten sich auch im politischen Bereich fest. Politik wurde zunehmend als das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Individuen verstanden, was den Blick auf das Gemeinwohl verstellte (Atria et al 2014: 47f.). Die oben beschriebenen politischen Verhältnisse räumten der rechten Opposition eine sehr gute Position in den ständigen Verhandlungen mit der *Concertación* ein, wodurch viele progressive Regierungsvorhaben verhindert werden konnten. Gleichzeitig eigneten sich aber auch die Führungspersönlichkeiten der Regierungsallianz zunehmend die neoliberale Ideologie an. Die Funktion des Staates wurde auch von den PräsidentInnen der *Concertación*

bald hauptsächlich darin gesehen, als Schiedsrichter zwischen privaten Interessen aufzutreten und allen Menschen ein Minimum an Wohlstand zu gewähren, damit diese frei am Markt teilnehmen dürfen. Zwar wurde besagtes Minimum in den 20 Jahren der Mitte-Links-Regierungen kontinuierlich erhöht, an der zugrundeliegenden Logik änderte sich aber nichts (Atria et al 2014: 58f.). Der freie Markt galt weiterhin als oberste Instanz. Die während der Diktatur vorangetriebene Marktförmigkeit der Regulation blieb dominant und wurde immer weniger in Frage gestellt. Auch an der extravertierten und extensiven Ausrichtung des Akkumulationsmodells wurde nicht gerüttelt.

Aylwin (1990-1994)

Die erste demokratische Regierung von Patricio Aylwin erlangte schnell das Vertrauen der unternehmerischen Elite im Land. Der PDC-Politiker, der vor der Diktatur noch ein erbitterter Gegner der Allende-Regierung gewesen war, machte schnell deutlich, dass er weder die Verfassung von 1980 und die organischen Verfassungsgesetze noch das binominale Wahlsystem antasten würde. Aylwin bemühte sich sehr um politische und ökonomische Stabilität, weshalb er den Konsens mit der rechten Opposition suchte und den wirtschaftspolitischen Kurs der Diktatur weiterführte. Viele seiner progressiveren Vorhaben, wurden von der Rechten blockiert. Die Regierung konzentrierte sich daher vermehrt auf Reformen im Bereich des Möglichen. Dabei setzte sie vor allem beim Lohnverhältnis an. Durch die Ausweitung der Sozialausgaben und die Anhebung des Mindestlohns konnte die Armut drastisch reduziert werden. Auch im Bereich der Arbeitnehmerrechte erzielte Aylwin einige Fortschritte. Die Gewerkschaften wurden etwas gestärkt und die Kollektivvertragsverhandlungen ausgeweitet. Außerdem führte Aylwin begrenzte Kapitalverkehrskontrollen ein, um die Finanzialisierungstendenzen zu bremsen. Aufgrund dieser Maßnahmen kam Chile letztlich relativ unbeschadet durch die Asienkrise, die 1996/97 an den Finanzmärkten ausbrach. Strukturelle Veränderungen erreichte Aylwin aber dennoch nicht, was sich auch an seiner Steuerreform zeigte, die nichts an der grundlegenden Einkommens- und Vermögensverteilung im Land änderte (Fischer 2012: 204f., Garretón 2012: 97ff).

Frei (1994-2000)

Der zweite Präsident der *Concertación*, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, setzte den Kurs seines Vorgängers fort. Auch Frei, der 1994 sein Amt antrat, gehörte der PDC und damit dem konservativeren Block innerhalb der Regierungsbündnis an. Die Sozialausgaben wurden weiter

erhöht, der Fokus lag aber auf der privatwirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Unterzeichnung zahlreicher Freihandelsabkommen wurde die Exportwirtschaft gestärkt, durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sollte die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden, was sich aber negativ auf die Beschäftigungsverhältnisse vieler ArbeiterInnen auswirkte. Insgesamt war Freis Regierung von einem sehr technokratischen Ansatz geprägt. Effizienzsteigerungen sollten in Wirtschaft und Politik zu besseren Ergebnissen führen, ohne aber die Grundausrichtung des Modells zu verändern. Die Fortführung des neoliberalen Modells unter Aylwin und Frei verschaffte der von der Diktatur geerbten Ordnung demokratische Legitimität. Dies lag auch an der dynamischen Wirtschaftsentwicklung während der Amtszeiten der beiden PDC-Präsidenten. Zwischen 1989 und 1998 betrug das BIP-Wachstum durchschnittlich 7% pro Jahr. Das wirkte sich auch positiv auf die Reduktion der Armut aus: 1990 lebten noch über 38% aller ChilenInnen in Armut, 2000 waren es nur noch 20,7%. Erst Ende der 1990er-Jahre wurden Verteilungsfragen innerhalb der *Concertación* wichtiger. Dies lag einerseits am abflauenden Wirtschaftswachstum, das die sozialen Probleme im Land verschärfte, andererseits am Machtgewinn des progressiveren Flügels aus PS und PPD innerhalb der Regierungskoalition (Garretón 2012: 87ff, 111ff, 167ff).

Lagos (2000-2006)

Mit Ricardo Lagos wurde im zweiten Wahlgang 2000 erstmals ein Kandidat des linken Flügels der *Concertación* zum Präsidenten gewählt. Trotz seiner PS-Zugehörigkeit buhlte Lagos bereits im Wahlkampf vehement um die Unterstützung des Unternehmertums. Damit reagierte er auch auf die Angriffe der rechten Opposition, die den Sozialisten als Erben von Salvador Allendes UP darstellten. Letztlich ging Lagos' Plan auf: Noch vor der Wahl meinte Jean-Paul Luksic, Kopf der wohl mächtigsten Wirtschaftsgruppe in Chile, dass sowohl Lagos als auch sein rechter Gegenkandidat Joaquín Lavín positiv für das Investitionsklima im Land wären. Ausgerechnet unter dem ersten sozialistischen Präsidenten seit der Rückkehr zur Demokratie, intensivierten sich die Beziehungen zwischen der *Concertación* und der wirtschaftlichen Elite. Lagos ernannte den sehr technokratisch ausgerichteten Nicolás Eyzaguirre zum Hacienda-Minister, wodurch dieser erheblichen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierung nahm. Durch verstärkte Außenhandelsöffnung und Deregulierung wurde das extrovertierte und extensive Akkumulationsmodell weiter gestärkt. Die nahezu restlose Abschaffung aller unter Aylwin

eingeführten Kapitalverkehrskontrollen öffnete zudem die Tür für eine neuerliche Finanzialisierung der Akkumulation (Caviedes 2015: 44ff., Garretón 2012: 129ff).

Dennoch fielen in die Amtszeit von Lagos auch zwei progressive Reformvorhaben. Allerdings blieben sowohl die Gesundheitsreform als auch die Verfassungsreform hinter den Erwartungen zurück. Durch den *Plan AUGE* wurde zwar die staatliche Krankenversicherung FONASA gestärkt, allerdings blieben die privaten ISAPRE die bestimmenden Akteure im Gesundheitssystem – ihre Gewinnchancen haben weiterhin höhere Priorität als das Recht der BürgerInnen auf qualitativ hochwertige Versorgung (Garretón 2012: 129ff). Noch immer haben etwa 10% der ChilenInnen keinerlei Zugang zu Gesundheitsversorgung (López/Figueroa 2011: 36). Als erster Präsident der *Concertación*, der über eine Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Parlamentskammern verfügte, wagte sich Lagos zudem an eine Reform der Verfassung von 1980. Die wichtigsten Änderungen waren letztlich eine Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sechs auf vier Jahre, die Beschränkung des Einflusses des Militärs und die Abschaffung der designierten Senatoren. An der in der Verfassung festgeschriebenen sehr marktorientierten Gesellschaftsordnung änderte die Reform von 2005 nichts und auch das binominale Wahlsystem blieb unangetastet. Während grundlegende Veränderungen also ausblieben, verschaffte Lagos der herrschenden Ordnung durch seine Unterschrift – die eines demokratisch gewählten Präsidenten – zusätzliche Legitimität (Garretón 2012: 129ff, 186f., Winkelmeier 2013: 160f.).

Bachelet (I) (2006-2010)

2006 übernahm mit Michelle Bachelet die erste Frau und zum zweiten Mal in Folge der PS das Präsidentenamt in Chile. Die Tochter eines während der Pinochet-Diktatur ermordeten Generals war bereits unter Lagos Gesundheits- und Verteidigungsministerin gewesen. Wie auch Lagos rückte Bachelet nicht grundsätzlich von der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab. Ebenso wie ihr Vorgänger pflegte auch die neue Präsidentin sehr gute Beziehungen zum Unternehmertum und zu neoliberalen *Think Tanks*. Zwar weitete sie die Bonuszahlungen und Sozialleistungen für besonders arme Familien aus, an strukturelle Veränderungen wagte sie sich aber nicht. Dies zeigte sich auch an ihrer Reform des Pensionssystems. Ähnlich wie bei Lagos' Gesundheitsreform wurde der öffentliche Bereich zwar gestärkt und die solidarische Absicherung auf einige bislang vom System ausgeschlossene Gruppen ausgeweitet, dennoch blieben die privaten Pensionsversicherungen (AFP) dominant und zu schwach reguliert. Bachelets erste Amtszeit wurde außerdem von zahlreichen Protestaktionen der Zivilgesellschaft begleitet, wodurch die Präsidentin ihre politischen Prioritäten oftmals

anpassen musste – mehr als kosmetische Veränderungen initiierte sie aber nicht. Ein gutes Beispiel hierfür stellt die sogenannte *Revolución Pingüina* dar. Die massiven Proteste der OberstufenschülerInnen – auf die im Laufe der Arbeit noch genauer eingegangen wird – setzten die Regierung massiv unter Druck. Letztlich reagierte Bachelet mit der Abschaffung des aus der Diktatur stammenden Bildungsgesetzes (LOCE). Das stattdessen eingeführte *Ley General de Educación* (LGE) wurde in einem wenig partizipativen Prozess erarbeitet und stellte keinen radikalen Bruch mit der Marktorientierung im Bildungsbereich dar, was der Großteil der mobilisierten SchülerInnen als glatten Betrug betrachtete (Garretón 2012: 143ff).

Während der ersten Amtszeit von Michelle Bachelet, die sich bewusst von den immer unpopulärer werdenden Parteien der *Concertación* distanzierte, wuchsen die Konflikte innerhalb der Regierungskoalition. Als der Christdemokrat Eduardo Frei als Präsidentschaftskandidat des Mitte-Links-Bündnisses für die nächste Wahl bestimmt wurde, traten die beiden PS-Politiker Marco Enríquez-Onimani und Jorge Arrate aus der *Concertación* aus und kandidierten gegen Frei. Der Kandidat der Mitte-Rechts-Allianz (*Alianza por Chile*), der Milliardär Sebastián Piñera von der *Renovación Nacional* (RN), präsentierte sich indes als Vertreter einer neuen, liberaleren Rechten. Er distanzierte sich glaubwürdig von den Verbrechen der Diktatur und äußerte sich in gesellschaftspolitischen Fragen tolerant – beispielsweise gegenüber Homosexuellen. In der Stichwahl im Jänner 2010 setzte sich Piñera mit 51,6% der Stimmen gegen Frei durch und beendete so die Ära der *Concertación* in Chile (Rovira Kaltwasser 2010: 3ff.).

3.2.3. *Passiv extravertierte Akkumulation*

In den 20 Jahren, in denen Chile von der *Concertación* regiert wurde, verfestigte sich das von Pinochet autoritär implementierte Akkumulationsmodell ebenso wie die während der Diktatur vorherrschende Regulationsweise. Die Außenorientierung der Akkumulation wurde nach dem Übergang zur Demokratie durch die Unterzeichnung zahlreicher Freihandelsabkommen vertieft (Atria et al 2014: 281ff.). Heute hat Chile mit über 50 Ländern, die mehr als 93% aller Handelspartner abdecken, gültige Freihandelsabkommen (Friedman et al 2012: 147) – darunter alle amerikanischen Länder außer Kuba, alle Länder der EU und China. Zudem senkten die Regierungen der *Concertación* die Importzölle von 15% auf 6%. Die effektiven Zölle liegen inzwischen bei nur etwa 2% (García Hurtado 2006: 2f.). Zwischen 1990 und 2007 wuchs der Anteil der Exporte am BIP von 35% auf 50% und jener der Importe von 30% auf 40% (Friedman et al 2012: 148). Das chilenische Akkumulationsmodell muss daher

weiterhin als passiv extravertiert bezeichnet werden. Passiv deshalb, weil der Export von nicht oder wenig verarbeiteten Rohstoffen die wichtigste Säule der chilenischen Wirtschaft darstellt. Bereits seit den 1980er-Jahren wurden zwar Versuche unternommen, die Exportstruktur zu diversifizieren, allerdings lag der Fokus weiterhin klar auf ressourcenintensiven Produkten. Neben Kupfer und Fischmehl – den traditionell wichtigsten Ausführprodukten – wurden zunehmend auch Lachs, Zellulose und Obst exportiert (Jäger et al 2014: 16f.).

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Festigung der passiv außenorientierten Akkumulation unter der Herrschaft der *Concertación* war der Preisanstieg für Rohstoffe, der Anfang des 21. Jahrhunderts einsetzte. Die hohen Weltmarktpreise für Primärgüter waren vor allem die Folge der steigenden Nachfrage der aufstrebenden Schwellenländer Asiens und verhalf vielen rohstoffexportierenden lateinamerikanischen Ländern zu hohem Wachstum und einer drastischen Reduktion der Armut (Coremberg 2012: 123ff). Die größten Preissprünge machten mineralische Rohstoffe, die 2010 174,4% ihres Wertes von 2005 erreichten. Der Kupferpreis lag 2010 fünfmal so hoch wie Anfang der 1990er-Jahre. Diese Entwicklung hatte natürlich deutliche Auswirkungen auf Chile, das seit langem stark vom Kupferexport abhing. Zwischen 2000 und 2010 stieg der Gesamtwert der chilenischen Exporte um mehr als das Dreieinhalbfache. Dieser Effekt ist vor allem der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt geschuldet, da das exportierte Volumen im Jahr 2010 nur etwa 144% des Wertes aus dem Jahr 2000 erreichte. Der Anteil der mineralischen und metallischen Exporte an den Gesamtexporten Chiles wuchs im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends von etwa 45% auf knapp 65%; insgesamt machen Primärgüter heute über 85% aller chilenischen Ausfuhren aus. Chiles dynamische Entwicklung ab 2003 war vor allem der hohen Kupfernachfrage aus China zu verdanken. Inzwischen ist China der wichtigste Abnehmer chilenischer Exporte. Heute gehen über 22% der chilenischen Ausfuhren nach China (Matthes 2012: 9ff., 16, 22ff., 33f., 82). Die hohen Einnahmen aus dem Export bescherten Chile Handelsbilanzüberschüsse und einen positiven Finanzhaushalt (Winkelmeier 2013: 141). Dadurch konnte die Regierung einen Stabilisierungsfond einrichten, durch dessen Mittel die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 deutlich abgeschwächt wurden – womit letztlich auch das vorherrschende Akkumulationsmodell gewissermaßen abgesichert wurde (Jäger et al 2014: 17f.). Die enorme Abhängigkeit der chilenische Wirtschaft vom Export mineralischer Produkte – vor allem Kupfer – zeigt sich auch daran, dass die Renteneinnahmen im Bergbausektor 2010 bereits 18,3% der chilenischen Wirtschaftsleistung ausmachten (Matthes 2012: 79, 82).

Einen weiteren Aspekt, der die passive Außenorientierung der chilenischen Wirtschaft veranschaulicht, stellen die ab den 1990er-Jahren massiv gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen dar. 1999 erreichte ihr Wert 7,5% des chilenischen BIP; zu Beginn der Dekade lediglich 0,7% (García Hurtado 2006: 6). Der starke Einfluss ausländischer Konzerne zeigt sich auch daran, dass sich inzwischen etwa 15% aller Unternehmen in Chile in ausländischem Besitz befinden. Von den 80 größten, im Land tätigen Unternehmen gehören 50 transnationalen Konzernen und 70% des Kupfersektors werden von ausländischen Unternehmen kontrolliert. Diese Konstellation führt zu massivem Kapitalabfluss aus Chile. Allein 1999 flossen 1,8 Milliarden US-Dollar an Gewinnen und Zinsen transnationaler Konzerne aus Chile ab (Winkelmeier 2013: 128, 164ff.). Im Jahr 2007 lagen die Gewinntransfers ins Ausland allein im Kupfersektor höher als die Summe aller Direktinvestitionen, die zwischen 1974 und 2007 aus dem Ausland kamen. Die Nettoressourcenabflüsse betragen inzwischen etwa 10% der chilenischen Wirtschaftsleistung (Jäger/Leubolt 2013: 170).

Die Verfestigung der passiv extravertierten Akkumulation war allerdings nicht nur die Folge einer offenen Außenhandelspolitik, sondern auch das Resultat einer extrem liberalen ökologischen Restriktion, welche die Aneignung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen vergleichsweise sehr einfach und billig machte (Jäger et al 2014: 16f.). Der chilenische Staat hebt keine speziellen Umweltsteuern ein und verlangte bis 2005 auch überhaupt keine *Royalties* für die Ausbeutung von Rohstoffen. Unternehmen, die im Extraktivismus tätig sind, können bis heute ihre Inputs – also die in der Erde lagernden Rohstoffe – nahezu kostenlos erstehen, während Industriebetriebe ihre Inputs zu Marktpreisen kaufen müssen. Damit besteht ein großer Anreiz für Investitionen im Rohstoffsektor. Zudem wird der Exportsektor steuerlich bevorzugt. Obwohl die Regierungen der *Concertación* die Steuern auf Unternehmensgewinne stufenweise bis 2001 von 10% auf 17% anhoben, blieben die Exportunternehmen nahezu unbelastet. Zwischen 2005 und 2009 konnten die privaten Kupferunternehmen etwa 11,4 Milliarden ihrer insgesamt 14 Milliarden US-Dollar Gewinn komplett steuerfrei abschöpfen. Eine Ausnahme bildet der staatliche Kupferkonzern CODELCO, der wie alle Staatsbetriebe eine Zusatzsteuer von 40% bezahlen muss (López/Figueroa 2011: 4ff, 29f., Winkelmeier 2013: 137ff.).

3.2.4. Extensive Akkumulation

Die Festigung der dominant extensiven Akkumulation hängt eng mit der oben beschriebenen passiven Außenorientierung des Modells zusammen. Die Konzentration auf den Export wenig verarbeiteter Primärgüter führt automatisch dazu, dass Wachstum vor allem durch die geographische Ausweitung der Abbaugebiete, voranschreitende Inwertsetzung der Natur sowie im besten Fall den vermehrten Einsatz von Arbeitskräften zustande kommt. Die Produktivitätssteigerungen sind in der Folge gering, was auch die Chancen auf Lohnsteigerungen der ArbeiterInnen verringert. Dies wirkt sich zwar negativ auf die Binnenmarktentwicklung aus, erhöht am Weltmarkt aber aufgrund der geringen Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit, was die passive Außenorientierung wiederum festigt (Jäger 1999: 15ff.). Damit begünstigen einander passiv extravertierte und extensive Akkumulation in Chile gegenseitig.

Ein wichtiges Merkmal dominant extensiver Akkumulationsmuster ist der geringe Stellenwert des Industriesektors – insbesondere im Bereich wissens- und technologieintensiver Produktion, in dem tendenziell intensive Akkumulation durch Produktivitätssteigerungen stattfindet. Bereits während der Diktatur kam es in Chile wie beschrieben zu massiver Deindustrialisierung. Nach zaghaften gegenläufigen Entwicklungen unter Aylwin und Frei nahm dieser Trend ab der Jahrtausendwende wieder an Fahrt auf (Winkelmeier 2013: 154ff.). 2010 lag der Anteil der Industrie am BIP des Landes nur noch bei 14,3% (Urrea 2014: 230). Der Primärgütersektor zeichnete 2010 bereits für 19,2% der gesamten chilenischen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Damit lag sein Anteil deutlich höher als 2000 (10,5%) und sogar über dem Wert den er nach dem Ende der Pinochet-Diktatur 1990 erreicht hatte (15,4%) (Matthes 2012: 74). In den 1990er-Jahren gab es parallel zur Diversifizierung der Exporte auch beachtliche Erfolge bei der Entwicklung der Produktivität und damit Tendenzen intensiverer Akkumulation. So waren zwischen 1987 und 2000 mehr als zwei Drittel des Wirtschaftswachstums einer beträchtlichen Steigerung der Faktorproduktivität zu verdanken (Atria et al 2014: 268). Mit dem 2003 einsetzenden Rohstoffpreisboom geriet diese Dynamik aber ins Stocken und der Primärgüterexport festigte seine dominante Stellung. Der Anteil verarbeiteter Produkte an den gesamten Exporten sank zwischen 2000 und 2010 von über 16% auf unter 13% (Matthes 2012: 16). Der Anteil, den die Industrieprodukte an den Exporteinnahmen ausmachten, fiel aufgrund der hohen Rohstoffpreise zwischen 2002 und 2010 sogar von 44,8% auf 27,1%. Die Kupferexporte erhöhten ihren Anteil an den Exporteinnahmen im gleichen Zeitraum von 39,2% auf 56,7% (Atria et al 2014: 272).

Die starke Ausrichtung auf den Export von Primärgütern führte Anfang des neuen Jahrtausends in fast ganz Lateinamerika zu stagnierender Produktivität – also zu dominant extensiver Akkumulation. 2011 lag die totale Faktorproduktivität in der Region unter ihrem Höchstwert der 1990er-Jahre. Zwischen 1998 und 2011 schrumpfte sie jährlich um 0,4%. In Chile war die Entwicklung besonders dramatisch. In den ersten acht Jahren der Regierungen der *Concertación* war die totale Faktorproduktivität noch um 2,4% pro Jahr gewachsen, zwischen 1998 und 2011 verringerte sie sich dann jährlich um 1,8% (Coremberg 2012: 137ff). Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt die sogenannte „holländische Krankheit“. Aufgrund der hohen Weltmarktnachfrage nach chilenischen Exportgütern – vor allem Kupfer – kam es zur Aufwertung des chilenischen Peso, der damit international seine Kaufkraft steigerte. Dies verringerte zwar einerseits die Exportchancen Chiles, andererseits verbilligte es die Importe für das Land. Die ohnehin schwache einheimische Industrie konnte immer weniger mit den importierten Gütern konkurrieren und der Großteil der privaten Investitionen floss daher in die extraktivistische Exportwirtschaft. Die für eine Steigerung der Produktivität notwendigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung mussten daher zu 80% vom chilenischen Staat geschultert werden. Wegen der sehr reduzierten Rolle des Staates im chilenischen Modell sind die Investitionen für Forschung und Entwicklung insgesamt sehr niedrig: Sie betragen nur 0,6% des nationalen BIP. Im OECD-Schnitt machen sie etwa 2,6% der Wirtschaftsleistung aus und werden zu 80% von privaten Akteuren finanziert (García Hurtado 2006: 7). Auch die niedrigen Bildungsausgaben des chilenischen Staates behindern Steigerungen der Produktivität und die Entwicklung wissens- und technologieintensiverer Industriesektoren (López/Figueroa 2011: 35f.).

3.2.5. *Finanzialisierte Akkumulation*

Insgesamt konnten die Finanzialisierungstendenzen des chilenischen Modells nach der verheerenden Krise der 1980er-Jahre deutlich gebremst werden. Zeitweise Kapitalverkehrskontrollen und eine weniger dogmatische Geldpolitik zeigten einige Erfolge im Kampf gegen spekulative Kapitalzu- und -abflüsse. Dennoch ist anzumerken, dass die Akkumulation fiktiven Kapitals in den letzten Jahren wieder zunahm (Jäger/Leubolt 2013: 170). Trotz der Kapitalverkehrskontrollen wurde auch Chile von der 1997 in Südostasien ihren Ausgang nehmenden Finanzkrise erfasst. In der Folge kam es zu massivem Kapitalabfluss. Auch die privaten Pensionsversicherungsfonds (AFP) beteiligten sich an der Spekulation gegen die einheimische Währung. Außerdem wurden die in den Jahren zuvor

eingeführten Kapitalmarktbeschränkungen um die Jahrtausendwende weitgehend entschärft oder gänzlich zurückgenommen. 1997 wurde der Kapitalexport liberalisiert und 2001 wurden so gut wie alle von Präsident Aylwin eingeführten Kapitalverkehrskontrollen wieder abgeschafft. Die Auslandsverschuldung des chilenischen Staates wuchs zwischen 2004 und 2011 von 43 auf 77 Milliarden US-Dollar an. Im Verhältnis zum BIP schrumpften die Auslandsschulden im gleichen Zeitraum aber von 43,2% auf 31%. Man kann in Bezug auf Chile daher nicht von dominant finanzialisierter Akkumulation sprechen. Dass der Anteil der Finanzdienstleistungen am BIP 2010 bereits 16,6% betrug, deutet aber auf gewisse Finanzialisierungstendenzen hin (Urrea 2014: 230, Winkelmeier 2013: 125f., 146f.).

Der Export von Rohstoffen bleibt die wichtigste Stütze des chilenischen Modells. In diesem Zusammenhang muss allerdings erwähnt werden, dass es etwa ab 2005 weltweit zu einer starken Finanzialisierung der Rohstoffmärkte kam. Der Handel mit Rohstoffindexfonds explodierte im neuen Jahrtausend. 2003 waren es lediglich 13 Milliarden US-Dollar, die global in gebündelte Rohstoffderivate flossen, 2010 lag dieser Wert bereits bei 320 Milliarden US-Dollar – also fast 25 Mal so hoch. Die Terminmärkte werden heute von spekulativen InvestorInnen dominiert, weshalb es zu deutlich höheren Schwankungen der Rohstoffpreise kommt. Dies ist sowohl für die Produktionsbetriebe als auch für die Kundschaft potenziell verheerend. Die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte könnte also auch in Chile zu erhöhter Instabilität des vorherrschenden Akkumulationsmodells führen, da dieses momentan sehr stark von den hohen Kupferpreisen abhängt. Hier ist allerdings anzumerken, dass die Finanzialisierung im Kupfersektor deutlich geringer ist als jene bei Erdöl oder Grundnahrungsmitteln wie Mais (Winkelmeier 2013: 149f.).

Ein weiterer Aspekt der Finanzialisierung in Chile ist die Verschuldung der privaten Haushalte. Durch kreditfinanzierten Konsum haben breitere Bevölkerungsschichten Zugang zu vermeintlichem Wohlstand. Dieser ist allerdings als sehr instabil zu charakterisieren, da die Schulden irgendwann zurückgezahlt werden müssen und die sozialen Folgen im Falle der Zahlungsunfähigkeit enorm sein können (Atria et al 2014: 259). 68% der chilenischen Haushalte haben Schulden. In den letzten Jahren war zudem ein rapides Anwachsen der Schulden bei Kaufhäusern zu beobachten. 2012 hatten bereits 44,9% der Bevölkerung Kreditverpflichtungen gegenüber Geschäften, 2007 waren es lediglich 20% gewesen. Zwar ist die private Verschuldung in Chile im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern relativ niedrig, allerdings müssen die chilenischen Haushalte im Monat durchschnittlich einen höheren Anteil ihres Einkommens für die Schuldenrückzahlung aufwenden. Insgesamt sind es

etwa 36% des verfügbaren Einkommens; die ärmsten 50% der Haushalte geben im Schnitt sogar 45% ihres monatlichen Einkommens für die Schuldentrückzahlung aus. Dieser hohe Wert kann unter anderem dadurch erklärt werden, dass in Chile Konsumkredite mit kurzer Laufzeit und hohen Zinsen einen großen Teil der privaten Schulden – insbesondere der ärmeren Bevölkerung – ausmachen. In den meisten OECD-Ländern ist der Anteil von lange laufenden und niedrig verzinsten Hypothekenkrediten deutlich höher – in Europa und den USA stellen sie etwa 80% aller privaten Kredite dar, in Chile nur 20% (Echeverría Bambach 2014).

Die private Verschuldung ist ein wichtiges Element der Finanzialisierung in Chile. Sie stabilisiert das vorherrschende Modell vorübergehend, weil sie die Konsummöglichkeiten der ärmeren Bevölkerung deutlich erhöht. Da es sich aber um fiktives Kapital handelt, sind viele ärmere Familien der hohen Schuldenlast mittelfristig nicht gewachsen, was letztlich nicht nur die betroffenen Personen vor große finanzielle Probleme stellt, sondern auch die Stabilität des dominanten Akkumulationsmodells gefährden könnte. Dies zeigte sich auch an der exzessiven Kreditvergabe an Studierende, auf die in der vorliegenden Arbeit noch genauer eingegangen wird.

3.3. Die sozialen Folgen des Modells

Chile wird seit den 1990er-Jahren international oft als Musterbeispiel für gelungene Entwicklung angepriesen. In den ersten zehn Jahren nach dem Übergang zur Demokratie führte das außenorientierte Modell zu stabilem Wachstum. Während der Regierungen von Aylwin und Frei lag es jährlich bei durchschnittlich 7,7% bzw. 5,4% und damit deutlich höher als während der Diktatur (2,7% im Schnitt). Die Arbeitslosigkeit sank von über 30% Anfang der 80er- auf etwa 7% Ende der 90er-Jahre (Winkelmeier 2013: 116f.). Durch das hohe Wachstum und die gezielten Transferleistungen an die ärmsten Bevölkerungsschichten konnte die Armut während der Regierungen der *Concertación* von fast 40% auf unter 15% gesenkt werden. Schon zuvor hatte sich Chile um die Aufnahme in die OECD bemüht, aufgrund der positiven Entwicklungen der 1990er-Jahre schaffte es das Land kurz nach der Jahrtausendwende dann tatsächlich in die prestigeträchtige Organisation der entwickelten Staaten. Diese Erfolge und die internationale Unterstützung dienten der *Concertación* indes zur internen Absicherung des dominanten Modells. Die neoliberalen Rezepte wurden als einziger Weg zur Entwicklung verkauft und durch die steigende private Verschuldung konnte eine vermeintliche Überflussökonomie kreiert werden (Urrea 2014: 172, 238ff.).

In diesem Kontext setzte sich der starke Glaube an freie Märkte tief innerhalb der chilenischen Bevölkerung fest. Individuelle wirtschaftliche Freiheit wurde zum Kernstück der Gesellschaftsordnung, während das Gemeinschaftsgefühl zunehmend an den Rand gedrängt wurde. Entsprechend gab es auch keinen großen Widerstand gegen die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen, da staatliche Einmischung allgemein als problematisch gesehen wurde. Der Markt galt gemeinhin als einzige effektive Instanz der Ressourcenzuteilung (Atria et al 2014: 23ff). Die Individualisierung der Gesellschaft verhinderte zudem die Entstehung starker zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dieses Manko zeigt sich auch im Bereich der gewerkschaftlichen Organisationen, die während der Diktatur weitgehend zerstört wurden. Heute existieren in Chile über 14.000 verschiedene Einzelgewerkschaften; nur 17% der Beschäftigten werden von einer Gewerkschaft vertreten (Winkelmeier 2013: 166ff.). In diesem Kontext ist es wenig überraschend, dass die vor 2010 zunehmenden zivilgesellschaftlichen Proteste zunächst kaum kollektive Ziele verfolgten. Sie waren in den meisten Fällen Ausdruck der individuellen Unzufriedenheit von KonsumentInnen staatlicher oder privater Dienstleistungen (Garretón 2012: 176ff).

Seit Beginn der Diktatur wurde die Staatsförmigkeit der Regulation der Marktförmigkeit untergeordnet. Dieser Trend setzte sich wie beschrieben auch unter den Regierungen der *Concertación* fort, sodass die Marktorientierung heute alle Sphären der chilenischen Gesellschaft dominiert. Dies zeigt sich besonders deutlich im Pensionssystem, im Gesundheitssystem und im Bildungssystem (Atria et al 2014: 23ff, 365ff.), das aufgrund seiner Bedeutung für die Studierendenbewegung als Beispiel für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im letzten Abschnitt dieses Kapitels noch genauer beschrieben wird.

3.3.1. Soziale Ungleichheit

Während das chilenische Modell seit den 1990er-Jahren zu hohem Wirtschaftswachstum und einer beachtlichen Reduktion der Armut beitrug, sorgte es gleichzeitig für eine Verfestigung der von der Diktatur geerbten sozialen Ungleichheit im Land. Chile bleibt bis heute eines der Länder mit der höchsten Einkommensungleichheit – nicht nur in Lateinamerika. Eine Person aus dem reichsten Dezil der Bevölkerung verdient durchschnittlich mehr als 27 Mal so viel wie eine Person aus den ärmsten 10%. Der GINI-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit misst, sank zwischen 1990 und 2010 lediglich von 0,57 auf 0,54, womit Chile das OECD-Land mit der größten Ungleichheit ist. Der OECD-Schnitt liegt mit

0,33 deutlich darunter. Während ein großer Teil der Bevölkerung zumindest in der Nähe der Armutsgrenze blieb, kam es zu verstärkter Konzentration von Reichtum an der Spitze. In den 20 Jahren der Regierungen der *Concertación* wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um 4,2% pro Jahr, das Medianeinkommen aber nur um 2,4% jährlich. In keinem anderen OECD-Land war diese Diskrepanz im gleichen Zeitraum so groß wie in Chile. Die höheren Einkommensschichten und ausländische Konzerne profitierten also überproportional vom Wachstum der letzten Jahre. 2005 kontrollierten nur fünf *Grupos Económicos* bereits 47,6% aller an der chilenischen Börse gehandelten Aktiva. Dem reichsten Prozent der ChilenInnen fließen zwischen 17% und 19% der gesamten Haushaltseinkommen zu. Innerhalb der OECD liegt dieser Wert nur in den USA ähnlich hoch. Die geringen Erfolge im Kampf gegen die soziale Ungleichheit haben ihre Wurzeln im politischen Diskurs der *Concertación*, der von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wurde. Die Ungleichheit wurde nicht als strukturelles Problem gesehen, sondern als korrigierbare Konsequenz der rasanten Entwicklung. Entsprechend lag der politische Fokus auf gezielten Armutsbekämpfungsprogrammen wie Bonuszahlungen an besonders vulnerable Familien und nicht auf struktureller Umverteilung – etwa durch die Umgestaltung des sehr regressiven Steuersystems (Larrañaga 2009: 6f., López/Figueroa 2011: 12ff, Garretón 2012: 183f., Rojas Hernández 2012: 114f., Urrea 2014: 236f.), durch die Veränderung des Lohnverhältnisses zugunsten der Lohnabhängigen oder durch die Stärkung von Industriezweigen mit höherer Mehrwertschöpfung im Land.

Das Steuersystem in Chile trägt bis heute kaum zur Verringerung der sozialen Ungleichheit bei und verschärft diese teilweise sogar, woran auch die kosmetische Reform unter Aylwin nichts änderte. Der neoliberalen Logik entsprechend sind die gesamten Steuereinnahmen in Chile mit knapp 20% des BIP im internationalen Vergleich sehr gering, wodurch dem Staat die finanziellen Mittel für groß angelegte Umverteilungsprogramme fehlen. Seit der Diktatur stellen indirekte Konsumsteuern den größten Teil der Steuereinnahmen dar. Sie machen etwa 70% der gesamten Steuereinnahmen aus. Da indirekte Steuern Geringverdienende tendenziell stärker belasten, führt ihre hohe Relevanz im chilenischen Steuersystem zu einer Verfestigung der sozialen Ungleichheit. Diese Tendenz wird durch die geringe Steuerbelastung von großen Unternehmen und wohlhabenden Personen verstärkt. Abgesehen vom staatlichen Kupferkonzern CODELCO zahlt der extraktivistische Sektor wie erwähnt weiterhin kaum Steuern und auch die allgemeinen Gewinnsteuern lagen am Ende der Ära der *Concertación* mit 17% relativ niedrig. Zudem profitieren vor allem die Reichsten von legalen und illegalen Formen der Steuervermeidung (López/Figueroa 2011: 4ff, Winkelmeier 2013: 137ff., 164ff.).

Insgesamt werden 34% der Unternehmensgewinne nicht versteuert. Dies geschieht vor allem durch den *Fondo de Utilidades Tributarias* (FUT). Dieser Fond wurde während der Diktatur geschaffen, um die Investitionen anzukurbeln. Unternehmen können ihre Gewinne oft langfristig im FUT parken, ohne sie zu versteuern. Heute entgehen so etwa 250 Milliarden US-Dollar an Unternehmensgewinnen der Besteuerung. Diese im FUT angelegte Summe, die etwa 100% des chilenischen BIP entspricht, wird außerdem am Finanzmarkt investiert, was diesen zusätzlich aufbläht und den BesitzerInnen durch Zinsen oft Gewinne einbringt. Laut Urrea würde eine normale Besteuerung der im FUT geparkten Gewinne dem chilenischen Staat zwischen 50 und 139 Milliarden US-Dollar einbringen. Doch auch viele Privatpersonen entziehen sich der Besteuerung großer Teile ihrer Einkommen. Insgesamt werden 46% der Einkommenssteuern durch legale Schlupflöcher vermieden. Auch hier profitieren vor allem die oberen Einkommenschichten. 92% der legalen Vermeidung von Einkommenssteuern geht auf das Konto des integrierten Steuersystems, das es UnternehmensbesitzerInnen erlaubt, den Steuersatz, den ihre Unternehmen an Gewinnsteuern abführen, vom persönlichen Einkommenssteuersatz abzuziehen (Atria et al 2014: 260ff, Urrea 2014: 256f.).

Zudem verschärft die starke Konzentration auf den Rohstoffsektor die soziale Ungleichheit, da die hohen Renteneinnahmen an wenige chilenische und ausländische Konzerne fließen. Aufgrund der hohen sozialen Ungleichheit hängen in Chile besonders viele Menschen von staatlichen Sozialleistungen ab (López/Figueroa 2011: 35ff). Zwischen 1990 und 2005 wurden die Sozialausgaben des Staates im Verhältnis zum BIP zwar von 12,9% auf 16,4% angehoben (García Hurtado 2006: 11), sie bleiben aber zu gering, um allen Menschen in Chile ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die gewaltige soziale Ungleichheit ist einer der Hauptgründe für die zunehmende Infragestellung des chilenischen Modells – zum Beispiel von Seiten der Studierendenbewegung ab 2011.

3.3.2. *Das Bildungssystem*

Für die Studierendenbewegung ist das Bildungssystem der Ausgangspunkt für eine umfassendere Kritik am neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Dies liegt nicht nur an der persönlichen Betroffenheit der Studierenden, sondern auch daran, dass sich im Bereich der Bildung die enorme soziale Ungleichheit sowohl besonders deutlich manifestiert als auch reproduziert und verfestigt. In diesem Abschnitt soll deshalb genauer auf die Entstehung und die Ausgestaltung des chilenischen Bildungssystems eingegangen werden.

Das Bildungswesen zählt zu jenen sozialen Bereichen, die während der Diktatur am radikalsten umgestaltet wurden. Durch die systematische Verfolgung kritischer DozentInnen, ProfessorInnen und StudentInnen, von denen viele in den ersten Jahren der Diktatur verschwanden, wurden die bis dahin sehr guten universitären Strukturen in Chile zerstört. Zudem wurde die einflussreiche *Universidad de Chile* organisatorisch von ihren Zweigstellen in den Regionen getrennt, um ihren politischen Einfluss zu schwächen. Die Eröffnung privater Universitäten wurde erleichtert und aktiv vorangetrieben. Damit wollten die *Chicago Boys* den in ihren Augen monopolisierten Markt für Universitätsbildung durch verstärkten Wettbewerb entwickeln. Anfang der 1980er-Jahre kürzte die Militärregierung die Budgets der staatlichen Universitäten zudem um 50%. Auch im Grundschulbereich wurde der Einfluss privater Akteure deutlich gestärkt. Die staatlichen Bildungseinrichtungen wurden den in vielen Fällen massiv unterfinanzierten Gemeinden (Munizipien) übertragen und der harten Konkurrenz der zahlreichen neu entstehenden Privatschulen ausgesetzt. Nur 10% des chilenischen Staatshaushalts fließen heute den Gemeinden zu – weltweit sind es etwa 25% (Mayol 2014: 83f.). Insgesamt sanken die Bildungsausgaben des chilenischen Staates zwischen 1972 und 1990 von 6,6% auf 2,7% des BIP. Gleichzeitig wurde die Bevorzugung staatlicher Bildungseinrichtungen gegenüber privaten AnbieterInnen verboten. Die Verfassung von 1980 und das kurz vor dem Ende der Diktatur verabschiedete *Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza* (LOCE) sichern die Grundzüge dieses marktorientierten Bildungssystems bis heute ab (Urrea 2014: 351ff). Die Regierungen der *Concertación* erhöhten die staatlichen Bildungsausgaben zwar auf 3,4% des BIP (López/Figueroa 2011: 36), allerdings wurden viele Aspekte des von der Diktatur geerbten Bildungssystems in den 20 Jahren nach dem Übergang zur Demokratie gefestigt und teilweise intensiviert.

Kurz vor dem Ende der Diktatur wurde das sogenannte *Copago*-System eingeführt, das es Bildungseinrichtungen ermöglicht, zusätzlich zu den staatlichen Subventionen beliebig hohe Gebühren von den SchülerInnen bzw. Studierenden zu verlangen (Atria et al 2014: 182ff.). Heute stemmt der chilenische Staat nur 51,4% der Ausgaben für höhere Bildung – im OECD-Schnitt liegt dieser Wert bei 88%, in der EU sogar bei 92%. Ein großer Teil (46,3%) der Ausgaben für Universitätsbildung wird in Chile durch Studiengebühren von den Studierenden und deren Familien finanziert. Im Primär- und Sekundärschulbereich werden 31,1% der Kosten von den Familien der SchülerInnen getragen – in der OECD sind es durchschnittlich nur 8,3%. Das Gewinnstreben im Bildungsbereich wurde zur Norm und im Diskurs der Regierungen mit dem Verweis auf die Freiheit der Bildung legitimiert. Es entstanden immer mehr Privatschulen, die vom Staat subventioniert wurden, zusätzlich aber Schulgeld einhoben

und gewinnmaximierend agierten. Die Anzahl dieser subventionierten Privatschulen mit Gewinnmotiv (*con fines de lucro*) verdoppelte sich zwischen 1990 und 2009 nahezu von 1.592 auf 3.118. Die Anzahl der öffentlichen Schulen verringerte sich im selben Zeitraum von 6.072 auf 5.641. Insgesamt gab es 2009 fast gleichviele Privatschulen wie öffentliche Schulen – neben den subventionierten Privatschulen mit Gewinnmotiv existierten noch 949 subventionierte Privatschulen ohne Gewinnmotiv und 689 nicht-subventionierte Privatschulen mit Gewinnmotiv (Urrea 2014: 370f., 393f.).

90% der SchülerInnen werden in den öffentlichen Schulen oder den vom Staat subventionierten Privatschulen unterrichtet. Die von den Gemeinden betriebenen öffentlichen Schulen und die subventionierten Privatschulen sind in der Regel deutlich schlechter als die reinen Privatschulen. In den staatlichen Schulen kommen auf eine Lehrkraft 27 SchülerInnen; in den subventionierten Privatschulen sogar 29 – doppelt so viele wie im OECD-Schnitt. Chile belegte beim PISA-Test vor Mexiko nur den vorletzten Platz unter den OECD-Ländern. Die Familien, die es sich irgendwie leisten können, schicken ihre Kinder daher meist in die teuren Privatschulen, wo sie auf MitschülerInnen mit höherem sozio-ökonomischem Status treffen und bessere Bildung erhalten – hier sind von jeder Lehrkraft durchschnittlich nur 14,6 SchülerInnen zu betreuen. Die zweite Wahl sind die bereits deutlich schlechteren subventionierten Privatschulen. Die privaten Schulen können sich dabei völlig frei entscheiden, welche SchülerInnen sie akzeptieren und vor allem zu welchem Preis. Die durchschnittlichen Monatsraten für einen Schüler oder eine Schülerin an einer subventionierten Privatschule wuchsen zwischen 1993 und 2010 von umgerechnet 7 US-Dollar auf 24 US-Dollar an; die an nicht-subventionierten Privatschulen sind noch deutlich höher und nach oben hin kaum begrenzt. Nur die öffentlichen Schulen müssen letztlich auch kostenlose Bildung für die Ärmsten anbieten. Dies führte im Grundschulbereich zu einer starken Segregation nach sozio-ökonomischem Hintergrund. Die enormen Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Schultypen verfestigen die soziale Ungleichheit und verringern die Aufstiegschancen der Kinder aus ärmeren Familien (Atria et al 2014: 207ff, López/Figueroa 2011: 36f., Urrea 2014: 380ff.).

Laut einer Studie der *Universidad Católica de Valparaíso* glauben nur 6,25% der LehrerInnen an öffentlichen Schulen, dass es ihre SchülerInnen nach ihrem Abschluss auf eine Universität schaffen. An staatlich subventionierten Privatschulen glauben das immerhin 23,3% der Lehrenden, an reinen Privatschulen bereits 64,8%. Auch anhand der *Prueba de Selección Universitaria* (PSU) wird die Segregation im chilenischen Bildungssystem deutlich. Bei dem

Test wird entschieden, an welchen Universitäten GrundschulabsolventInnen künftig zugelassen werden. Wer die besten Ergebnisse bei der PSU aufweist, kann anschließend zu den besten Konditionen an den besten Universitäten des Landes studieren. Bei der Analyse der PSU-Ergebnisse wird klar, dass der sozio-ökonomische Hintergrund und damit auch die besuchten primären und sekundären Bildungseinrichtungen enormen Einfluss auf das Abschneiden beim Test haben. So erreicht etwa von 74 ehemaligen SchülerInnen von nicht-subventionierten Privatschulen je einer oder eine die Höchstpunktezahl bei der PSU. Unter den deutlich zahlreicheren AbsolventInnen von öffentlichen Schulen und subventionierten Privatschulen erreicht nur eineR von über tausend die höchste Punktezahl. Obwohl sie nur einen sehr geringen Teil der gesamten SchülerInnen in Chile ausmachen, gehen insgesamt 65,8% der Bestnoten bei der PSU auf das Konto von ehemaligen PrivatschülerInnen. Die enorme Diskrepanz, die in den letzten 20 Jahren zudem größer wurde, liegt einerseits an der deutlich besseren Bildung, die an den Privatschulen angeboten wird, und andererseits daran, dass die wohlhabenden Familien, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken, oft auch die nötigen Mittel haben, um ihren Kindern teure PSU-Vorbereitungskurse zu finanzieren. Zudem ist ein enormer Unterschied zwischen den Ergebnissen der ehemaligen SchülerInnen aus der Metropolregion und jenen von AbsolventInnen aus entlegeneren Regionen zu verzeichnen, wo in den kommunalen Schulen meistens besonders prekäre Verhältnisse vorherrschen. Ein Großteil der besten Ergebnisse bei der PSU kommt aus den Reichtümern der Hauptstadt Santiago (Urrea 2014: 383ff, 396ff).

Die starke Segregation nach sozio-ökonomischem Umfeld wird durch die PSU also vom Grundschulbereich auf die höhere Bildung übertragen. Es gibt nur wenige Stipendien und diese sind meist an gute PSU-Ergebnisse geknüpft, weshalb vorwiegend reichere Studierende davon profitieren. Verstärkt wird dies dadurch, dass die Studiengebühren an den Universitäten in Chile zu den höchsten der Welt gehören. Meist müssen die Studierenden bzw. ihre Familien umgerechnet etwa 6.000 US-Dollar pro Semester bezahlen – für ein gesamtes Studium ergibt das Kosten zwischen 15.000 und 20.000 US-Dollar. In der Folge müssen sich sehr viele Familien verschulden, um die Studiengebühren bezahlen zu können. Die Kreditfinanzierung an den Universitäten wurde bereits seit der Diktatur vorangetrieben, erreichte aber mit dem 2006 eingeführten *Crédito con Aval del Estado* (CAE) eine neue Stufe. Diese Kredite werden von privaten Banken an Studierende vergeben und vom Staat garantiert. Die Zinsen lagen zunächst bei 6% und wurden erst auf Druck der Studierendenbewegung 2011/12 auf 2% reduziert. Seit 2008 wuchs die Vergabe von CAE rapide an. Laut Weltbank akkumulieren Studierende mit CAE im Laufe ihrer universitären Ausbildung Schulden in

Höhe von 180% ihres künftigen Jahreseinkommens. Allerdings braucht man weiterhin eine bestimmte Mindestpunktzahl bei der PSU, um einen CAE zu bekommen. Andernfalls muss man sich einen normalen Kredit mit noch höheren Zinsen aufnehmen, sofern man die Studiengebühren nicht mit den eigenen Einnahmen oder denen der Familie decken kann. Die hohe Verschuldung vieler Studierender verringert letztlich auch die Kaufkraft der jungen AbsolventInnen, was die Binnenentwicklung im Land behindert. Gleichzeitig profitieren die privaten Banken und Bildungseinrichtungen vom CAE. Die Banken streichen die Zinsen auf die Studentenkredite ein und tragen keinerlei Risiko, da im Falle eines Zahlungsausfalls der Staat für den Kredit bürgt. Die Universitäten und andere Einrichtungen der tertiären Bildung machten unterdessen allein im Jahr 2008 5 Milliarden US-Dollar an Gewinn (Urrea 2014: 404ff, 412ff, 420).

Die Matrikulation an den Universitäten nahm in den 20 Jahren nach dem Ende der Diktatur ebenso wie die Einschulungsrate im Grundschulbereich rasant zu. Anfang des neuen Jahrtausends waren bereits 37,5% der ChilenInnen im geeigneten Alter an einer höheren Bildungseinrichtung inskribiert – doppelt so viele wie 1990. 70% der Studierenden sind heute zudem die ersten ihrer Familie, die Zugang zu höherer Bildung haben (García Hurtado 2006: 4f.). Diese Erfolge sind allerdings zu relativieren, da die Ausweitung der Matrikulation wie beschrieben mit massiver Verschuldung der Familien einherging. Ein weiteres Problem des höheren Bildungswesens in Chile ist die geringe Qualität. An 93% der tertiären Bildungseinrichtungen findet keinerlei wissenschaftliche Forschung und Produktion statt (Oyarzún Serrano 2012: 226f.). Zwar schuf Bachelet in ihrer ersten Amtszeit 2006 das *Centro Nacional de Acreditación* (CNA), um die Qualität der Bildungseinrichtungen zu garantieren. Allerdings reicht dieses bei weitem nicht aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Laut OECD funktioniert es schlecht und fiel seit seiner Gründung immer wieder durch die Verwicklung in Korruptionsfälle auf (Urrea 2014: 364f.).

Das chilenische Bildungssystem ist also von starker Segregation und schlechter Qualität geprägt und dennoch eines der teuersten weltweit. Die Regierungen der *Concertación* sorgten zwar für einige Verbesserungen, änderten aber nichts an der dominanten Marktorientierung im System. Dies zeigt sich auch daran, dass viele der Maßnahmen der *Concertación* im Bildungsbereich darauf zielten, ärmeren Bevölkerungsschichten durch Bonuszahlungen und sogenannte Vouchers den Zugang zu zumindest teil-privatisierten Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Eine Stärkung des öffentlichen Bildungssystem stand hingegen kaum zur Debatte (Atria et al 2014: 176f.). Die massiven Proteste der OberstufenschülerInnen im Jahr

2006 beförderten die Probleme des chilenischen Bildungswesens erstmals seit dem Ende der Diktatur auf die politische Agenda, konnten aber auch keine substantziellen Veränderungen erzwingen. Der Staat reagierte mit massiver Polizeigewalt auf die Proteste. Bachelet schuf letztendlich das am Ende der Diktatur verabschiedete Bildungsgesetz (LOCE) ab und ersetzte es durch das *Ley General de Educación* (LGE), das die Bestimmungen für private Bildungseinrichtungen zwar leicht verschärfte, allerdings nichts an den grundlegenden Problemen des Systems änderte (Unterberger 2012: 254ff.).

4. Die Studierendenproteste 2011 – Entstehung einer gegenhegemonialen Kraft?

In diesem Kapitel werden die Entstehung und die frühe Entwicklung der Studierendenbewegung von 2011 analysiert. Dabei wird – wie in *Kapitel 2.4.* beschrieben – eine gramscianische Perspektive eingenommen. Zunächst soll die Ausgangslage betrachtet werden, in der die Bewegung 2011 zu einem gewichtigen politischen Akteur im Land werden konnte. Hier wird zuerst auf jene Aspekte eingegangen, die dem neoliberalen Modell in Chile eine gewisse hegemoniale Stellung verschaffen. Anschließend wird genauer auf die Risse in der hegemonialen Ordnung eingegangen, die für den Ausbruch der Studierendenbewegung und ihren Erfolg von großer Bedeutung waren. In *Kapitel 4.2.* wird die Entstehung der Studierendenbewegung von 2011 beschrieben. Hierbei wird erstens die *Revolución Pingüina* betrachtet, da sie einen wichtigen Vorläufer der Protestwelle von 2011 darstellt. Anschließend wird auf die historische Entwicklung der universitären Studierendenorganisationen eingegangen, die die Proteste von 2011 trugen. Hier stehen vor allem die jüngsten Entwicklungen im Fokus. So wird etwa die Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Bewegung in den Jahren vor 2011 behandelt. Zudem werden zwei weitere wichtige Gründe für das Ausbrechen der Massenproteste beleuchtet: die wachsende Misere im Hochschulwesen und die marktorientierten Lösungsansätze der Regierung Piñera. In *Abschnitt 4.3.* werden der Ausbruch und die Dynamiken der Studierendenproteste von 2011 beschrieben. Außerdem werden die aufgeworfenen Forderungen und Diskurse der Bewegung analysiert, ehe die Allianzen und die Konflikte der Studierendenbewegung mit anderen sozialen und politischen Akteuren beleuchtet werden.

4.1. Die Ausgangslage

4.1.1. Neoliberale Hegemonie

Als Sebastián Piñera 2010 sein Amt als Präsident antrat und damit die 20-jährige Ära der Regierungen der *Concertación* beendete, erbte er ein weitgehend legitimes System. Alberto Mayol sieht es als die größte Errungenschaft der *Concertación*, das vorherrschende Wirtschaftsmodell demokratisch legitimiert zu haben (Mayol 2014: 62). Die Säulen der marktorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden nicht nur von den beiden dominanten Parteiblöcken, sondern auch von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und kaum hinterfragt. Die während der Diktatur initiierte und in den 20 Jahren nach dem Übergang zur Demokratie unter der *Concertación* vorangetriebene Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führte zu einer starken Individualisierung und Atomisierung innerhalb der

chilenischen Gesellschaft. Da sowohl das Bildungs- als auch das Pensions- und das Gesundheitssystem auf individuellen Beitragszahlungen beruhen, sind die meisten sozialen Beziehungen zunehmend dem Markt untergeordnet. Wer es sich leisten kann, bekommt bessere Versorgung, wodurch sich erstens die Konkurrenz zwischen den BeitragszahlerInnen erhöhte und zweitens auch der Wettbewerb um die zahlungskräftigsten KundInnen geschürt wurde. Dadurch nahm die soziale Segregation auf allen Ebenen zu. Es entstand der Mythos des „chilenischen Traums“, der vergleichbar mit dem „amerikanischen Traum“ besagt, dass alle, die sich ausreichend anstrengen würden, letztendlich auch ihre gerechte Belohnung erhalten würden. Um die eigene Situation zu verbessern, wurde individuelle Freiheit bald als wichtigstes Gut betrachtet, was den Konkurrenzkampf innerhalb der Bevölkerung befeuerte und den Spielraum für kollektive Handlungen stark einschränkte. Die Folge war eine starke Spaltung der Gesellschaft, die sich im Bildungsbereich besonders deutlich manifestierte. Der von den Massenmedien, den traditionellen Parteien und vielen angeblich unabhängigen Experten vertretenen neoliberalen Logik folgend wird individueller Erfolg heute nahezu ausschließlich in Geld gemessen. Als erfolgreich gelten jene Menschen, die am meisten Geld anhäufen. Egal wie sie das machen (Jackson 2013: 26ff).

In diesem Kontext änderten sich seit den 1970er-Jahren auch die Grundauffassungen gegenüber dem Staat. Die enorme Stärkung der Marktförmigkeit der Regulation führte dazu, dass dem Staat eine subsidiäre Rolle zugeschrieben wurde. Allgemein sollen so viele Dienstleistungen wie möglich von privaten Akteuren am Markt bereitgestellt werden. Der Staat hat in diesem Zusammenhang lediglich die Aufgabe, durch Subventionen und Zuschüsse, die Nachfrage benachteiligter Bevölkerungsschichten zu stärken, sodass diese ebenfalls am Markt teilnehmen können. Demnach garantiert der Staat – anders als in den meisten entwickelten Ländern – bestimmte öffentliche Dienstleistungen nicht all seinen BürgerInnen. Er überlässt das Feld weitgehend den Privatakteuren am freien Markt und greift nur dort ein, wo er besonderes Leid lindern muss. Durch die staatliche Subventionierung der Nachfrage konnten immer mehr Menschen am Konsum aller Art teilnehmen, wodurch sich der Glaube an das neoliberale chilenische Modell tief im Alltagsverstand der ChilenInnen festsetzte. Auch die beschriebene private Verschuldung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Gleichzeitig unterschieden sich die verschiedenen politischen Parteien in ihrer Grundausrichtung immer weniger. Unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Objektivität wurden politische Entscheidungen zunehmend an ExpertInnen, die oft neoliberalen *Think Tanks* nahestanden, übertragen. Die Annahme, dass politische Differenzen durch die Anhäufung technischer Details verschwinden würden, wurde von weiten Teilen der

chilenischen Bevölkerung akzeptiert. Wegen der Verfassung von 1980 und der beschriebenen Eigenheiten des politischen Systems, hatte die *Concertación* zunehmend jene Politik verfolgt, die auch die Rechte propagierte. Die Hoffnung auf tiefgreifende Veränderungen durch die politischen Parteien wurde in der Phase der Konsenspolitik der *Concertación* immer weiter an den Rand gedrängt und durch ein weit verbreitetes Streben nach individuellem Glück ersetzt. Verstärkt wurde dieser Trend durch die bereits beschriebene Zerschlagung zivilgesellschaftlicher Organisationen unter Pinochet und durch die Tatsache, dass soziale Akteure nach dem Ende der Diktatur kaum in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen wurden. Sebastián Piñera wurde 2010 als Kandidat einer neuen gesellschaftspolitisch progressiveren Rechten zum Präsidenten gewählt, wodurch er der ausgelaugten *Concertación* zusätzlich Wind aus den Segeln nahm (Atria 2012: 24ff, 135, Figueroa 2012: 22ff., 126ff., Rojas Hernández 2012: 21ff).

Zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme schien die neoliberale Hegemonie in Chile also sehr stabil. Einerseits schaffte es die unterlegene und intern uneinige *Concertación* nicht, ein politisches Programm zu erarbeiten, das sie grundlegend von der neuen rechten *Alianza*-Regierung unterschied. Auf der laut Gramsci dem Staat und seinen Institutionen vorgelagerten Ebene der Zivilgesellschaft hatten sich die Grundzüge des marktorientierten Modells zudem im Alltagsverstand verankert. Die starke Individualisierung innerhalb der Bevölkerung schwächte die sozialen Bewegungen im Land, die von den politischen Entscheidungen seit dem Übergang zur Demokratie ab 1990 ohnehin weitgehend ausgeschlossen waren. Anders als während der Diktatur waren inzwischen also deutlich weniger staatliche Zwangsmechanismen und Repression notwendig, um die hegemoniale Stellung des Modells aufrechtzuerhalten. Die Hegemonie wurde durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens stabilisiert.

4.1.2. Politische Krise und brüchige Hegemonie

Der Wahlsieg Piñeras war aber auch Ausdruck der schwelenden politischen Legitimationskrise in Chile, die für die 2011 ausbrechenden Studierendenproteste eine entscheidende Starthilfe darstellte. 2010 gingen 4 der 12 Millionen Wahlberechtigten nicht zur Wahl (Rovira Kaltwasser 2010: 5f.). Ein großer Teil der Bevölkerung war von der Konsenspolitik der *Concertación* enttäuscht. Laut einer Umfrage glaubten bereits während Michelle Bachelets erster Amtszeit 2006 70% der befragten ChilenInnen, dass die Regierung von den Reichen und Mächtigen dominiert wurde. Nur 53% der Befragten gaben an, dass sie

es für wichtig erachteten, zur Wahl zu gehen (García Hurtado 2006: 14). Während die neoliberale Hegemonie auf der Ebene der Zivilgesellschaft relativ stabil war, wurde die mächtige Klasse auf der Ebene des Staates zunehmend kritisch hinterfragt, was sich in einer weit verbreiteten Ablehnung der demokratischen Institutionen und der traditionellen politischen Parteien äußerte. Da diese Legitimationskrise zunächst vor allem die *Concertación* traf, konnte Piñera die Präsidentschaftswahl von 2010 gewinnen. Bei seiner Amtsübernahme schien die *Alianza*-Regierung also keine ernsthaften politischen Gegenspieler zu haben, da die Zivilgesellschaft zersplittert und die parlamentarische Opposition sehr geschwächt war. Nach der medienwirksamen Rettung der 33 verschütteten Minenarbeiter am 13. Oktober 2010 konnte Piñera seine Zustimmungswerte auf 63% steigern (Figueroa 2012: 28f.).

Ab Anfang 2011 geriet die von der neuen Regierung gefestigte neoliberale Ordnung immer stärker unter Druck. Es kam zu den ersten Protestbewegungen gegen die Regierung bzw. gegen von ihr vorangetriebene oder unterstützte Projekte. Die erste Protestwelle ging von der südlichen Region Magallanes aus, wo die ENAP (*Empresa Nacional del Petróleo*) die Gaspreise erhöhen wollte. Anschließend gab es groß angelegte Mobilisierungen gegen das geplante Staudammprojekt *HydroAysen*, an denen sich vor allem UmweltschützerInnen und die lokale Bevölkerung beteiligten. In diesem Kontext wurden auch die ersten losen Netzwerke mit anderen Akteuren – wie etwa den Studierenden – geknüpft (Figueroa 2012: 28f.). Die Proteste können gewissermaßen als Vorläufer der später in diesem Jahr eskalierenden Studierendenbewegung gesehen werden. Ein weiterer Grund, der die Ausgangslage zugunsten der Studierendenbewegung veränderte, ist auf globaler Ebene zu finden. Nach der Finanzkrise von 2008 kam es weltweit zu starken Protestbewegungen, die sich sowohl gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung als auch gegen autoritäre Regime auflehnten – etwa die *Indignados* in Spanien, *Occupy Wall Street* in den USA oder die Rebellionen in vielen Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens. Auch wenn die Errungenschaften dieser Bewegungen sehr ambivalent sind, eröffneten sie doch auch in Chile neue Möglichkeiten der politischen Partizipation auf der Straße und legitimierten diese gewissermaßen. Die *Indignados* und *Occupy* waren für die Studierendenbewegung von besonderer Bedeutung, da sie die Probleme des neoliberalen Systems auf sehr ähnliche Art und Weise anprangerten, wie das die Studierenden in Chile taten (Mayol 2014: 277f.). Bereits im Jänner 2011 stürzten Piñeras Zustimmungswerte im Zuge der Proteste in Magallanes auf 43% ab (Figueroa 2012: 28f.).

Während sich die politische Legitimationskrise immer weiter zuspitzte und zunehmend auch die rechte Regierung erfasste, führten Korruptionsskandale in der Privatwirtschaft gleichzeitig zu immer schärferer Kritik am mächtigen Unternehmertum in Chile. Die Betrugsfälle um die Einzelhandelsketten *La Polar* und *Cascadas* sowie jene um zahlreiche Apotheken und private Gesundheitsversicherungen (ISAPRE) lösten große Empörung innerhalb der chilenischen Bevölkerung aus, da sehr viele Menschen dadurch geschädigt wurden. Allein im Fall des Kaufhauses *La Polar*, das aufgrund der drohenden Insolvenz die Zinsen der Kredite für KonsumentInnen gesetzeswidrig drastisch erhöht hatte, wurden fast eine Million Personen betrogen (Rojas Hernández 2012: 110f.). Die Skandale führten letztendlich auch dazu, dass einige der involvierten Unternehmen von Gerichten zu Schadenersatzzahlungen an die geschädigten KundInnen verurteilt wurden. Zudem verbot der Oberste Gerichtshof die Konstruktion des Wärmekraftwerks *Castilla* in der nördlichen Region Atacama und stoppte das Minenbergbauprojekt *El Morro* des Konzerns *Goldcorp* vorübergehend. Es war das erste Mal seit der Rückkehr zur Demokratie, dass die Machenschaften der großen Unternehmen von staatlichen Institutionen systematisch in Frage gestellt wurden. Die *Alianza*-Regierung kritisierte die Verfahren unterdessen und sprach von linkem Aktivismus innerhalb des Justizsystems (Mayol 2014: 299ff). Die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der chilenischen Gesellschaft war aber nicht nur die Konsequenz der wachsenden Kritik an den sogenannten faktischen Mächte (*Poderes Fácticos*) – also am mächtigen Unternehmertum und den eng mit diesem verbundenen PolitikerInnen. Auch die prekäre ökonomische Lage breiter Bevölkerungsschichten befeuerte die Unzufriedenheit. Obwohl die offizielle Armut in den 20 Jahren zuvor signifikant verringert werden konnte, lebte weiterhin etwa die Hälfte der ChilenInnen von weniger als 250.000 chilenischen Pesos (etwa 315 Euro) im Monat. Aufgrund der in der individualisierten Gesellschaft weit verbreiteten Annahme, dass die Armen für ihr Schicksal selbst verantwortlich seien, führte dies zu enormer Frustration und Depression innerhalb der ärmeren Bevölkerungsschichten (Jackson 2013: 26ff, 42). Die durch private Kreditaufnahme oft ruhiggestellten sozialen Konflikte traten immer offener zutage, da gleichzeitig viele Menschen ihre Schuldenlast nicht mehr tragen konnten. In diesem Kontext kam es zu einer Veränderung des Alltagsverstands: Der *Lucro* – also das Gewinnstreben, das auch im Alltagsverständnis der meisten ChilenInnen seit Jahrzehnten als Leitstern für individuellen Erfolg galt – wurde zunehmend mit illegitimer Gewinnmaximierung auf Kosten anderer in Verbindung gebracht. Die radikalste Infragestellung des *Lucro* fand im Bildungsbereich statt, in dem die negativen Folgen der Markt- und Gewinnorientierung wie beschrieben besonders ausgeprägt sind (Mayol 2014: 293ff).

Ab Mitte 2011 schaffte es die Studierendenbewegung, die beschriebenen Risse in der neoliberalen Hegemonie für sich zu nutzen und die Unzufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit zu kanalisieren und zu politisieren. Aus gramscianischer Perspektive nahm die Bewegung die Rolle organischer Intellektueller ein: Sie stellte die vorherrschende Hegemonie in Frage und begann, ein gegenhegemoniales Projekt zu entwickeln. Wie im nächsten Abschnitt genauer analysiert wird, profitierte die Bewegung dabei allerdings nicht nur von der eben beschriebenen politischen und sozialen Ausgangslage und von der Tatsache, dass die Ungerechtigkeiten des neoliberalen Systems im Bildungsbereich besonders offen zutage treten, sondern auch von ihrer eigenen Geschichte. Im Vergleich zu anderen Sektoren der Zivilgesellschaft weisen die Studierenden seit langer Zeit einen relativ hohen Organisationsgrad auf. Außerdem lernten die Führungspersonen der Bewegung von den Erfahrungen, die sie während der *Revolución Pingüina* im Jahr 2006 gemacht hatten.

4.2. Die Entstehung der Studierendenbewegung

4.2.1. Die Revolución Pingüina

Die *Revolución Pingüina* war die erste große Protestbewegung in Chile seit dem Ende der Pinochet-Diktatur. Zu Beginn der Proteste 2006 drehten sich die Forderungen vor allem um konkrete Probleme der SchülerInnen – etwa um Freifahrt ausweise oder die kostenlose Teilnahme am landesweiten universitären Aufnahmetest PSU. Bereits seit 2000 hatten die OberstufenschülerInnen gegen die Fahrpreiserhöhungen demonstriert. 2001 kam es zu den ersten größeren Protesten mit bis zu 12.000 TeilnehmerInnen. Die als *Mochilazo* bekannten Demonstrationen halfen den SchülerInnen, sich überregional und mit anderen Akteuren zu vernetzen. Es entstand eine landesweite Organisation gegen Fahrpreiserhöhungen für SchülerInnen, die *Frente Anti-Alzas*, aus der schließlich die *Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios* (ACES) hervorging. Die ACES zeichnet sich durch ihre nicht-hierarchischen Organisationsstrukturen aus und spielt in der Studierendenbewegung bis heute eine wichtige Rolle. Als die Proteste 2006 erneut ausbrachen, waren die innere Organisation der SchülerInnen und der gesellschaftliche Rückhalt ihrer Forderungen deutlich gestärkt. Es kam zu großen Demonstrationen und zahlreichen Besetzungen von Schulen im ganzen Land. Die Forderungen wurden indes immer breiter und zielten nun auf die strukturellen Probleme des chilenischen Bildungssystems ab. Der Ruf nach der Abschaffung des kurz vor dem Ende der Diktatur verabschiedeten Bildungsgesetzes LOCE wurde laut. Außerdem forderten die SchülerInnen ein Ende der Finanzierung der Schulen über die Munizipien sowie allgemein ein

qualitativ besseres, billigeres und weniger segregiertes Bildungssystem (Donoso 2013, Rojas Hernández 2012: 76ff).

Im Bildungsbereich waren die Widersprüche des chilenischen Modells besonders augenscheinlich. Statt allen Kindern gleiche Chancen und soziale Mobilität zu ermöglichen – wie es das Versprechen des „chilenischen Traums“ suggeriert – führte das beschriebene marktorientierte System zu einer Verfestigung der sozialen Ungleichheit und zu massiver Frustration unter vielen SchülerInnen und deren Familien. 2006 besuchten 92% aller SchülerInnen die qualitativ schlechten staatlichen (munizipalen) Schulen oder die meist ebenfalls defizitären, staatlich subventionierten Privatschulen. Da sowohl die munizipalen als auch die teilprivaten Schulen pro SchülerIn direkte Subventionen vom Staat erhalten, konkurrieren sie untereinander um die größtmögliche Anzahl an SchülerInnen. Die Qualität der angebotenen Bildung bleibt dabei häufig auf der Strecke. Vor allem, weil die subventionierten Privatschulen oft gewinnorientiert agieren, sich die Subventionen des Staates also selbst ausschütten können, statt sie in die Verbesserung des Bildungsangebots zu investieren. Diesen Grundwiderspruch des chilenischen Bildungssystems zementierte das LOCE ein. Im Gesetzestext war festgeschrieben, dass lediglich die Vermittlung minimaler Kenntnisse an den Schulen garantiert werden sollte. Zudem wurden private Anbieter gegenüber dem Staat gestärkt. Im Laufe der Proteste von 2006 schafften es die SchülerInnen, ihre zahlreichen internen Differenzen zu überwinden und sich hinter einer großen gemeinsamen Idee zu vereinen: dem Kampf um ein gerechteres Bildungssystem ohne soziale Exklusion. Die Teilnahme vieler privilegierter PrivatschülerInnen an den Protesten machte deutlich, dass es nicht nur um die Verbesserung der Situation der armen SchülerInnen ging. Damit zeigte die *Revolución Pingüina* erstmals seit den 1990er-Jahren, dass kollektive Aktionen sozialer Akteure auch im Kontext der sehr individualisierten und egoistischen chilenischen Gesellschaftsordnung möglich waren (Donoso 2013, Rojas Hernández 2012: 76ff, 118ff).

Die *Pingüinos* hatten die von Pinochet geerbte Ordnung – zumindest im Bildungsbereich – radikal in Frage gestellt, scheiterten letztlich aber an den Beharrungskräften der Hegemonie. Auf der einen Seite wurden die Proteste von den staatlichen Sicherheitskräften massiv unterdrückt, andererseits öffnete sich die Regierung Bachelet zwar oberflächlichen Verhandlungen mit der Bewegung, diese brachten letztlich aber nicht die von den SchülerInnen erhofften Veränderungen. Bachelet ersetzte das heftig kritisierte LOCE durch das neue LGE, das die Grundausrichtung des marktorientierten Bildungssystems und die

subsidiäre Rolle des Staates aber beibehielt. Nach der Verabschiedung des enttäuschenden neuen Bildungsgesetzes nahm die Intensität der Proteste deutlich ab. Auch wenn letztlich kaum eine ihrer konkreten Forderungen auf politischer Ebene aufgenommen wurde, war die *Revolución Pingüina* dennoch eine sehr wichtige Vorläuferin für die 2011 eskalierende Studierendenbewegung in Chile. Während der Proteste von 2006 wurde die Vernetzung zwischen verschiedenen im Bildungsbereich aktiven Akteuren deutlich gestärkt. Die intensivere Zusammenarbeit zwischen SchülerInnen, Lehrenden, Studierenden, Eltern und anderen ArbeiterInnen in Bildungseinrichtungen war auch für die Mobilisierungen der Universitätsstudierenden von enormer Bedeutung. Durch die Verhandlungen mit der Regierung sammelten die SchülerInnen wichtige Erfahrungen im Umgang mit der traditionellen Politik, auf die während der Protestwelle 2011 und in deren Folge zurückgegriffen werden konnte. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Führungspersönlichkeiten der *Revolución Pingüina* und jene der Universitätsproteste ab 2011 weitgehend deckungsgleich sind. Die Proteste der letzten Jahre werden von einer Generation getragen, welche die Pinochet-Diktatur nicht mehr selbst erlebt hatte. Die Jungen ließen sich deshalb – anders als ihre Eltern – nicht mehr von den Warnungen der *Concertación* vor einer Rückkehr der Diktatur beirren. Sie akzeptieren die Konsenspolitik der Übergangsphase, die oftmals mit dem Argument der Regierbarkeit legitimiert wurde, letztlich aber zur Stabilität des neoliberalen Modells beitrug, in immer geringerem Maße. Die *Revolución Pingüina* war das erste Anzeichen des politischen Erwachens der Zivilgesellschaft, die seit der Diktatur von politischen Entscheidungen ausgeschlossen gewesen war. Die Proteste stärkten die Position der sozialen Bewegungen innerhalb der Gesellschaft und bereiteten den Weg für die folgenden Mobilisierungen (Azócar/Mayol 2013: 54f., Rojas Hernández 2012: 97f., 113f., Jackson 2013: 61).

4.2.2. Die historische Entwicklung der Studierendenbewegung

Die Studierendenbewegung von 2011 hat ihre Wurzeln aber nicht nur in der *Revolución Pingüina* von 2006. Anders als viele andere Sektoren der Zivilgesellschaft können die universitären Organisationen in Chile auf eine lange Geschichte des sozialen Kampfes zurückblicken. Die Studierendenvereinigung der *Universidad de Chile*, die FECH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile*), existiert etwa bereits seit 1909. Sie spielte eine entscheidende Rolle im 1931 erfolgreichen Kampf gegen die Diktatur von Carlos Ibañez. In den 1960er-Jahren konnten die Studierendenvereinigungen der unterschiedlichen

Universitäten einen bestimmten politischen Einfluss geltend machen. So war neben der FECH auch die Vereinigung der Studierenden der *Universidad Católica de Chile* (FEUC – *Federación de Estudiantes de la Universidad Católica de Chile*) etwa federführend an der Universitätsreform von 1968 beteiligt. Ziel dieser Reform war es, das höhere Bildungssystem zu einem Instrument der Emanzipation umzugestalten. Neben Änderungen der Lehrpläne waren auch Versuche der internen Demokratisierung an den jeweiligen höheren Bildungseinrichtungen enthalten. Auch innerhalb der *Unidad Popular* (UP) spielten die Studierenden eine entscheidende Rolle. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass Salvador Allende seinen Wahlsieg 1970 in den Räumlichkeiten der FECH verkündete (Azócar/Mayol 2013: 52f., Figueroa 2012: 74ff, Vallejo 2012: 77ff).

Die Machtübernahme von Augusto Pinochet 1973 war ein harter Schlag für die Studierendenbewegung in Chile. Wie bereits erwähnt kam es schon zu Beginn der Diktatur zu einer radikalen Umgestaltung des gesamten Bildungssystems im Land. Die Universitäten galten als Brutstätten subversiver Ideen, weshalb sie die staatliche Repression in voller Härte zu spüren bekamen. Zahlreiche ProfessorInnen und Studierende wurden verfolgt, gefoltert oder verschwanden spurlos. Die einflussreiche *Universidad de Chile* wurde zerschlagen und ihre Studierendenvereinigung, die FECH, zwischen 1973 und 1983 verboten. Trotz der enormen Repression, konnten die Studierendenvereinigungen im Gegensatz zu anderen sozialen Organisationen – etwa zu den Gewerkschaften – dennoch eine bestimmte politische Rolle behaupten. In den 1980er-Jahren zählte die FECH gemeinsam mit anderen Studierendenverbänden zu den wichtigsten oppositionellen Kräften im Land. 1984 wurde die *Confederación de Estudiantes de Chile* (CONFECH) gegründet, um die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Studierendenvereinigungen im Land zu stärken (Azócar/Mayol 2013: 53f., Mayol 2014: 83f.).

Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich die Rolle der Studierendenbewegung innerhalb der chilenischen Gesellschaft seit dem Putsch von 1973 deutlich verändert hatte. Während sie in den 1960er-Jahren noch gestaltenden Einfluss auf die politische Ausrichtung im Land nehmen konnte, ging es während der Diktatur und danach hauptsächlich darum, Widerstand gegen die voranschreitende Privatisierung des Bildungssystems zu leisten. Zudem konzentrierten sich die Aktivitäten der Studierendenvereinigungen hauptsächlich auf den Kampf um mehr interne Demokratie an den Hochschulen. Obwohl die Bewegung eine wichtige Rolle beim Sturz der Pinochet-Diktatur gespielt hatte, wurde sie von der politischen Gestaltung während des Übergangs zur Demokratie weitgehend ausgeschlossen. In den 1990er-Jahren kam es immer

wieder zu Protestaktionen der Studierenden. Diese waren aber meist auf einzelne Universitäten beschränkt und verfolgten vorwiegend das Ziel der Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden an den Hochschulen. In diesem Kontext konnte die Studierendenbewegung einige Erfolge erzielen. Ihre Protestaktionen wurden dabei genauso wie jene der OberstufenschülerInnen ab 2000 immer potenter. Unterstützung bekamen sie aber vorerst vorwiegend von Menschen, die sich mit Bildungsfragen beschäftigten und linker Ideologie nahestanden (Figueroa 2012: 74ff, Vallejo 2012: 77ff).

Außerhalb dieser Gruppe war ihr Einfluss sehr gering, weshalb die Bewegung trotz vermehrter Protestaktionen auch zu Beginn des neuen Jahrtausends weit davon entfernt war, zu einem gewichtigen politischen Akteur zu werden. Die historisch gewachsenen Organisationsstrukturen innerhalb der Universitäten waren dennoch eine wichtige Vorbedingung für die Protestwelle von 2011, in deren Folge die Studierendenbewegung zur wichtigsten gegenhegemonialen Kraft in Chile wurde. Ein weiterer Prozess, der die Massivität der Proteste ab 2011 ermöglichte, war das Aufkommen neuer politischer Gruppierungen innerhalb der Studierendenvereinigungen und die zunehmende Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Universitäten. Während der 1990er-Jahre war die Studierendendachorganisation CONFECH weitgehend gespalten zwischen den Studierendenorganisationen, die den Parteien der *Concertación* nahestanden, und den *Juventudes Comunistas* (JJCC), der Jugendorganisation des PC. Ab der Jahrtausendwende kamen dann immer mehr neue Gruppierungen auf, die sich ideologisch links von der *Concertación*, oft aber auch links des PC positionierten. Zu nennen sind hier unter anderem die *Izquierda Autónoma* (IA), die *Unión Nacional Estudiantil* (UNE), die *Frente de Estudiantes Libertarios* (FEL), die *Fuerza Universitaria Rebelde* (FUR) sowie zahlreiche auf einzelne Universitäten beschränkte Gruppen. Auch im Grundschulbereich entstand eine neue Linke, was sich während der *Revolución Pingüina* erstmals deutlich zeigte. Diese Entwicklung ist auch auf die zunehmende Enttäuschung der jungen Generation über die Regierungen der *Concertación* zurückzuführen. Die von den SchülerInnen und Studierenden als Betrug an der Bewegung aufgefasste Verabschiedung des LGE verstärkte diesen Trend zusätzlich. So gewann der Flügel links der *Concertación* im Vorfeld der Proteste von 2011 immer mehr Einfluss und bestimmte bald die politische Agenda der CONFECH und der Organisationen der OberstufenschülerInnen (Figueroa 2012: 77ff).

Die Eskalation der Proteste kann aber nicht nur im Aufkommen neuer radikaler Gruppen innerhalb der Studierendenbewegung gesucht werden. Auch die zunehmende Koordination

mit der studentischen Basis, zwischen den verschiedenen Universitäten und mit anderen sozialen Akteuren war von entscheidender Bedeutung. Ein Beispiel für die wachsende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Universitäten stellt jenes der traditionell konservativen *Universidad Católica de Chile* dar. 2008 schaffte es die nur kurz zuvor an der Universität neu gegründete Bewegung *Nueva Acción Universitaria* (NAU) erstmals die Präsidentschaft der FEUC zu erobern. Zuvor wurde die Vereinigung lange und oft von den *Gremialistas* regiert, deren Ideologie stark vom Gedankengut des neoliberalen Vordenkers Jaime Guzmán geprägt ist. Die *Gremialistas* weisen zudem enge Verbindungen zur rechtskonservativen Partei UDI (*Unión Demócrata Independiente*) auf. Mit der Wahl des NAU-Kandidaten Miguel Crispí zum Präsidenten der FEUC, verbesserten sich die Beziehungen zur FECH, die unter der Führung eines Paktes der JJCC und einiger neuer linker Gruppierungen stand, sowie zu zahlreichen anderen Studierendenverbänden, die von linken Organisationen und Allianzen regiert wurden (Jackson 2013: 56f.).

Die Zusammenarbeit der Studierendenvereinigungen mit der studentischen Basis sowie mit der Zivilgesellschaft wurde unterdessen aufgrund einer nationalen Tragödie gestärkt. Als das zweitstärkste Erdbeben der chilenischen Geschichte im Februar 2010 die zentrale Küstenregion des Landes verwüstete und über 500 Menschen das Leben kostete, organisierten zahlreiche Studierendenverbände Hilfsprojekte in den betroffenen Gebieten. Sie richteten Sammelstellen ein und engagierten sich in der Nothilfe, wobei Studierende unterschiedlicher Universitäten oft zusammenarbeiten. Die Aktivitäten schlossen unter anderem Wiederaufbaumaßnahmen, Gesundheitsversorgung, Bildungsinitiativen, Umweltschutzmaßnahmen sowie Projekte zur ländlichen Entwicklung mit ein. Die Erfahrungen der Studierenden während der Hilfsprojekte erleichterten später die Koordination bei der Organisation der Protestaktionen im Jahr 2011 und danach. Die Nothilfeinsätze hatten aber noch andere positive Auswirkungen auf die Studierendenbewegung. Während der Staat (aufgrund seiner neoliberalen Ausrichtung) und die meisten anderen sozialen Organisationen (aufgrund ihrer Zersplitterung) das Leid in den betroffenen Regionen kaum lindern konnten, waren es die Studierenden, die sich um die dringendsten Probleme der ansässigen Menschen kümmerten und dadurch ihr Image innerhalb der Bevölkerung deutlich verbessern konnten. Viele der Studierendenvereinigungen sahen die Einsätze daher nicht lediglich als notwendige Hilfeleistung, sondern als Möglichkeit, den Individualismus, den Konsumwahn und die Apathie innerhalb der chilenischen Bevölkerung zu bekämpfen und Allianzen mit anderen sozialen Akteuren zu knüpfen (Azócar/Mayol 2013: 55, Figueroa 2012: 24ff., Vallejo 2012: 89ff.).

In diesem Zusammenhang nahm die Studierendenbewegung die Rolle der von Gramsci beschriebenen organischen Intellektuellen ein, die innerhalb einer Gesellschaft organisierend tätig sind und dadurch versuchen, gesellschaftlichen Rückhalt für ihr politisches Konzept zu gewinnen. Auf diese intellektuelle Rolle der Studierendenbewegung sowie deren Hindernisse und Grenzen wird im Lauf der vorliegenden Arbeit noch genauer eingegangen. Zunächst sollen aber zwei weitere für den Ausbruch der Protestwelle entscheidende Punkte behandelt werden: die sich zuspitzenden Probleme im höheren Bildungssektor und die kompromisslose Haltung der neuen rechten Regierung unter Sebastián Piñera.

4.2.3. Piñera und die Misere der höheren Bildung

Anders als im Bereich der primären und sekundären Bildung, wo die Proteste die Regierungen der *Concertación* wenigsten zu kosmetischen Gesetzesänderungen zwangen, fand im Hochschulbereich seit dem Ende der Diktatur keinerlei Reform statt. Die Matrikulation an tertiären Bildungseinrichtungen konnte seit 1990 zwar deutlich gesteigert werden, die Qualität der Ausbildung litt aber unter der zunehmenden Privatisierung und der laschen Regulation im tertiären Bildungssektor. Inzwischen studieren über eine Million Menschen in Chile, was vor allem eine Folge der Entstehung zahlreicher Privatuniversitäten sowie sogenannter *Institutos Profesionales* und *Centros de Formación Técnica* ist, da diese den Großteil der neuen Studierenden aufnehmen – vor allem aus den unteren Einkommensschichten. Unter den ärmsten 20% der ChilenInnen studierten 1990 nur 4,4% aller Personen im geeigneten Alter, 2006 waren es bereits 17,3%. Die 25 Universitäten des *Consejo de Rectores de las Universidades Chilenas* (CRUCH) – denen neben den staatlichen Universitäten auch einige traditionelle Privatuniversitäten wie die *Universidad Católica de Chile* angehören – konnten die Studierendenzahl in den letzten Jahrzehnten indes kaum erhöhen. Auf die Universitäten des CRUCH schafften es weiterhin hauptsächlich Studierende mit sehr guten PSU-Ergebnissen und aus wohlhabenden Verhältnissen (Rojas Hernández 2012: 46, 109, 123f.) – was wie in *Kapitel 3.3.2* beschrieben eng miteinander verbunden ist.

Die Vernachlässigung des öffentlichen Hochschulwesens wird durch die geringen staatlichen Ausgaben verdeutlicht, die in dem Sektor nur 0,3% des BIP betragen. Die OECD legt Chile mindestens eine Verdoppelung der Ausgaben für höhere Bildung nahe. Die Studierenden und ihre Familien müssen 80% der gesamten Ausgaben im tertiären Bildungssektor tragen. Vor allem viele ärmere Familien können sich die Studiengebühren deshalb nur durch die Aufnahme von Krediten leisten. Die Hochschulpolitik der *Concertación* zielte auf die

Subventionierung der Nachfrage ab. Es ging also vorwiegend um die Erleichterung des Kreditzugangs für Studierende und die Ausweitung der Stipendien an ärmere Haushalte. Da die direkte Finanzierung der Universitäten gering blieb, wurde der tertiäre Bildungsbereich weitgehend privaten Anbietern überlassen. An vielen Privatuniversitäten – vor allem in den peripheren Gebieten Chiles – arbeiten die ProfessorInnen und die anderen Angestellten unter prekären Bedingungen, während enorme Summen für Marketing ausgegeben werden. Wie im primären und sekundären Bildungsbereich führt die extreme Marktorientierung auch im Hochschulbereich zu einer Verfestigung der sozio-ökonomischen Ungleichheit. Viele Studierende finden nach ihrem Abschluss keine Arbeit in ihrem Fachgebiet, die wenigsten erreichen eine einflussreiche Position in der Privatwirtschaft. Die meisten der Führungspersonen in den größten Privatunternehmen gingen an nur zehn elitäre Privatschulen – neun davon in Santiago – und hatten damit auch am privatisierten Hochschulmarkt die besten Chancen (Rojas Hernández 2012: 44, 49, 76, 100f., 123f.). Die Verschuldung der Studierenden und ihrer Familien hatte seit der Einführung des staatlich gebürgten Kredits (CAE) 2006 massiv zugenommen. Um 2011 waren die ersten AbsolventInnen, die keinen ertragreichen Job gefunden hatten, und zahlreiche StudienabbrecherInnen mit Zahlungsschwierigkeiten bei der Rückzahlung der Kredite konfrontiert. Für viele Personen wurde die schwelende Krise des Hochschulsystems also am eigenen Leib spürbar – oft waren ganze Familien betroffen. So entstand eine kritische Masse, die für den Zulauf der Studierendenproteste und deren Radikalität von entscheidender Bedeutung war (Jackson 2013: 61).

Befeuert wurde die Situation außerdem dadurch, dass die Studierendenbewegung einer neuen Regierung gegenüberstand, die noch mehr als die in Misskredit geratene *Concertación* für die Fortsetzung des während der Diktatur eingeschlagenen neoliberalen Kurses stand. Präsident Sebastián Piñera stand der ersten rechten Regierung seit der Rückkehr zur Demokratie vor. Neben *Renovación Nacional*, der Partei des Präsidenten, beinhaltete die *Alianza*-Koalition die rechtskonservative *Unión Demócrata Independiente* (UDI) und einige kleinere Parteien rechts der politischen Mitte. Zwar versuchte Piñera bereits im Wahlkampf, als gesellschaftspolitisch liberaler rechter Kandidat aufzutreten, allerdings war die der Diktatur nahestehende UDI in seiner Regierungskoalition die stärkste Kraft. In ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung unterschieden sich die Parteien der *Alianza* indes kaum, weshalb sie keine adäquaten Antworten auf die Forderungen der Studierenden fanden, die sich immer mehr gegen die Grundstrukturen des Modells richteten. Piñera war der reichste Präsident in der chilenischen Geschichte. Zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme war er Anteilseigentümer der chilenische

Fluglinie LAN sowie des Fernsehsenders *Chilevisión* und besaß darüber hinaus den populären Fußballklub *Colo Colo*. Die LAN- und *Chilevisión*-Anteile stieß er ab, nachdem die vorprogrammierten Interessenskonflikte öffentlich kritisiert worden waren. Spätestens als die erwähnten Betrugsfälle Anfang 2011 die gesellschaftliche Kritik am mächtigen Unternehmertum im Land befeuerte, musste auch der Präsident aufgrund seines sozio-ökonomischen Hintergrundes einen Absturz seiner Popularität hinnehmen. Dazu kam, dass der *Harvard*-Absolvent Piñera Bildung zu Beginn seiner Amtszeit mehrfach als Konsumgut bezeichnete, das auf dem Markt gehandelt werden sollte, was enormes Misstrauen innerhalb der Studierendenbewegung hervorrief. Auch die von der neuen Regierung geplanten Reformen im Bildungsbereich stießen unter den Studierenden und den SchülerInnen auf starke Ablehnung, da sie die während der Proteste der Jahre zuvor angeprangerten Probleme weitgehend ignorierten. Piñera plante etwa die Einführung eines Ampelsystems, das die Qualität jeder Schule im Land zwischen gut, mittel und schlecht ausweisen sollte. Die Kategorisierung sollte dabei anhand der Ergebnisse des von den SchülerInnen lange kritisierten Kontrollsystems SIMCE erfolgen. Die SchülerInnen und Studierenden befürchteten durch die Einteilung der Schulen nach SIMCE-Ergebnissen eine Verfestigung der vorherrschenden Segregation im Bildungssystem. Auf der Ebene der tertiären Bildung setzte sich Piñera für eine Homogenisierung aller Hochschulen im Land ein. Die Studierenden lehnten diese Maßnahme strikt ab, da es die Marktorientierung im System wohl vorangetrieben hätte, wenn staatliche Universitäten mit den zahlreichen Privatuniversitäten in Einklang gebracht worden wären (Azócar/Mayol 2013: 68f., Jackson 2013: 58ff., Oyarzún Serrano 2012: 227).

4.3. Die Studierendenproteste von 2011

4.3.1. Ausbruch der Proteste

Die Studierendenbewegung schaffte es ab Mai 2011 die innerhalb der Bevölkerung gärende Unzufriedenheit mit dem vorherrschenden System zu kanalisieren und die schlagkräftigste Protestbewegung seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 aufzubauen. Dies lag einerseits daran, dass die CONFECH gegenüber der neoliberalen *Alianza*-Regierung sehr geeint auftreten konnte, da die Regierungsparteien abgesehen von vereinzelten *Gremalistas* keine Verbündeten in den Studierendenvereinigungen hatten. Die große soziale Ungleichheit im Land, die Tatsache, dass diese vom Bildungssystem verfestigt wird, und die Legitimationskrise der Parteipolitik erhöhten den Zuspruch, den die Anliegen der

Studierenden innerhalb der Bevölkerung erhielten. Um die Sensibilität innerhalb der Gesellschaft zu steigern, startete die Bewegung noch vor den ersten landesweiten Protesten eine Kampagne der Bewusstseinsbildung. Bei zahlreichen Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden sowie im Internet wurden die Probleme des Bildungssystems und die zugrundeliegenden Strukturen verständlich gemacht. Da die traditionellen Medien die Studierendenbewegung und ihre Forderungen in dieser Phase weitgehend ignorierten, waren die sozialen Medien von großer Bedeutung, um diese alternativen Gedanken innerhalb der Bevölkerung zu verankern. Die CONFECH nahm also die Rolle organischer Intellektueller ein, wurde organisierend tätig und warb aktiv um die Zustimmung bestimmter sozialer Gruppen – zunächst vor allem an den Universitäten selbst. Dabei verstanden die VertreterInnen der einflussreichsten Studierendenvereinigungen, dass sie es mit einer sehr individualistischen Gesellschaft zu tun hatten. Aus diesem Grund verzichtete die CONFECH zunächst auf einen ideologischen Diskurs, da wohl zu Recht befürchtet wurde, dass die politisch linke Rhetorik des Großteils der Führungspersonen viele Menschen abgeschreckt hätte. Stattdessen konzentrierte man sich auf die individuellen Probleme der zahlreichen überschuldeten Studierenden. Dabei versuchte man einerseits, die Empörung der verschuldeten Studierenden zu kanalisieren und mit technischen und pragmatischen Argumenten aufzuzeigen, dass ihre Misere eine direkte Folge der konkreten Ausgestaltung des Bildungssystems sei. Andererseits sollte ein Gefühl der Scham bei den privilegierten Studierenden ausgelöst werden, sodass sich auch jene, die keine finanziellen Probleme hatten, mit den Anliegen der schlechter gestellten Studierenden solidarisierten und radikale Veränderungen im Hochschulwesen forderten (Azócar/Mayol 2013: 69f., Figueroa 2012: 39f., Jackson 2013: 18ff, 62ff.).

Die ersten Studierendenproteste des Jahres 2011 entzündeten sich im April 2011, nachdem es zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Stipendien der JUNAEB (*Junta Nacional de Auxilio Escolar y Becas*) gekommen war. In Santiago und Valparaíso wurden Büroräumlichkeiten der JUNAEB von Studierenden besetzt. Die anwesenden MitarbeiterInnen solidarisierten sich dabei mit den BesetzerInnen. Die Protestaktionen hatten letztlich den Rücktritt der JUNAEB-Chefin María Teresa Ross zur Folge. Die CONFECH erkannte das Mobilisierungspotenzial innerhalb der studentischen Basis und verstärkte die interne Zusammenarbeit. Die Plenarsitzungen der VertreterInnen aller in der CONFECH vereinigten Studierendenverbände wurden immer häufiger. Vor 2011 fanden sie etwa alle drei Wochen statt, ab Mai 2011 versammelte sich die CONFECH meist zwei Mal pro Woche. Diesen Versammlungen gingen in der Regel zahlreiche basisdemokratische Sitzungen auf

Ebene der einzelnen Universitäten und Fakultäten voraus. Zudem wurden einige Privatuniversitäten neu in die Organisationsstrukturen der CONFECH integriert. Dies war aber aus mehreren Gründen schwierig. Die meisten Studierendenverbände der Universitäten des CRUCH wurden von Gruppierungen regiert, die die Privatisierung im Bildungssystem stark ablehnten. Die Aufnahme der Verbände der Privatuniversitäten in die CONFECH stellte für sie also eine teilweise problematische Anerkennung dieser Hochschulen dar. Viele Studierende der Privatuniversitäten fühlten sich von den Studierenden der elitären Universitäten des CRUCH herablassend behandelt, was ein weiteres Hindernis für die verstärkte Kooperation darstellte. Letztendlich waren die Privatunis für die Mobilisierungen der CONFECH aber von herausragender Bedeutung, da dort die kritische Masse an frustrierten und enttäuschten Studierenden besonders hoch war. Durch das Vermeiden eines übertrieben ideologischen Diskurses und die guten Verbindungen zu den während der *Revolución Pingüina* gestärkten Organisationen der SekundärschülerInnen war die soziale Basis der Studierendenbewegung von 2011 breiter als während der Mobilisierungen der Jahre zuvor. Durch das Überschwappen der Proteste an die Schulen konnte sich die Bewegung zudem in allen Teilen des territorial stark gespaltenen Landes festsetzen (Figueroa 2012: 49ff, Jackson 2013: 70).

Am 28. April rief die CONFECH zum ersten nationalen Protestmarsch für die „Zurückgewinnung der öffentlichen Bildung“ auf. Die konkreten Forderungen, die die Studierendenbewegung in den Monaten danach prägen sollten, waren damals allerdings noch nicht präsent. Dennoch erschienen neben den Studierenden von öffentlichen und privaten Universitäten auch zahlreiche OberstufenschülerInnen, MitarbeiterInnen der JUNAEB sowie VertreterInnen der Gewerkschaft CUT (*Central Unitaria de Trabajadores de Chile*) und der LehrerInnengewerkschaft *Colegio de Profesores*, um ihrem Unmut gegenüber dem vorherrschenden Bildungssystem Ausdruck zu verleihen. Auch die Tatsache, dass die RektorInnen des CRUCH die Politik von Bildungsminister Joaquín Lavín kritisierten, stärkte die Position der Studierenden. Bereits am 12. Mai nahmen allein in Santiago über 30.000 Menschen an einem weiteren Protestmarsch teil. Die Polizei reagierte mit massiver Repression. Die Regierung und viele konservative Medien übten scharfe Kritik an der Studierendenbewegung, die innerhalb der Bevölkerung aber immer mehr Zustimmung fand (Figueroa 2012: 55ff, Jackson 2013: 67f.).

Dies lag auch an den immer kreativeren und vielfältigeren Protestformen. Neben den ab Mai fast wöchentlich stattfindenden Märschen, an denen landesweit regelmäßig deutlich über

100.000 Menschen teilnahmen, gab es zahlreiche Aktionen, die die öffentliche Aufmerksamkeit trotz geringer oder negativer Medienberichterstattung erlangten. Anfang Juni rannten Studierende 1.800 Stunden am Stück abwechseln aber ununterbrochen um den Präsidentenpalast *La Moneda*. 1.800 sollte dabei die von den Studierenden errechnete Anzahl an Millionen US-Dollar symbolisieren, die für die Ausfinanzierung der gesamten Hochschulbildung in Chile ihrer Meinung nach nötig gewesen wäre. Ende des Monats tanzten über tausend als Zombies verkleidete Studierende vor der *Moneda* zu Michael Jacksons *Thriller*, um auf die desolate Situation der höheren Bildung hinzuweisen. Im August nahmen über 700.000 Personen an einem weiteren „Marsch für die Bildung“ in Santiago teil, der damit zur größten politischen Kundgebung seit dem Ende der Diktatur wurde. Zudem wurden im ganzen Land immer mehr Schulen und Universitäten von den SchülerInnen und Studierenden besetzt. Phasenweise wurde der normale Betrieb an über 700 kommunalen Schulen und subventionierten Privatschulen sowie an fast allen wichtigen Universitäten lahmgelegt – teilweise bis zu acht Monate lang. Die *Universidad de Chile* blieb noch bis Ende Dezember besetzt. Die Besetzungen ermöglichten es den beteiligten Personen, ihre organisatorischen Strukturen zu stärken. Oft wurden die SchülerInnen und Studierenden von MitarbeiterInnen der jeweiligen Bildungseinrichtung, Lehrenden und zunehmend auch ihren Eltern und Erziehungsberechtigten unterstützt. Nur so konnten die Besetzungen trotz des starken Drucks von Seiten der Regierung so lange aufrechterhalten werden (Figuerola 2012: 96ff, 140ff, 160, Jackson 2013: 80f.).

Die Proteste waren trotz ihrer Intensität weitgehend friedlich, allerdings kam es dennoch häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Einsatzkräften und radikalen Gruppen unter den Demonstrierenden. Die sogenannten *Encapuchados* (Vermummten), die die hochgerüsteten Polizeikräfte mit Farbbeuteln, mit Steinen und teilweise sogar mit Molotov-Cocktails attackierten, wurden zu einer Art Modeerscheinung am Rande der Demonstrationen. Besonders unter den OberstufenschülerInnen genossen die *Encapuchados* aufgrund ihrer direkten Aktionen gegen die das System repräsentierende Polizei große Popularität. Das Errichten brennender Barrikaden und das Werfen von Steinen und mit Farbe gefüllten Flaschen auf die Wasserwerfer und Panzerfahrzeuge der Polizei wurden von den oft minderjährigen *Encapuchados* als legitime Verteidigung gegen die strukturelle Gewalt des Systems gesehen. Die CONFECH distanzierte sich zwar stets von jeglichen Gewaltakten, betonte dabei aber auch, dass sie eine direkte Reaktion auf die unverhältnismäßige Repression der Sicherheitskräfte seien. An den kommunalen Schulen, wo die Situation oft besonders prekär war, traten einige SchülerInnen in Hungerstreik. Zwar ging es hierbei meist um

individuelle Probleme, dennoch zeigte die Verzweiflung der SchülerInnen, wie drängend die Missstände im Bildungswesen waren, was den Zulauf der Studierendenbewegung weiter anwachsen ließ (Jackson 2013: 72ff., 82f., Vallejo 2012: 31ff.).

4.3.2. Forderungen und Diskurse der Studierendenbewegung

Ab Mai 2011 schaffte es die Studierendenbewegung also, in der Funktion organischer Intellektueller, die Organisation und politische Sichtbarkeit breiter Bevölkerungsschichten deutlich zu erhöhen. Sie forderte damit die hegemoniale Ordnung auf der Ebene der Zivilgesellschaft heraus. Das gegenhegemoniale Projekt der Bewegung war aber noch in der Anfangsphase der Konstruktion. Die Proteste hatten sich an den offensichtlichsten negativen Auswirkungen des marktorientierten Bildungssystems entzündet. Im Laufe der Mobilisierungen richtete die CONFECH ihre Kritik aber zunehmend gegen die Grundfesten dieses Systems und damit in weiterer Folge gegen die politische und wirtschaftliche Ordnung allgemein – implizit also auch gegen das vorherrschende Akkumulationsmodell und die dazugehörige Regulationsweise.

Die starke Marktförmigkeit der Regulation im Bildungsbereich wurde vehement abgelehnt. So wurde die Forderung der Abschaffung des *Lucro* (Gewinnstrebens) an Schulen und Universitäten zu einem der wichtigsten und populärsten Punkte der Agenda der CONFECH. Außerdem forderten die Studierenden kostenlose, qualitativ hochwertige und vom Staat garantierte höhere Bildung, was ebenfalls in krassem Widerspruch zum Status quo des privatisierten Hochschulsystems stand. Alle sollten gleichberechtigten Zugang zu höherer Bildung haben, womit auch die Kritik am beschriebenen Selektionsverfahren durch die PSU eng verbunden war. Bildung sollte laut Ansicht der CONFECH ein vom Staat für alle BürgerInnen garantiertes Recht sein. Die Studierenden lehnten daher auch alle Versuche der Regierung Piñera ab, mit einer weiteren Subventionierung der Nachfrage durch Stipendien und Kredite auf die Probleme im Bildungsbereich zu reagieren. Das Problem bestand ihrer Ansicht nach nicht darin, dass sich zu wenige Menschen das Konsumgut Bildung am Markt kaufen konnten, sondern darin, dass Bildung überhaupt als Konsumgut am Markt gehandelt wurde. Auch die bereits seit der *Revolución Pingüina* wichtigen Forderungen nach mehr Demokratie an Bildungseinrichtungen jeder Art und nach einem Ende der Finanzierung von Schulen über die desolaten Gemeinden (Munizipien) blieben präsent und konnten gut in den Diskurs integriert werden, der öffentliche und qualitativ hochwertige Bildung als allgemeines Grundrecht darstellte. Die Annahme war, dass demokratischere Entscheidungsstrukturen und

eine bessere Finanzierung der Bildungseinrichtungen durch den Staat sowohl die Gerechtigkeit beim Zugang als auch die Qualität verbessern würden (Figueroa 2012: 104, 122, Mayol 2014: 255, Oyarzún Serrano 2012: 227f., Rojas Hernández 2012: 155ff, Vallejo 2012: 68f., 98f.).

Während die Forderungen im Bildungsbereich also immer kohärenter und detaillierter wurden, gingen sie gleichzeitig auch zunehmend über diesen hinaus. Viele der Führungspersonen der Bewegung lernten aus ihren Erfahrungen während der *Revolución Pingüina* und standen Verhandlungen mit der Regierung sehr skeptisch gegenüber. Langsam setzte sich innerhalb der CONFECH die Gewissheit durch, dass die geforderten radikalen Veränderungen im Bildungsbereich im Kontext des vorherrschenden politischen und ökonomischen Modells überhaupt nicht möglich waren. Basierend auf dieser Erkenntnis machte die Studierendenbewegung von 2011 einen entscheidenden Schritt im Vergleich zu den Protestbewegungen, die ihr den Weg geebnet hatten. Das binominale Wahlsystem und die Verfassung von 1980 gerieten immer mehr unter Beschuss, da die Studierenden erkannten, dass die geforderten Veränderungen im Bildungssystem im Kontext der vorherrschenden Institutionalität nicht umsetzbar waren. Die öffentliche Bildung sollte im Vergleich zur privaten deutlich gestärkt werden. Außerdem forderte die CONFECH eine striktere Regulierung des privaten Sektors und ein effektives Verbot des *Lucro* – also des Gewinnstrebens in privaten Bildungseinrichtungen. Die Forderung nach einer demokratischen verfassungsgebenden Versammlung wurde immer lauter, da die angestrebten Transformationen innerhalb des Rahmens der aktuellen Verfassung nicht möglich waren. Die Studierenden setzten sich auch für eine Stärkung der Rolle des Staates im Gesundheits- und im Pensionssystem sowie beim Wohnbau ein (Andino 2014: 1ff, Jackson 2013: 126ff., Rojas Hernández 2012: 126ff, Vallejo 2012: 6ff).

Die Forderungen der Studierenden gingen aber noch einen Schritt weiter. Um die signifikante Erhöhung der Staatsausgaben vor allem im Bildungsbereich zu finanzieren, forderte die CONFECH – wie auch die Organisationen der OberstufenschülerInnen – eine progressive Steuerreform sowie die Renationalisierung der natürlichen Ressourcen – vor allem des Kupfers. Damit attackierte die Studierendenbewegung zwei essenzielle Säulen des chilenischen Modells und geriet immer tiefer in den Konflikt mit dem mächtigen Unternehmertum des Landes, das wie beschrieben von der geringen Steuerlast im extraktiven Sektor und vom Ausverkauf der Rohstoffe an private Konzerne profitiert. Durch die Verstaatlichung des Kupfersektors sollte der Staat die nötigen Mittel lukrieren können, um

das Grundrecht auf Bildung für alle BürgerInnen garantieren zu können. Eine Abkehr vom extensiven auf Rohstoffausbeutung basierenden Akkumulationsmodell wurde von den Studierenden allerdings nicht systematisch gefordert. Der Diskurs lehnte sich eher an die Erfahrungen in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador an, wo die staatliche Umverteilung der Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft den Spielraum für sozialstaatliche Maßnahmen zwar deutlich erhöht hatte, die Abhängigkeit der Länder vom Primärgüterexport aber nicht signifikant verringert werden konnte. Die Studierendenbewegung artikulierte zwar ihre Ablehnung des vorherrschenden Akkumulationsmodells – vor allem der Extraversion und der Finanzialisierung –, die Hauptkritik richtete sich aber gegen die Marktförmigkeit der Regulation. Die Stärkung der Staatsförmigkeit der Regulation sollte letztlich zwar auch die Akkumulationsweise im Land transformieren, ein umfassendes alternatives Entwicklungsmodell blieb die Studierendenbewegung aber schuldig – unter anderem, weil sie die Zusammenarbeit mit immer mehr sozialen Akteuren suchte und auch intern viele unterschiedliche Ansichten in Einklang bringen musste. Der kleinste gemeinsame Nenner war die Ablehnung des vorherrschenden neoliberalen Modells – also der dominanten Marktförmigkeit der Regulation in allen Bereichen der chilenischen Wirtschaftspolitik (Andino 2014).

4.3.3. Allianzen und Konflikte der Studierendenbewegung

Die CONFECH arbeitete seit Beginn der Proteste 2011 eng mit den in der ACES und der CONES (*Coordinadora Nacional de Estudiantes Secundarios*) organisierten OberstufenschülerInnen zusammen. Die SchülerInnen waren bei den Protestaktionen sehr präsent und halfen dabei, die Forderungen der Bewegung auch in den peripheren Regionen zu verankern. Außerdem gab es enge Verbindungen zu Lehrgewerkschaften wie dem *Colegio de Profesores* und anderen im Bildungsbereich tätigen Akteuren. So solidarisierten sich etwa auch immer mehr AkademikerInnen mit der Bewegung und untermauerten ihre Forderungen mit wissenschaftlichen Argumenten. Viele Eltern schlossen sich den Protesten an, nachdem sie bemerkt hatten, dass die Regierung mit Repression und Geringschätzung auf die legitimen Anliegen ihrer Kinder reagierte. Auch die konkreten finanziellen Probleme vieler verschuldeter Familien spielte eine wichtige Rolle bei der Politisierung der Elterngeneration. Ab 2011 begannen sich die Eltern und Erziehungsberechtigten landesweit immer besser zu organisieren, woraus die CORPADE (*Coordinadora de Padres y Apoderados por el Derecho a la Educación*) entstand, die seither an der Seite der Studierenden für das Recht auf Bildung

kämpft (Concha 2015, Jackson 2013: 72ff, Vallejo 2012: 36f., 105ff.). Darüber hinaus gab es zahlreiche Versuche, mit anderen sozialen Bewegungen und Akteuren zusammenzuarbeiten. Vor allem die Kooperation mit Gewerkschaften war der CONFECH sehr wichtig. Viele der dominanten Gruppierungen innerhalb der CONFECH vertreten marxistische und gramscianische Ansichten, glauben also dass tiefgreifende Transformationen nur mithilfe der ArbeiterInnen gelingen können. Die Studierendenbewegung sah sich also als Teil einer entstehenden Gegenhegemonie und nicht bloß als Interessensvertretung der Studierenden selbst. Es ging ihr um die Überwindung der neoliberalen Ordnung – im Bildungssystem sollten lediglich die ersten Schritte in diese Richtung gegangen werden. Die konkrete Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren gestaltete sich aber sehr schwierig – nicht zuletzt, weil diese sehr stark zersplittert und geschwächt waren. Nur 12,5% der ArbeiterInnen sind Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen, im ganzen Land bestehen über 15.000 kleine Einzelgewerkschaften (Rojas Hernández 2012: 39, 114f.). Dennoch gab es Annäherungen zwischen der Studierendenbewegung und anderen sozialen Akteuren. So nahmen die Studierenden etwa an einigen Umweltschutzprotesten und am ArbeiterInnenaufmarsch am 1. Mai teil. Im Gegenzug unterstützten einige Umweltschutzorganisationen und Gewerkschaften die Studierenden bei ihren Demonstrationen. Oft entstanden kleinere Kooperationen zwischen einzelnen Studierendenverbänden und ArbeiterInnen, die nicht von der größten Gewerkschaft des Landes, der CUT, vertreten wurden (Andino 2014).

Im August 2011 unterstützten bereits 89% der ChilenInnen die Forderungen der Studierendenbewegung. Laut einer Umfrage des CEP (*Centro de Estudios Públicos*) sprachen sich zudem 80% der Befragten gegen das Gewinnstreben im Bildungssystem aus. Auch im Ausland nahmen immer mehr Menschen Notiz von den Protesten in Chile und zeigten sich solidarisch. Die britische Zeitung *The Guardian* wählte Camila Vallejo, die damalige Präsidentin der FECH und eine der populärsten Führungspersönlichkeiten der Bewegung, zur Person des Jahres 2011 (Oyarzún Serrano 2012: 229, Rojas Hernández 2012: 132f.). Gleichzeitig waren die bestehenden Parteien nicht in der Lage, die Anliegen der Studierendenbewegung glaubwürdig auf die eigene politische Agenda zu setzen. Die Parteien der *Concertación* fanden lange keine einheitliche Linie im Umgang mit der Studierendenbewegung und blieben daher passiv. Die Regierungsparteien der rechten *Alianza* diffamierten die Forderungen der Studierenden und kriminalisierten ihre Proteste. Unterstützt wurden sie dabei von zahlreichen neoliberalen *Think Tanks* sowie vom Großteil der Massenmedien, die weiterhin die Erfolge des marktorientierten chilenischen Bildungswesens

herausstrichen. Bei der Berichterstattung über die Studierendenproteste legten sie den Fokus vor allem auf die Ausschreitungen am Rande der Demonstrationen und ignorierten die Forderungen der Studierenden. Erst als die öffentliche Wahrnehmung massiv zugunsten der Studierenden umschlug, änderten einige Zeitungen und Fernsehsender die Tendenz ihrer Berichterstattung – allerdings vor allem, um Imageschäden zu verhindern. Auch die Regierung Piñera musste letztlich Reformbereitschaft signalisieren – all ihre Vorschläge bewegten sich aber im engen Rahmen des vorherrschenden marktorientierten Bildungssystems. Um grundsätzlichere politische Debatten zu verhindern, setzte Piñeras Reformagenda auf der Mikroebene an – es ging also um qualitative Verbesserungen und Effizienzsteigerungen an den einzelnen Schulen und Universitäten. Die finanziellen Probleme vieler Familien sollten der Logik des subsidiären Staates folgend durch die Ausweitung der Stipendien und eine Senkung der Zinsen auf die staatlich gebürgten Studierendenkredite (CAE) auf 2% gelöst werden. Die Reformvorschläge von Piñera stießen bei der CONFECH und ihren Verbündeten auf große Ablehnung. Auf Druck von der Straße musste der Präsident allein 2011 zwei Mal seinen Bildungsminister auswechseln. Allerdings meinte auch der als unabhängiger Experte dargestellte Harald Beyer kurz nachdem er den Posten im Dezember 2011 übernommen hatte, dass im Bildungswesen kein *Lucro* existierte, womit er die Studierendenbewegung vor den Kopf stieß. In diesem Kontext wirkten die Gesprächsangebote von Piñera und Beyer auf die Studierenden verlogen, da die Regierung keine Kompromissbereitschaft zeigte und weiterhin versuchte, die Bewegung zu kriminalisieren. Im Oktober 2011 kündigte Innenminister Rodrigo Hinzpeter ein Gesetz an, das die Besetzung von Schulen und Universitäten mit Gefängnisstrafen belegen sollte (Atria 2012, Figueroa 2012: 129f., 159, Jackson 2013: 81ff).

Während die Popularität der Studierendenbewegung – insbesondere der charismatischen Führungspersonen der FECH und der FEUC Camila Vallejo und Giorgio Jackson – immer weiter anstieg, erreichte die politische Legitimitätskrise der traditionellen Politik einen neuen Höhepunkt. Die Zustimmungswerte der Regierung Piñera stürzten während der Studierendenproteste bis Ende 2011 auf 23% ab, womit sie den geringsten Wert aller Regierungen seit dem Ende der Diktatur erreichten. In einer CEP-Umfrage gaben 77% der Befragten an, wenig oder kein Vertrauen in die Regierung zu haben. Die Politik des neuen Bildungsministers Harald Beyer wurde im September 2012 von 69% der ChilenInnen abgelehnt. Die politische Krise beschränkte sich aber nicht auf die Regierungsparteien. 92% meinten in der CEP-Erhebung vom Dezember 2011, dass sie allgemein wenig oder kein Vertrauen in die politischen Parteien hatten. Die *Concertación* schaffte es also nicht, von der

Krise der Rechten zu profitieren. Ende 2011 lagen ihre Zustimmungswerte bei nur 16% und damit sogar unter jenen von Piñera. Dies lag auch an der unklaren Haltung der *Concertación* gegenüber der Studierendenbewegung. Die weit verbreitete Enttäuschung über die traditionelle Politik zeigte sich auch daran, dass 60% der Wahlberechtigten bei den Gemeindewahlen 2012 auf die Stimmabgabe verzichteten (Azócar/Mayol 2013: 69, Figueroa 2012: 165f., Rojas Hernández 2012: 132f., 166f., Mayol 2014: 381ff).

Gegen Ende 2011 flauten die Proteste langsam ab, was hauptsächlich auf die Erschöpfung der seit Monaten mobilisierten Studierenden und die mangelnden politischen Erfolge der Bewegung zurückzuführen war. Die Parteien sowohl der *Alianza* als auch der *Concertación* hatten zwar immer wieder Verhandlungsbereitschaft gegenüber der CONFECH und anderer Akteure der Bewegung gezeigt, für die Studierenden akzeptable politische Reformpläne wurden aber von keiner Seite vorgelegt. Letztendlich dienten die Treffen mit den VertreterInnen der Studierenden meist eher der Imagepflege der heftig kritisierten Parteien. Als die Schlagkraft der Studierendenbewegung nachließ, wurden auch die inneren Spannungen immer deutlicher. Es kam zu Konflikten über die strategische Vorgehensweise. Die Brüche zwischen moderateren und radikaleren Kräften innerhalb der CONFECH, die während der Protestwelle meist überdeckt werden konnten, wurden immer größer. Während sich einige Gruppen für Verhandlungen mit der traditionellen Politik einsetzten, um diese von innen heraus zu verändern, glaubten andere radikalere Gruppen fest an den Aufbau einer alternativen Gesellschaft von unten ohne Einbezug der politischen Klasse (Figueroa 2012, Jackson 2013: 87f.). Trotz der langsamen Erschöpfung und der zunehmenden Polarisierung hatte die Studierendenbewegung auch nach 2011 großen Einfluss auf die politische Entwicklung in Chile. Auf diesen Einfluss und die damit verbundenen Transformationen wird im abschließenden Kapitel der vorliegenden Arbeit genauer eingegangen.

5. Aktuelle Entwicklungen – Abkehr vom neoliberalen Modell?

Im abschließenden Kapitel der vorliegenden Arbeit soll die Forschungsfrage nach dem Transformationspotenzial der Studierendenbewegung beantwortet werden. Dabei liegt der Fokus auf den von der Bewegung ab spätestens 2011 angestoßenen Veränderungsprozessen. Auch hierbei wird eine gramscianische Perspektive eingenommen – die Analyse findet also sowohl auf der Ebene der Zivilgesellschaft als auch auf der Ebene der politischen Institutionen und Entscheidungen statt. Zunächst sollen die schwer fassbaren Veränderungen des dominanten Alltagsverstands innerhalb der chilenischen Bevölkerung beleuchtet werden. Anschließend wird betrachtet, inwiefern sich diese Verschiebungen der hegemonialen Ordnung auf die chilenische Parteipolitik auswirkten. Einen wichtigen Referenzpunkt stellte die Wahl 2013 dar, bei der Michelle Bachelet als Kandidatin eines verbreiterten Mitte-Links-Bündnisses namens *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit) die Präsidentschaft erlangte. Bachelet eignete sich im Wahlkampf nicht nur den Diskurs der Studierendenbewegung an und versprach neben einer umfassenden Bildungsreform auch eine progressive Steuerreform sowie eine neue Verfassung, sie integrierte zudem den PC und einige kleinere Linksparteien in die Wahlallianz und versuchte damit, ihre Beziehungen zu den sozialen Bewegungen im Land zu verbessern. Obwohl die Studierendenbewegung vor und während der Wahl 2013 große Erfolge verzeichnen konnte, gestaltet sich der Transformationsprozess unter der neuen Regierung sehr schwierig, worauf im anschließenden Abschnitt genauer eingegangen wird. Die *Nueva Mayoría* ist intern gespalten und beinhaltet viele konservative Kräfte, die sich gegen radikale Veränderungen sträuben. Nach der Analyse der konkreten politischen Veränderungen der letzten Jahre sollen abschließend noch die Zukunftsaussichten der Studierendenbewegung untersucht werden. Dadurch soll die Frage beantwortet werden, inwiefern die Studierendenbewegung in Zukunft an der Veränderung des vorherrschenden politischen und ökonomischen Modells in Chile beteiligt sein wird – und welche Erfolgchancen sie dabei hat.

5.1. Veränderung des Alltagsverstands

Im Zuge der Massenproteste des Jahres 2011 kam es zu einer starken Politisierung der lange Zeit passiven chilenischen Bevölkerung (Mayol 2014: 357ff) – Rojas Hernández spricht in diesem Zusammenhang von einem „Erwachen der Zivilgesellschaft“ (Rojas Hernández 2012: 149f.). Die Studierendenbewegung schaffte es, viele ehemalige Tabuthemen in der öffentlichen Debatte zu verankern. Plötzlich redeten die Menschen im ganzen Land am Mittagstisch und unter Freunden über Politik und die Probleme des privatisierten

Bildungssystems. Der weit verbreitete Konsens darüber, dass Chile ein Musterbeispiel für erfolgreiche Entwicklung sei, geriet zunehmend ins Wanken. Ausgehend vom Bildungsbereich setzte die Studierendenbewegung zu einer umfassenden Kritik am marktorientierten Entwicklungsmodell an und schaffte es dabei, ihre alternativen Forderungen innerhalb weite Teile der Bevölkerung zu verankern. Der *Lucro*, der im dominanten chilenischen Alltagsverständnis seit der Diktatur als nahezu einzig legitimer Anreiz für wirtschaftliche Aktivität akzeptiert worden war, geriet immer heftiger unter Beschuss. Seit 2011 lehnt der Großteil der Bevölkerung das Gewinnstreben im Bildungswesen strikt ab. Bildung wurde zunehmend als Grundrecht betrachtet, das vom Staat garantiert werden sollte. Die Studierendenbewegung beschränkte sich in weiterer Folge nicht auf die Kritik am vorherrschenden Bildungssystem. Dieses diente aber als geeigneter Ausgangspunkt, um die Probleme des gesamten chilenischen Modells anzuprangern, die nach Auffassung der meisten Studierenden eng mit der marktorientierten Ausrichtung der Wirtschaft zusammenhängen. Die Bewegung setzte sich vehement für eine Stärkung der Rolle des Staates ein – in regulationstheoretischer Sprache also für die Stärkung der Staatsförmigkeit der Regulation und ein Zurückdrängen der Marktförmigkeit. Die Studierenden schafften es, die innerhalb der Gesellschaft lange als notwendiges Übel akzeptierte soziale Ungleichheit zu problematisieren und als direkte Konsequenz des marktorientierten Wirtschaftssystems darzustellen. Die enttäuschten Hoffnungen auf sozialen Aufstieg vieler Menschen – die im Bildungssystem besonders drastisch waren – sorgten dafür, dass sich diese Annahme im chilenischen Alltagsverständnis festsetzen konnte (Figueroa 2012: 15, Jackson 2013: 18ff, 80, 108ff, Mayol 2014: 293ff, Rojas Hernández 2012: 14, Vallejo 2012: 110, 122ff).

Die Studierendenbewegung hatte also erheblichen Anteil an der Veränderung des dominanten Alltagsverständnisses in Chile. Die Massenproteste von 2011 setzten einen kulturellen Wandel in Gange: Die Marktorientierung und der Individualismus innerhalb der Gesellschaft wurden erstmals von breiten Bevölkerungsschichten hinterfragt. Die Bewegung öffnete Räume für eine kritische Debatte über die Grundfesten der neoliberalen Ordnung innerhalb der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig diente sie als inspirierendes Beispiel für andere soziale Bewegungen, die sich aktiv an der Gestaltung eines gegenhegemonialen Projekts beteiligen wollen. In der Zivilgesellschaft keimte nicht nur der Wunsch nach Veränderung, sondern auch der Wunsch, gestaltend an den nötigen Veränderungen mitzuwirken. In diesem Kontext wurde während der Protestwelle von 2011 deutlich, dass das politische System derartige Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft nicht vorsah. Forderungen wie die Änderung des binominalen Wahlsystems und die Einberufung einer verfassungsgebenden

Versammlung erreichten die Mitte der Gesellschaft. Die limitierte Demokratie der Übergangsphase wurde auch deshalb immer heftiger attackiert, weil die Studierendenbewegung durch ihre basisdemokratischen Organisationsstrukturen ein attraktives Gegenmodell vorlebte (Jackson 2013: 108ff, Vallejo 2012: 5, 16, 110).

Alberto Mayol meint, dass 2011 eine neue Ära in Chile begonnen habe. Die politische Ordnung der Übergangsphase zur Demokratie hatte endgültig ausgedient. Die *Concertación* hatte ihre Legitimität während der 20-jährigen Phase der Konsensregierungen kontinuierlich verloren. Mit dem Wahlsieg der *Alianza*, die sich unter Piñera von der Diktatur distanzierte und als gesellschaftspolitisch liberal präsentierte, verlor die Mitte-Links-Allianz spätestens 2010 auch ihr politisches Alleinstellungsmerkmal, da sie sich wirtschaftspolitisch wie beschrieben inzwischen kaum mehr von der neoliberalen Rechten unterschied. Die starke Ablehnung der Politik von Sebastián Piñera innerhalb der Bevölkerung machte eine Umstrukturierung der politischen Landschaft in Chile unausweichlich (Mayol 2014: 63ff., 218ff, 357ff, Rojas Hernández: 149ff., Vallejo 2012: 117ff.). Rojas Hernández meinte diesbezüglich:

“Veremos, en el futuro cercano, cómo evoluciona este proceso, que podríamos caracterizar como de subjetivación ciudadana movilizada (...), en un contexto político de alta complejidad y fuertes tensiones entre el status quo neoliberal y la emergencia del ser social.” (Rojas Hernández 2012: 187)

„Wie werden in der näheren Zukunft sehen, wie sich dieser Prozess entwickelt, der als Subjektivierung einer mobilisierten Zivilgesellschaft charakterisiert werden kann (...), in einem hochkomplexen politischen Kontext mit starken Spannungen zwischen dem neoliberalen Status quo und der Entstehung des sozialen Subjekts.“ (Rojas Hernández 2012: 187)

5.2. Die Wahl 2013

Vor der Präsidentschafts- und Parlamentswahl Ende 2013 versuchten die Parteien der *Concertación* auf die Veränderung des Alltagsverständes innerhalb der Bevölkerung zu reagieren, um die Kontrolle über den politischen Prozess in Chile zurückzugewinnen. Man einigte sich auf Michelle Bachelet als Präsidentschaftskandidatin und damit auf eine der wenigen etablierten Politikerinnen, die weiterhin große Popularität innerhalb der chilenischen Bevölkerung genoss. Die Ex-Präsidentin des Landes (2006-2010) und ehemalige Direktorin der UN-Frauenorganisation wurde aufgrund ihrer Nähe zu einfachen BürgerInnen und ihrer Konzentration auf sozialpolitische Themen weiterhin von großen Teilen der Gesellschaft respektiert und unterstützt. Ende 2011, nachdem die Legitimität der traditionellen Parteien

einen neuen Tiefpunkt erreicht hatte, konnte sich Bachelet über Zustimmungswerte von 82% freuen. Die Popularität der Präsidentschaftsanwärterin reichte aber nicht aus, um das verlorene Vertrauen in die Parteien der *Concertación* wiederherzustellen. Deshalb versuchte sich die Mitte-Links-Allianz an die Studierendenbewegung anzunähern. Einerseits nahm sie im Wahlkampf die wichtigsten Forderungen der Protestbewegung von 2011 in das eigene Programm auf. Bachelet versprach etwa eine umfassende Bildungsreform, eine progressive Steuerreform und eine neue Verfassung. Andererseits versuchte man auch, die Koalition zu verbreitern und enger an die sozialen Bewegungen zu binden. In diesem Kontext sprach Bachelet im März 2013 erstmals von der Notwendigkeit einer „neuen Mehrheit“. Kurz darauf wurden der PC und die kleineren Linksparteien *Izquierda Ciudadana* (IC) und *Movimiento Amplio Social - Región* (MAS-R) in die Wahlallianz aufgenommen, wodurch aus der *Concertación* die *Nueva Mayoría* wurde. Durch die Integration dieser linken Kräfte erhoffte man sich bessere Beziehungen zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Der PC hatte gute Verbindungen zu einigen Gewerkschaften im Land wie der CUT oder dem *Colegio de Profesores*. Wichtiger war aber, dass die Jugendverbände des PC (JJCC) innerhalb der Studierendenbewegung deutlich stärker waren als jene der Parteien der *Concertación*, die inzwischen nur noch eine Randgruppe innerhalb der CONFECH darstellten. Hinzu kam, dass Camila Vallejo, Ex-Präsidentin der FECH und eine der populärsten Führungspersonen der Studierendenbewegung, inzwischen im Establishment des PC angekommen war und so direkt in das Regierungsprojekt der *Nueva Mayoría* eingebunden werden konnte. Mit Karol Cariola wurde eine weitere ehemalige Vertreterin der Studierendenbewegung durch den PC in die *Nueva Mayoría* integriert. Dies verschaffte dem neuen Wahlbündnis zusätzlichen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung. Die Parteien der *Concertación* verfolgten dadurch nicht zuletzt auch das Ziel, sich in der öffentlichen Wahrnehmung von der in die Kritik geratenen politischen und ökonomischen Elite im Land zu distanzieren (Mayol 2014: 9, 19ff., 71ff, 151ff, Rojas Hernández 2012: 95f., 166f.).

Aus diesem Grund suchte die entstehende *Nueva Mayoría* auch die Kooperation mit Giorgio Jackson. Der ehemalige Präsident der FEUC hatte aus der universitären Gruppierung NAU mit einigen MitstreiterInnen die politische Partei *Revolución Democrática* (RD) gegründet, die vor allem von der *Concertación* enttäuschte WählerInnen ansprach. Erklärtes Ziel der neuen Partei war es, die Forderungen der Studierendenbewegung nach einer umfassenden Bildungsreform und insgesamt nach radikalen demokratischen Veränderungen in die traditionellen politischen Institutionen zu tragen. Jackson trat bei der Abgeordnetenwahl im Wahlkreis *Santiago Centro* an. Die StrategInnen der *Concertación* wussten um Jacksons

Popularität und versuchten, auch die RD in ihr Projekt einzubauen, stießen dabei aber auf größeren Widerstand als im Falle des PC. Letztlich einigte man sich auf ein informelles Abkommen: Die *Nueva Mayoría* verzichtete auf einen Gegenkandidaten in *Santiago Centro* und sicherte Jackson so den Einzug ins Parlament. Im Gegenzug forderte die angehende Regierung die Unterstützung der RD bei der Ausarbeitung einer Bildungsreform. Der neuen Partei wurden einige Beratungstätigkeiten im Bildungsministerium in Aussicht gestellt. Jackson hoffte, durch den Pakt Einfluss auf die Regierungsarbeit nehmen zu können und akzeptierte die Kooperation mit der *Nueva Mayoría*. Während die Annäherung an Vallejo und Jackson die Unterstützung der *Nueva Mayoría* innerhalb der Gesellschaft erhöhte, wurden die beiden ehemaligen Führungspersonen der Studierendenbewegung von weiten Teilen der universitären Basis heftig kritisiert. Die radikaleren Gruppierungen innerhalb der CONFECH warfen ihnen Opportunismus und Egoismus vor, da sie nicht daran glaubten, dass die gewünschte Transformation in einer Koalition mit jenen Kräften gelingen kann, die das neoliberale Modell über Jahrzehnte abgesichert hatten (Mayol 2014: 71ff).

Insgesamt blieb die Studierendenbewegung in ihrer Haltung gegenüber den Wahlen sehr gespalten. Während die radikalsten Gruppen – wie etwa die SekundärschülerInnen der ACES – offen zur Stimmenthaltung aufriefen, um dem politischen System keine Legitimität zu verschaffen, hofften andere Sektoren darauf, durch die Wahlen die ersten Schritte Richtung Systemveränderung setzen zu können. Vallejo, Cariola und Jackson öffneten sich in diesem Zusammenhang der Kooperation mit den traditionellen Kräften der *Concertación*. Es stellten sich aber auch einige VertreterInnen der *Izquierda Autónoma*, die inzwischen eine tragende Rolle innerhalb der CONFECH spielte, der Abgeordnetenwahl und verzichteten dabei auf jegliche Zusammenarbeit mit etablierten Parteien. Die IA sah die Partizipation auf politischer Ebene als komplementäre Strategie zum Aufbau einer schlagkräftigen gegenhegemonialen Front auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Aufgrund der inneren Unstimmigkeiten schaffte es die Studierendenbewegung nicht, die oben beschriebenen Veränderungen des Alltagsverstandes in einem geeinten politischen Projekt zu kanalisieren. Indirekt hatte sie aber erheblichen Einfluss auf die Wahlen 2013, da die während der Proteste 2011 aufgeworfenen Themen den Wahlkampf nahezu aller Parteien(-bündnisse) prägten (Andino 2014, Figueroa 2012: 170f.).

Bachelet nahm viele der Forderungen der Studierendenbewegung in den Wahlkampf auf. Eine tiefgreifende Bildungsreform, eine progressive Steuerreform, eine neue Verfassung und die Reform des Wahlsystems gehörten zu ihren wichtigsten Wahlkampfthemen. Entsprechend

spielte der PC innerhalb der Kampagne der *Nueva Mayoría* zunächst eine sehr wichtige Rolle. So waren etwa die von der Studierendenbewegung und dem PC vertretenen Forderungen nach kostenloser Hochschulbildung und einem Verbot des Gewinnstrebens an Bildungseinrichtungen in Bachelets Wahlkampf sehr präsent. Außerdem versprach die angehende Präsidentin, Bildung als Grundrecht zu verankern. Durch die Übernahme der Diskurse und Rhetorik der Studierendenbewegung gewann die *Nueva Mayoría* viele von der Politik der *Concertación* enttäuschte WählerInnen zurück. So setzte sich Bachelet im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl mit einem Rekordergebnis von über 62% der Stimmen gegen die UDI-Politikerin und Kandidatin der *Alianza* Evelyn Matthei durch. Bei der Parlamentswahl errang die *Nueva Mayoría* zudem in beiden Parlamentskammern stabile Mehrheiten. Diese reichen zwar nicht für die Änderung der Verfassung und der organischen Verfassungsgesetze (*Leyes Orgánicas Constitucionales*), die restlichen Reformvorhaben hätte die neue Regierung im Kongress allerdings ohne Zustimmung der Opposition umsetzen können (Mayol 2014: 67ff, 157ff, Rovira Kaltwasser 2013: 3f.). Vor und auch nach den Wahlen von 2013 setzten viele Menschen in Chile große Hoffnungen in die neue Regierungsallianz, da diese vorgab, die in den Jahren zuvor von der Zivilgesellschaft auf die politische Agenda gesetzten tiefgreifenden Reformen entschlossen anzugehen.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Kreation der *Nueva Mayoría* und die Anlehnung ihres Wahlkampfes an die Forderungen der Studierendenbewegung alleine nicht ausreichten, um das weit verbreitete Misstrauen innerhalb der Bevölkerung gegenüber der traditionellen Politik zu beseitigen. Von vielen wurde die *Nueva Mayoría* zwar als das geringere Übel betrachtet, die geforderte radikale Transformation wurde der neuen Allianz von einem großen Teil der Bevölkerung aber weiterhin nicht zugetraut. Dies zeigte sich einerseits an der immer noch geringen Wahlbeteiligung: Im zweiten Wahlgang zwischen Bachelet und Matthei gaben weniger als 42% der Wahlberechtigten eine gültige Stimme ab. Andererseits kann auch das Aufkommen neuer politischer Gruppierungen im Parlament als Absage an die traditionellen Parteien gesehen werden. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl entfielen etwa 27% der abgegebenen Stimmen auf KandidatInnen, die weder von der *Nueva Mayoría* noch von der *Alianza* unterstützt wurden (Mayol 2014: 292ff). Auch die Wahl des ehemaligen FECH-Präsidenten und IA-Politikers Gabriel Boric zum Abgeordneten für die Region Magallanes zeigte, dass der Wunsch innerhalb der chilenischen Gesellschaft nach politischer Veränderung nicht alleine von der *Nueva Mayoría* ruhiggestellt werden konnte.

Die von der Studierendenbewegung angestoßenen Veränderungen des chilenischen Alltagsverstandes erreichten 2013 also auch die politische Ebene. Die *Concertación* sah sich gezwungen, auf die Politisierung der Zivilgesellschaft zu reagieren. Durch die Verbreiterung der Wahlallianz und die Aufnahme der zentralen Forderungen der Studierendenbewegung vergrößerten die traditionellen Mitte-Links-Parteien ihren sozialen Rückhalt wieder und ermöglichten Bachelet ab 2014 eine zweite Amtszeit als Präsidentin. Gleichzeitig zogen mit Camila Vallejo, Karol Cariola, Giorgio Jackson und Gabriel Boric vier ehemalige CONFECH-VertreterInnen in den Kongress ein. Während Vallejo und Cariola durch den PC direkt in die neue Regierung integriert waren und Jackson ebenfalls auf gewisse Zusammenarbeit mit der *Nueva Mayoría* setzte, verfolgte Boric eine kompromisslose Haltung gegenüber den Parteien der *Concertación*, die ihm zumindest innerhalb der Studierendenbewegung große Popularität verschaffte. Vallejo, Cariola und Jackson wurde von der Basis der Bewegung zunehmend Opportunismus und Verrat vorgeworfen. Viele Studierende und SchülerInnen glaubten nicht an echte Veränderungen durch die neue Regierung – auch aufgrund ihrer Erfahrungen während der *Revolución Pingüina*. Die Einheit, die die Studierendenbewegung 2011 ausgezeichnet hatte, ging in dieser Phase verloren. Zur selben Zeit weckte die Wahl der *Nueva Mayoría* die Hoffnungen innerhalb weiter Teile der Zivilbevölkerung, was das Mobilisierungspotenzial der Bewegung zusätzlich verringerte. Es war schlichtweg deutlich schwieriger, große Demonstrationen gegen eine neue Regierung zu organisieren, die im Wahlkampf vorgegeben hatte, die Forderungen der Protestbewegung ohnehin umzusetzen, und außerdem neue Allianzen mit bestimmten Teilen der Bewegung geknüpft hatte. In diesem Kontext übernahm Michelle Bachelet im März 2014 zum zweiten Mal das Präsidentenamt in Chile.

5.3. Politische Veränderungen

In den ersten 100 Tagen nach der Amtsübernahme der *Nueva Mayoría* verfolgte die neue Regierung eine sehr linke Rhetorik, die sich eng an die Forderungen der Studierendenbewegung und die Politik des neu integrierten PC anlehnte. Die grobe Formulierung der Reformvorhaben deutete auf einen Bruch mit dem vorherrschenden Entwicklungsmodell in Chile hin und sorgte innerhalb der Zivilgesellschaft für große Hoffnung. Anschließend vollzog sich allerdings eine deutliche Kehrtwende, in deren Folge die konservativen Kräfte innerhalb der Allianz zunehmend an Einfluss gewannen. Vor allem die christdemokratische Partei PDC, die größte Gruppe innerhalb der Allianz, sträubte sich zunehmend gegen den Einfluss des PC innerhalb der *Nueva Mayoría*. Die

ChristdemokratInnen, die sich im Wahlkampf und zu Beginn der Amtszeit auffällig zurückgehalten hatten, machten immer öfter deutlich, dass sie die *Nueva Mayoría* nicht als programmatische Koalition, sondern lediglich als Wahlallianz zur Unterstützung der Präsidentschaft von Michelle Bachelet betrachteten. Der PDC ließ wissen, dass er sich nicht vom PC in eine linke Koalition drängen lasse. Die Partei stehe lediglich als gestaltender Teil eines Mitte-Links-Bündnisses nach Vorbild der *Concertación* zur Verfügung. Auch innerhalb der anderen Regierungsparteien wurden jene Kräfte, die sich gegen radikale Veränderungen aussprachen immer stärker. So forderte etwa auch der sozialistische Ex-Präsident Ricardo Lagos (2000-2006) medienwirksam, dass die *Nueva Mayoría* auf den Erfolgen der Vorgängerregierungen aufbauen sollte, was gegen den vom PC angestrebten Bruch mit dem neoliberalen Modell sprach. Der Parteigenosse von Bachelet meinte zudem mit Bezug auf die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, dass alles, was vom Privatsektor finanziert werden könne, diesem auch übertragen werden sollte. Damit distanzierte sich auch das Establishment des PS zunehmend von einer Stärkung des Staates – wie sie unter anderem von der Studierendenbewegung gefordert wurde. Das Öffentliche sollte zwar gestärkt werden, allerdings sollte dies laut Ansicht der dominanten Kräfte in der Regierung auch durch private Unternehmen geschehen. Ein Zurückdrängen der Marktorientierung im Wirtschaftssystem wurde von den dominanten Kräften innerhalb der Regierung also zunehmend abgelehnt. Zudem gewannen die Medien, die Kirche und das Unternehmertum immer mehr Einfluss auf die neue Regierung. Der PC und auch Jacksons RD konnten in dieser Phase immer weniger an der Ausgestaltung des politischen Regierungsprojekts mitwirken. Für die *Nueva Mayoría* bestand ihre Aufgabe hauptsächlich darin, die sozialen Bewegungen im Land gewissermaßen ruhigzustellen. Die Tatsache, dass sich die progressiven Kräfte innerhalb der Allianz mit dieser Rolle abzufinden schienen, ließ ihren Rückhalt innerhalb der Zivilgesellschaft schwinden, wodurch auch ihr Nutzen für die neue Regierung langsam verloren ging. Ab spätestens Mitte 2014 wirkte die *Nueva Mayoría* entsprechend wie eine Neuauflage der *Concertación*, was auch anhand der ersten Reformen der neuen Regierung deutlich wurde (Mayol 2014: 87ff, 130ff, 146ff).

5.3.1. Die Steuerreform

Das erste Wahlversprechen, das die neue Regierung anpackte, war die Steuerreform. Im Wahlkampf hatte Bachelet eine progressive Reform versprochen und damit auch die Hoffnungen der sozialen Bewegungen geweckt, die eine höhere Besteuerung der großen

Unternehmen – vor allem im Kupfersektor – sowie die Abschaffung des Steuervermeidungsinstruments FUT forderten. Die Steuerreform sollte nicht nur direkt zur Verringerung der sozialen Ungleichheit beitragen, sondern auch die nötigen Mittel lukrieren, um das wichtigste Projekt der Regierung – die Bildungsreform – zu finanzieren. Im ersten Entwurf der Steuerreform, den Bachelet im Juni 2014 präsentierte, wurden die Kupferunternehmen, die wie in *Kapitel 3.2.3.* beschrieben kaum Steuern zahlen, mit keinem Wort erwähnt. Die progressiven Kernelemente des Vorschlags waren dadurch eine Erhöhung der Umsatzsteuern von 20% auf 25% bis 2017 sowie die schrittweise Abschaffung des FUT. In der Folge entstand eine hitzige öffentliche Debatte, in der die konservativen Kräfte innerhalb der Bevölkerung die Oberhand gewannen. Die Opposition, aber auch viele PolitikerInnen der *Nueva Mayoría*, warnten vor den drohenden Folgen der geplanten Reform. Zusammen mit vielen UnternehmerInnen und neoliberalen *Think Tanks* argumentierten sie, dass die geringfügige Anhebung der Unternehmenssteuern und die Abschaffung des FUT verheerende Auswirkungen auf die gesamte chilenische Wirtschaft und damit auch auf den Mittelstand haben würden. Wissenschaftlich belegt wurden diese Horrorszenarien kaum, stattdessen wurden sie von den größten Zeitungen und Fernsehkanälen des Landes gebetsmühlenartig wiederholt (Mayol 2014: 67f., 99ff, 157ff).

Die Steuerreform hätte allein von der *Nueva Mayoría* verabschiedet werden können. Nicht zuletzt, weil auch viele PolitikerInnen der Regierungsbündnis selbst gegen die von Bachelet vorgeschlagene Reform waren, entschied man sich letztlich aber für Verhandlungen, die stark an die Konsenspolitik der *Concertación* erinnerten. Die Debatte um die Steuerreform verließ den Kongress und wurde fortan in informellen Gesprächen mit der Opposition und dem Unternehmertum fortgesetzt. Letztendlich wurde eine Reform verabschiedet, die einen großen Erfolg für die faktischen Mächte im Land darstellte. Zwar wurde an der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Abschaffung des FUT festgehalten, gleichzeitig wurden aber einige Mechanismen entwickelt, die eine Fortsetzung der legalen Steuervermeidung von Großkonzernen ermöglichen. So sollen Unternehmen in Zukunft etwa, den Wertverlust ihrer Anlagen steuerlich absetzen können. Zudem wurde der höchste Einkommenssteuersatz von 40% auf 35% gesenkt. Das weltweit einzigartige integrierte Steuersystem, das es UnternehmerInnen ermöglicht, die abzuführende Einkommenssteuer um den Steuersatz, den ihre Unternehmen bezahlen müssen, zu verringern, blieb unangetastet. Auch die starke Belastung der breiten Bevölkerung durch die hohen Konsumsteuern wurde beibehalten. Dass die Steuerreform ihren progressiven Anspruch verloren hatte, wurde auch dadurch augenscheinlich, dass sich PolitikerInnen der oppositionellen UDI sowie VertreterInnen des

Unternehmertums unverblümt über die im September 2014 vom Kongress abgeseignete Einigung freuten und diese als eigenen Erfolg verkauften (Mayol 2014: 67f., 99ff, 157ff).

Die Steuerreform der *Nueva Mayoría* war also deutlich weniger progressiv, als sich viele WählerInnen und auch der Großteil der Studierenden erhofft hatten. Zu einer strukturellen Veränderung des ökonomischen Modells wird sie kaum beitragen. Durch das Aussparen des Kupfersektors profitieren die privaten Bergbauunternehmen weiterhin von den zahlreichen Steuererleichterungen. Dies festigt nicht nur die extensive Ausrichtung, sondern auch die passive Außenorientierung der chilenischen Wirtschaft. Auch die Kapitalmärkte wurden durch die Reform nicht stärker belastet als zuvor, was gegen ein Ende der Finanzialisierungstendenzen innerhalb des Akkumulationsmodells spricht. Insgesamt bleibt das Steuersystem sehr regressiv und wird seinem Anspruch, die soziale Ungleichheit im Land zu verringern, nicht gerecht. Auch deshalb wird die Reform von der Studierendenbewegung hart kritisiert. Marta Matamala, Präsidentin der FEUSACH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Santiago de Chile*), meinte etwa: „Die entwickelten Länder besteuern ihre großen Unternehmen mit etwa 30%, bei uns zahlen sie effektiv noch immer weniger als 10%. Das ist lächerlich. Das ist keine echte Reform, man hat uns nur den Namen weggenommen.“ (Matamala 2015)

Neben den inhaltlichen Versäumnissen lehnen die Studierenden vor allem das Zustandekommen der Reform ab – also die Tatsache, dass die Reform letztendlich im Stile der Konsenspolitik der *Concertación* mit der rechten Opposition und den UnternehmerInnen ausverhandelt wurde und nicht mit den sozialen Akteuren, die sie ursprünglich auf die Agenda gesetzt hatten (Saavedra 2015, Vázquez 2015). Die Studierenden und andere soziale Bewegungen im Land bemerkten schnell, dass sich die Politik der *Nueva Mayoría* im engen Rahmen des neoliberalen Modells und der politischen Ordnung der Übergangsphase zur Demokratie bewegt (Castro 2015, Fielbaum 2015). Die Steuerreform soll zwar zur Erhöhung der Staatseinnahmen um etwa 8,2 Milliarden US-Dollar beitragen, was verstärkte öffentliche Investitionen ermöglichen sollte (Mayol 2014: 112). Letztlich sind die zusätzlichen Einnahmen aber so gering, dass sie nicht ausreichen werden, um die angekündigten tiefgreifenden Reformen – etwa im Bildungsbereich – finanzieren zu können (Jackson 2015, Sepúlveda 2015). Bachelets wichtigstes Projekt – die umfassende Bildungsreform – musste also bereits vor der Präsentation des ersten Entwurfs den ersten Rückschlag einstecken.

Auch die noch nicht fertig ausgehandelte Arbeitsmarktreform der Regierung wird ihren progressiven Ansprüchen wohl bei weitem nicht gerecht werden. Die Konzepte für eine

Ausweitung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation fehlen ebenso wie Vorschläge zu einer umfassenden Gewährleistung des Streikrechts und Pläne zur Reduktion prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Auch ein erleichterter Zugang zu Kollektivlohnverhandlungen ist nicht geplant. 53% der ArbeiterInnen werden überhaupt nicht von den geplanten Maßnahmen betroffen sein. Die Rechte und das Unternehmertum sahen sich deshalb bislang kaum dazu gezwungen, große Kampagnen gegen die geplante Reform einzuleiten. Auch bei der Ausarbeitung der Arbeitsmarktreform haben VertreterInnen des Unternehmertums privilegierten Zugang zu den Verhandlungen, während die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen nicht miteinbezogen werden (Castro 2015, Fielbaum 2015, Matamala 2015, Saavedra 2015, Sepúlveda 2015). Aller Voraussicht nach wird die Reform die flexiblen Strukturen am Arbeitsmarkt also nicht verändern, womit sie wohl auch keinen Beitrag zu einer Abkehr von der extensiven Akkumulationsweise bringen wird. Die Dominanz der Marktförmigkeit der Regulation bleibt auch in diesem Bereich bestehen.

5.3.2. Die (ersten Schritte der) Bildungsreform

Noch bevor Bachelets Kabinett die ersten Reformvorschläge im Bildungsbereich präsentiert hatte, waren weite Teile der Studierendenbewegung sehr skeptisch. Dies lag vor allem an der ambivalenten Haltung der Regierung, die große Transformationen versprach, in ihrer politischen Praxis aber sehr stark an die Regierungen der *Concertación* erinnerte. Bachelet hatte zwar kostenlose Hochschulbildung und ein Ende des Gewinnstrebens an den Universitäten angekündigt, allerdings weigerte sich die Regierung, VertreterInnen der Studierendenbewegung gestaltend an der konkreten Ausarbeitung der Reformen mitwirken zu lassen. Bildungsminister Nicolás Eyzaguirre rief zwar immer wieder zu Dialogrunden mit der CONFECH auf, stellte gleichzeitig aber auch unmissverständlich klar, dass die Verhandlungen mit den Studierenden für die Regierung keinesfalls bindend sein würden. Immer wieder zog sich die CONFECH von den Gesprächen zurück, um Druck auf die Regierung auszuüben. Allerdings muss erwähnt werden, dass auch innerhalb der Studierendachorganisation sehr unterschiedliche Ansichten darüber bestanden, wie man mit den Dialogangeboten der Regierung umgehen sollte. Die Skepsis der Studierenden wurde zusätzlich befeuert, als Eyzaguirre meinte, dass die Universitätsbildung nur vier Jahre lang kostenlos sein sollte (Higuera 2014). Zudem sorgte allein der persönliche Werdegang von Nicolás Eyzaguirre für Misstrauen innerhalb der Studierendenbewegung. Der PPD-Politiker war es, der den staatlich gebürgten Studierendenkredit CAE 2006 eingeführt hatte. Der CAE

wird von der CONFECH hart kritisiert, da er die Verschuldung der Studierenden in den letzten Jahren deutlich erhöhte und den privaten Banken gleichzeitig ein lukratives Geschäftsfeld eröffnete (Andino 2014: 134).

Die Studierendenbewegung suchte indes Gespräche mit der Regierung, drängte aber darauf, dass ihre Forderungen ernst genommen werden und letztendlich Eingang in die Bildungsreform finden. Unterstrichen wurde diese Ambition durch zahlreiche Protestaktionen, die seit 2011 zwar nie gänzlich aufgehört hatten, teilweise aber nur sehr klein und auf einzelne Fakultäten beschränkt blieben. Die Angst, dass im Endeffekt wieder die politische Elite entscheiden würde und die Reformen nur die Namen – nicht aber die inhaltliche Substanz – der Forderungen der Studierenden übernehmen würden, war Ende 2014 sehr groß. Der Kampf der Studierenden bestand in dieser Phase darin, Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen auszuüben, um diese dazu zu zwingen, die zugrundeliegende Kritik am marktorientierten Bildungssystem in ihre Reformvorschläge einzuarbeiten. Die Sichtbarkeit der Bewegung war allerdings vergleichsweise gering. Es kam zwar immer wieder zu größeren Demonstrationen, die Ausmaße von 2011 konnten aber bei weitem nicht erreicht werden. Dies lag vor allem daran, dass der Zulauf der Studierendenbewegung von anderen Sektoren der Zivilgesellschaft geringer war als während der Regierungszeit von Sebastián Piñera. Viele Menschen hatten Bachelet in der Hoffnung gewählt, dass sie eine Bildungsreform nach den Vorstellungen der Zivilgesellschaft ausarbeiten würde. Sie waren folglich nicht bereit, gegen eine von der neuen Regierung noch nicht konkretisierte Reform auf die Straße zu gehen (Briceño 2014).

Auch intern war die Organisation von Protesten deutlich schwieriger, was an der wachsenden Polarisierung innerhalb der Studierendenbewegung lag. So protestierten etwa moderatere Kräfte innerhalb der CONFECH teilweise für die von der *Nueva Mayoría* geplante Reform – in der Hoffnung, den Einfluss der konservativen Teile der Regierung, der rechten Opposition und der im privaten Bildungswesen tätigen Unternehmen zurückzudrängen. Andererseits gingen radikalere Teile der Bewegung auf die Straße, um sich gegen die elitäre Haltung der Regierung auszusprechen und direkte Mitsprache bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorhaben zu fordern. Auch die inzwischen im Parlament vertretenen ehemaligen Führungspersonen der Studierendenbewegung fanden in dieser Phase keine einheitliche Vorgehensweise. Während Vallejo, Cariola und Jackson die Reformvorhaben der Regierung prinzipiell als erste Schritte in die richtige Richtung unterstützten und nur teilweise Verbesserungen forderten, beharrte Boric vehement auf den grundlegenden Forderungen der Studierendenbewegung und übte im

Kongress harte Kritik an der Vorgehensweise der Regierung. Auch deshalb ist der IA-Politiker und ehemalige FECH-Präsident innerhalb der universitären Basis der beliebteste der vier Ex-CONFECH-VertreterInnen im Kongress (Briceño 2014).

Anfang 2015 spitzte sich die Situation zu. Erheblichen Anteil daran hatte das Bekanntwerden politischer Korruptionsfälle, die die öffentliche Debatte für einige Monate dominierten. Als die Fälle der illegalen Parteienfinanzierung durch die Firmen *Soquimich* und *Penta* publik wurden, trafen sie zunächst nur die rechte Opposition – vor allem die UDI. Im Laufe der strafrechtlichen Investigationen wurden aber zunehmend auch PolitikerInnen der Regierung mit Korruption in Verbindung gebracht – so etwa Innenminister Rodrigo Peñailillo. Durch den Fall *Caval* geriet auch Präsidentin Bachelet selbst in die Schlagzeilen: Ihr Sohn Sebastián Dávalos hatte als Leiter der Präsidentialabteilung für Soziales und Kultur illegal Einfluss auf die Kreditvergabe an ein Unternehmen genommen, das zur Hälfte seiner Frau gehörte. In diesem Kontext stürzten Bachelets Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerung zu Jahresanfang 2015 auf etwa 30% ab. Die Fälle *Soquimich*, *Penta* und *Caval* führten der Zivilgesellschaft zudem besonders deutlich vor Augen, wie groß der Einfluss der wirtschaftlichen Elite auf die Politik des Landes ist. Die Tatsache, dass abgesehen vom PC auch alle Parteien der *Nueva Mayoría* in die Korruptionsskandale verstrickt waren, ließ den Vertrauensvorschuss, den die Regierung bis dahin genossen hatte, schnell schwinden. In diesem Kontext rief die CONFECH im April 2015 zu einem nationalen Protestmarsch auf, an dem allein in Santiago mehr als 100.000 Menschen teilnahmen. Das Motto der Demonstration lautete: *Que los corruptos no decidan* – die Korrupten sollen nicht entscheiden. Die Studierenden forderten mit Nachdruck, dass die sozialen Bewegungen an der Ausarbeitung der Reformen beteiligt werden, und warfen der politischen Elite vor, nur die Interessen des Unternehmertums zu vertreten. Unterstützt wurden sie dabei nicht nur von den OberstufenschülerInnen und den ProfessorInnen, sondern auch von zahlreichen Umweltbewegungen und Gewerkschaften. Die Proteste wurden in den Wochen danach wieder häufiger, größer und radikaler. Bachelet reagierte auf den zunehmenden Druck aus der Zivilgesellschaft Mitte Mai mit einer großen Kabinettsumbildung, der unter anderem Innenminister Peñailillo zum Opfer fiel. Der umstrittene Bildungsminister Eyzaguirre blieb indes vorerst im Amt (Hörtner 2015).

Gleichzeitig sah sich die Regierung gezwungen, die Bildungsreform, die als ihr wichtigstes Projekt gilt, voranzutreiben. Dabei entschied sich Bachelet dafür, die Reform in viele verschiedene Projekte zu unterteilen. Dies stieß innerhalb der Studierendenbewegung, aber auch bei den der Bewegung nahestehenden ParlamentarierInnen, auf große Ablehnung. RD-

Gründer Giorgio Jackson meinte: „Die Regierung verfolgt keinen integralen Plan, in dem alle für die Bildung wichtigen Aspekte in Einklang gebracht werden, die einzelnen Themen werden stattdessen separat behandelt.“ (Jackson 2015) Der erste Schritt der *Nueva Mayoría* war das neue Lehrerdienstrecht – die *Carrera Docente*. Der Gesetzesvorschlag, an dem im Bildungsministerium auch Jacksons RD beteiligt war, beinhaltete keine der von der Studierendenbewegung und den LehrerInnen seit spätestens 2011 geforderten Veränderungen. An den prekären Beschäftigungsverhältnissen vieler ProfessorInnen wurde nichts geändert. Stattdessen sah der Entwurf ein umstrittenes Evaluierungssystem für die Lehrenden vor, von dem befürchtet wird, dass es die Kündigung von ProfessorInnen künftig erleichtern würde. Die im Vorfeld vom *Colegio de Profesores* eingebrachten Vorschläge wurden vom Ministerium ignoriert (Vázquez 2015). In der Folge traten die LehrerInnen in einen monatelangen landesweiten Streik. Die OberstufenschülerInnen und die CONFECH unterstützten die Lehrkräfte und organisierten zahlreiche Demonstrationen. Auch die ersten Vorschläge der Regierung im Hochschulbereich enttäuschten viele Hoffnungen innerhalb der Studierendenbewegung und in deren Umfeld. Ende Mai kündigte Bachelet an, dass höhere Bildung bereits ab 2016 kostenlos sein sollte, womit sie sich die Terminologie (*Gratuidad*) der Studierendenbewegung auf die eigenen Fahnen heftete. Was die Präsidentin unter kostenloser Hochschulbildung verstand, wich im Kern aber deutlich von den Forderungen der Studierenden ab. So sollten einerseits lediglich die Studierenden an den traditionellen Universitäten des CRUCH und an einigen *Centros de Formación Técnica* und *Institutos Profesionales* in die Neuregelung inkludiert werden. Andererseits sah der Plan vor, dass nur Studierende aus den ärmsten 60% der Bevölkerung kostenlosen Zugang genießen (EMOL 2015a). Die *Gratuidad* für das Jahr 2016 soll nach dem Plan der Regierung zudem über ein einfaches Budgetgesetz erreicht werden, ohne etwas an den Strukturen im Hochschulwesen zu ändern.

Je mehr enttäuschende oder unklare Vorschläge aus dem Bildungsministerium kamen, desto stärker forderte die Zivilgesellschaft Mitsprache bei den Reformen. Die Studierendenproteste nahmen wieder zu, die LehrerInnen streikten weiter und viele Universitäten und Schulen wurden zweitweise besetzt. Die CONFECH arbeitete ein ausführliches Dokument mit konkreten Vorschlägen für eine umfassende Bildungsreform aus und forderte, auf Basis dieses Textes in die Ausgestaltung der Reform miteinbezogen zu werden (CONFECH 2015). Aufgrund des wachsenden Drucks von der Straße ersetzte Bachelet Ende Juni Bildungsminister Eyzaguirre, mit dem die Studierendenbewegung nicht mehr verhandeln wollte, durch Adriana Delpiano. Doch auch die neue Ministerin konnte die angespannte

Situation nicht beruhigen. Sie hielt an der *Carrera Docente* fest, obwohl inzwischen auch Jackson und Vallejo eine Abänderung des Gesetzes forderten (Schaub 2015). Auch in Bezug auf die kostenlose Hochschulbildung änderte die Regierung ihre Vorgehensweise nicht. Zwar wurden die Prozentsätze der berechtigten Studierenden und die teilnehmenden Institute mehrmals geändert, die Verankerung von öffentlicher Bildung als soziales Grundrecht, wie sie die Studierendenbewegung seit Jahren gefordert hatte, wurde aber weiterhin nicht angestrebt. Der Plan der Regierung sah zwar die Aufstockung der staatlichen Mittel im universitären Bereich vor, von der geforderten Stärkung staatlicher gegenüber privater Bildungseinrichtung ist er aber weit entfernt. Zu einem effektiven Verbot des Gewinnstrebens im Hochschulbereich fehlten weiterhin konkrete Vorschläge der Regierung. Die CONFECH kritisierte zudem die fehlende Strategie bezüglich der Stärkung und der qualitativen Verbesserung des öffentlichen Hochschulwesens (Fernandez/Saavedra 2015). Der Vorschlag der Regierung, kostenlose Hochschulbildung zu ermöglichen, wurde als verdeckte Finanzierung über Stipendien bzw. Vouchers betrachtet, was stark an die von Subventionierung der Nachfrage geprägte Bildungspolitik der *Concertación* erinnerte und daher auf große Ablehnung unter den Studierenden stieß (Publimento 2015). Auch die ehemaligen CONFECH-Führungspersonen, die inzwischen im Parlament saßen, machten Druck auf die Regierung, ihr Wahlkampfversprechen einer tiefgreifenden Reform einzuhalten. Mit dieser Forderung standen sie aber sowohl in der Regierung als auch in der Opposition einer klaren konservativen Mehrheit gegenüber. Der Kern der *Nueva Mayoría* befürwortete die Fortsetzung einer Politik der kleinen Schritte ohne strukturelle Veränderungen. Dies lag auch daran, dass der in der Koalition dominante PDC sehr enge Verbindungen zur Kirche aufweist. Die katholische Kirche in Chile ist die wichtigste Anbieterin privater Bildungsdienstleistungen im Land und hat dadurch erhebliches Interesse am Fortbestand der marktorientierten Strukturen (Mayol 2014: 146ff). In diesem Kontext meinte Camila Vallejo in einem Interview mit der Tageszeitung *La Tercera*: „Es macht für die KommunistInnen keinen Sinn, in der Regierung zu sein, wenn diese sich nicht an ihr Programm hält“ (La Tercera 2015).

Die von der Studierendenbewegung geforderten Veränderungen stießen aber nicht nur innerhalb der neuen Regierung auf Widerstand. Der rechten Opposition und großen Teilen des Unternehmertums gingen bereits die von der *Nueva Mayoría* eingebrachten Vorschläge deutlich zu weit. Wieder wurden Argumente laut, die sich vehement gegen kostenlose Bildung richteten – meist mit Verweis auf die Freiheit der Lehre. Anfang Dezember 2015 klagten einige rechte Abgeordnete, darunter Jaime Bellolio von der UDI, vor dem

Verfassungsgerichtshof gegen den inzwischen vom Parlament abgeseigneten Budgetvorschlag der Regierung. Dieser sah vor, die kostenlose Hochschulbildung im Jahr 2016 deutlich auszuweiten. Inzwischen zielte er aber nur noch auf Gratisbildung der Studierenden aus den ärmsten 50% der Bevölkerung an bestimmten Hochschulen ab. Die rechten Abgeordneten erachteten es als verfassungswidrig, dass viele Institutionen nicht in den Plan inkludiert waren und daher auch kein Anrecht auf die zusätzlichen staatlichen Mittel haben würden. Die Exklusion aller gewinnstrebenden Hochschulen und vieler Privatuniversitäten, die bestimmte Qualitätsstandards nicht erfüllen, stellte für sie eine unrechtmäßige Diskriminierung dar (Radio Cooperativa 2015). Der Verfassungsgerichtshof entschied schließlich mit sechs zu vier Stimmen, dass die Finanzierung der kostenlosen Hochschulbildung für 2016 über ein Budgetgesetz nur dann rechtens sei, wenn auch die privaten Universitäten zusätzliche staatliche Subventionen erhalten, sofern sie die gleichen Standards erfüllen wie die inkludierten staatlichen Universitäten (Arias 2015a). In Reaktion auf das Urteil musste die Regierung den Privatuniversitäten, die nicht gewinnstrebend agieren und die bereits seit mindestens vier Jahren zugelassen sind, ebenfalls die Finanzierung der Studienplätze der Studierenden aus den ärmsten 50% der Bevölkerung garantieren. Gleichzeitig drohten drei Universitäten des CRUCH von der Liste zu fallen, weil sie erst seit drei Jahren bestanden. Die RektorInnen und Studierenden des CRUCH kritisierten die Modifikationen der Regierung, weil sie gegen eine Stärkung des öffentlichen Bildungswesens sprachen (Arias 2015b). Die CONFECH betonte zudem immer wieder, dass sich die Bildungsreform nicht allein über Budgetgesetze umsetzen lasse, und rief zu neuen Protesten auf (EMOL 2015b).

Anfang 2016 war die Bildungsreform der Regierung also noch weit davon entfernt, die Forderungen der Studierendenbewegung zu erfüllen. Auch wenn moderatere Kräfte innerhalb der Bewegung die Vorhaben der *Nueva Mayoría* zumindest als schüchterne Schritte in die richtige Richtung anerkannten, wurde deutlich, dass die seit 2011 geforderten grundlegenden Transformationen im Bildungsbereich unter den aktuellen politischen Kräfteverhältnissen nicht umsetzbar sind. Daran konnten auch die Kreation der *Nueva Mayoría* und die Tatsache, dass vier ehemalige CONFECH-VertreterInnen in den Kongress eingezogen waren, nichts ändern. Der Widerstand des konservativen Flügels innerhalb der Regierungskoalition und der rechten Opposition, die sich auf den Rückhalt des Verfassungsgerichtshofs verlassen konnte, erwies sich als übermächtig. Die Studierendenbewegung konnte also auch im Bildungssystem bislang keine politische Transformation herbeiführen, obwohl es ohne sie wohl zu gar keiner Reform gekommen wäre. Die angestoßenen Veränderungen des Alltagsverständes wurden von den politischen Institutionen noch nicht ausreichend aufgenommen. Hoffnung auf

zukünftige Fortschritte geben hingegen die Reform des binominalen Wahlsystems und die Ankündigung eines verfassungsgebenden Prozesses, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

5.3.3. Wahlrechtsreform und neue Verfassung – Entwicklung der Gegenhegemonie?

Bereits Ende April 2015 verabschiedete Bachelet eine Reform des Wahlsystems, womit sie auf eine zentrale Forderung der Studierendenbewegung reagierte. Ab den kommenden Parlamentswahlen werden 155 statt wie bisher 120 Sitze im Kongress vergeben. Statt 60 Wahlkreisen soll es in Zukunft nur noch 28 geben, in denen jeweils zwischen drei und acht Abgeordnete gewählt werden. Anders als bislang sinkt damit auch der für den Einzug in den Kongress nötige Stimmenanteil. In Wahlkreisen mit drei Parlamentssitzen soll er künftig etwa 25% betragen – bislang waren es in allen 60 Wahlkreisen ca. 30%. In Wahlkreisen mit acht Abgeordneten wird man in Zukunft bereits mit etwa 11% der Stimmen einen Sitz im Kongress gewinnen können. Die Reform könnte in Zukunft also dafür sorgen, dass deutlich mehr von den beiden großen Parteiblöcken unabhängige KandidatInnen den Sprung ins Parlament schaffen. Auch in der zweiten Parlamentskammer – dem Senat – gab es Veränderungen. Die Anzahl der SenatorInnen wird ab den nächsten Wahlen von 38 auf 50 aufgestockt. Wie im Kongress sollen künftig auch im Senat die peripheren Regionen durch die Neuordnung der Wahlkreise besser repräsentiert werden. Zudem sieht die Reform des Wahlsystems eine Frauenquote vor, der zufolge mindestens 40% der Kandidaten jeder Partei weiblich sein müssen (Gobierno de Chile 2015). Die Reform des restriktiven Wahlsystems lässt Hoffnungen auf größere politische Veränderungen in Zukunft aufkeimen. Dadurch, dass neue politische Kräfte, die die Wünsche und Forderungen der Zivilgesellschaft aufnehmen, einfacher ins Parlament einziehen können, wird es die Rechte immer schwerer haben, progressive Vorhaben durch ihre Vetomöglichkeit im Kongress zu stoppen. Ob die Studierendenbewegung bzw. andere soziale Bewegungen die teilweise Öffnung des politischen Systems bereits bei den Wahlen 2017 für sich nutzen können, hängt aber auch von den Entwicklungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft ab – und auch davon, ob die sozialen Bewegungen es schaffen, den WählerInnen attraktive Alternativen zum neoliberalen Status quo und zur traditionellen politischen Elite zu bieten.

In diesem Zusammenhang lassen die Erfolge der wenigen aus der Studierendenbewegung hervorgegangenen ParlamentarierInnen auf weitergehende progressive Veränderungen hoffen. Giorgio Jackson und Gabriel Boric schafften es auf Anhieb für Parteien in den Kongress, die

sich erst in Folge der Massenproteste von 2011 gebildet hatten. Im Parlament sind die neuen Kräfte – zu denen man gewissermaßen auch die beiden PC-Abgeordneten Vallejo und Cariola zählen kann – noch deutlich in der Minderheit gegenüber den Abgeordneten der großen Allianzen, weshalb sie auf die konkrete politische Gestaltung wie beschrieben bislang kaum Einfluss nehmen können. Vor allem Jackson und Boric genießen aufgrund ihrer konsequenten Haltung gegenüber der Regierung und der rechten Opposition dennoch sehr hohe Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerung. Laut einer Umfrage von *Cadem* waren Jackson und Boric im November 2015 die beliebtesten Politiker im Land. 60% der Befragten gaben an, ein positives Bild von Giorgio Jackson zu haben, Gabriel Boric kam auf 59% Zustimmung (El Dinamo 2015). Ihre jungen Parteien – *Revolución Democrática* und *Izquierda Autónoma* – befinden sich weiterhin im Aufbau. Der wachsende Rückhalt innerhalb der Zivilgesellschaft lässt jedenfalls gute Ergebnisse bei den kommenden Wahlen erwarten. Gleichzeitig gehört die IA innerhalb der CONFECH inzwischen zu den klar tonangebenden Gruppierungen, weshalb die Partei zudem einen wichtigen Brückenkopf zwischen den sozialen Bewegungen und der offiziellen Politik darstellen kann. Die Studierenden werden zwar nicht müde zu betonen, dass Boric und Co. in ihrer Rolle als Politiker inzwischen nicht mehr als Teil der Studierendenbewegung gelten, dennoch sieht ein Großteil ihre Anstrengungen im Kongress positiv. Immer wieder arbeiten die ehemaligen CONFECH-Führungspersonen im Kongress zusammen, etwa um sich für eine Deckelung der Abgeordnetengehälter oder gegen die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens TPP (*Trans-Pacific Partnership*) einzusetzen – mehr als symbolisch sind diese Kampagnen aufgrund des großen Widerstands der etablierten Parteien im Parlament aber bisher nicht. Dennoch zeigt etwa die Ablehnung des kurz vor der Ratifizierung stehenden TPP, dass langsam auch jene Kräfte in die politischen Institutionen drängen, welche die Grundfesten des chilenischen Modells in Frage stellen – in diesem konkreten Fall die passive Außenorientierung der Wirtschaft, die durch das Freihandelsabkommen wohl gefestigt wird. Zuletzt wird auch darüber spekuliert, ob RD, IA und andere progressive Gruppierungen – teilweise innerhalb der *Nueva Mayoría* – eine breitere linke Allianz für die Präsidentschaftswahl 2017 schmieden. Auch Marco Enríquez-Ominani, der bereits bei der Wahl 2009/10 im ersten Wahlgang über 20% der Stimmen erhielt und die Stichwahl als Dritter damit knapp verpasste, wird mit einer breiten linken Koalition in Verbindung gebracht. Derartige Überlegungen befinden sich aber noch in den Kinderschuhen (Qué Pasa 2016).

Die Hoffnungen auf radikale Veränderungen während der Regierung der *Nueva Mayoría* werden indes immer kleiner. Zwar kündigte Bachelet im Mai 2015 die Einleitung eines verfassungsgebenden Prozesses an, allerdings ließ sie anschließend lange offen, wie dieser Prozess aussehen soll. Im Oktober 2015 begann die Präsidentin, ihren Plan allmählich zu konkretisieren. Zunächst sollen im ganzen Land Versammlungen stattfinden, bei denen BürgerInnen ihre Reformvorschläge einbringen können. 2017 will die Regierung anhand dieser Vorschläge dann den ersten Verfassungsentwurf dem Kongress vorlegen. Letztlich soll das Parlament entscheiden, wie das Projekt diskutiert und schließlich verabschiedet wird. Die von Teilen der Studierendenbewegung und breiten Bevölkerungsschichten geforderte Einberufung einer demokratisch gewählten verfassungsgebenden Versammlung ist hier nur eine von mehreren Möglichkeiten (Skambraks 2015). Es ist zu befürchten, dass im Endeffekt die traditionellen Parteien sehr großen Einfluss auf die Ausarbeitung der neuen Konstitution nehmen und somit tiefgreifende Veränderungen verhindern könnten. Diese Gefahr besteht auch, wenn es tatsächlich zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung kommen sollte. Aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse innerhalb der chilenischen Gesellschaft, könnten auch in einer demokratisch gewählten Versammlung letztlich die neoliberalen Akteure die Oberhand behalten. Dies liegt vor allem am weiterhin sehr geringen Organisationsgrad der Zivilgesellschaft. Die beschriebene Atomisierung der sozialen Akteure im Land erschwert den Aufbau einer schlagkräftigen progressiven Allianz, die Einfluss auf den Verfassungsprozess nehmen könnte. Dieses Problem haben auch die Studierenden erkannt, weshalb sie die verfassungsgebende Versammlung immer weniger als Selbstzweck betrachten. Sie sei vielmehr ein Instrument, das nur dann sinnvoll genutzt werden könne, wenn sich die Kräfteverhältnisse in der Zivilgesellschaft zuvor zugunsten progressiver Transformationen verbessern würden. Aus diesem Grund ist ein enorm wichtiger Teil der Strategie der Studierendenbewegung, der Aufbau breiterer zivilgesellschaftlicher Allianzen. So werden etwa die Beziehungen zu diversen Gewerkschaften, Umweltorganisationen und zahlreichen anderen sozialen Bewegungen aktiv gestärkt (Castro 2015, Jackson 2015, Saavedra 2015). Trotz der beachtlichen Erfolge der Studierendenbewegung auf der Ebene der Zivilgesellschaft ist anzumerken, dass der kulturelle Wandel im Alltagsverstand der ChilenInnen sehr langsam von statten geht. Die politische Landschaft ist indes noch immer weit davon entfernt, die Veränderungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft in ein neues politisches Projekt aufzunehmen (Rojas Hernández 2012: 74).

Die Studierendenbewegung wird sich auch in Zukunft aktiv am Aufbau einer gegenhegemonialen Kraft in der chilenischen Gesellschaft und damit direkt und indirekt am

Prozess der politischen Erneuerung beteiligen. Die schwelenden Krisentendenzen des chilenischen Modells könnten diesen zivilgesellschaftlichen Prozess beschleunigen. So setzt etwa der Verfall der Kupferpreise das vorherrschende Entwicklungsmodell zunehmend unter Druck. Zwischen Anfang 2011 und Ende 2015 fiel der Weltmarktpreis für ein Pfund Kupfer von fast 4,5 US-Dollar auf weniger als 2 US-Dollar (NASDAQ 2016). In diesem Kontext stürzte das Wirtschaftswachstum von 5,8% im Jahr 2011 auf 1,9% im Jahr 2014 ab (World Bank 2016). Es kam aber nicht zum offenen Ausbruch der Krise, weshalb das chilenische Wirtschaftsmodell weiterhin als relativ stabil betrachtet werden kann. Dass die Probleme im Kupfersektor nicht zu einer radikaleren Infragestellung des vorherrschenden Modells führten, liegt auch daran, dass in dieser Branche die Gewerkschaften vergleichsweise stark und die Arbeitsbedingungen relativ gut sind. Die Studierendenbewegung ist seit Jahren bemüht, die Zusammenarbeit mit den ArbeiterInnen im Kupfersektor zu stärken. Die dominanten Kräfte innerhalb der Bewegung sind davon überzeugt, dass eine tiefgreifende Transformation der vorherrschenden Ordnung nur in Verbindung mit den produktiven Kräften im Land gelingen kann – insbesondere jenen, die für die chilenische Wirtschaft essenziell sind. Bislang konnten die Studierenden die Zusammenarbeit mit den Kupfergewerkschaften aber nicht im gleichen Ausmaß intensivieren wie mit schlechter gestellten Gewerkschaften – etwa denen der HafendarbeiterInnen. Wenn die Kooperation mit den KupferarbeiterInnen gestärkt wird und die Weltmarktpreise niedrig bleiben, könnte dies dennoch in naher Zukunft zu einer deutlichen Stärkung der gegenhegemonialen Kräfte in der Gesellschaft beitragen. Sollte der Kupferpreisverfall anhalten und die ganze Wirtschaft in eine offene Krise stürzen, ist zudem damit zu rechnen, dass sich immer weitere Teile der Bevölkerung von der traditionellen Politik und dem von ihr verwalteten Modell abwenden und basisdemokratische Lösungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene suchen. Der Weg zu einer endgültigen Abkehr vom neoliberalen Modell ist aber noch sehr weit, zumal sich auch der Kupferpreis ab Jänner 2016 wieder stabilisierte (NASDAQ 2016).

6. Conclusio

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, zu analysieren, inwiefern die aktuelle Studierendenbewegung zu einer Abkehr vom neoliberalen Modell in Chile beitragen kann. Die von den Studierenden getragenen Massenproteste aus dem Jahr 2011 stellen einen Wendepunkt in der chilenischen Geschichte dar. Erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 wandte sich die Zivilgesellschaft offen gegen die von der Diktatur geerbte Ordnung. Dass die größten Proteste der letzten 25 Jahre ausgerechnet im Bildungsbereich ausbrachen, ist kaum verwunderlich, da sich die Schwachstellen des marktorientierten Systems hier seit Jahrzehnten besonders deutlich manifestiert hatten. Ausgehend von der Kritik am privatisierten und segregierten Bildungssystem, das die soziale Ungleichheit im Land verfestigt, attackierte die Studierendenbewegung bald die Grundfesten des gesamten neoliberalen Modells. Insbesondere die seit der Diktatur vorangetriebene und 1980 unter Pinochet in die Verfassung integrierte Marktorientierung der Wirtschaftspolitik wurde immer stärker hinterfragt. Das Gewinnstreben privater Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen anbieten, wurde zunehmend negativ betrachtet. Die Studierenden forderten ein Ende der subsidiären Rolle des Staates: Statt nur die größten Verfehlungen des Marktes durch gezielte Sozialleistungen auszubügeln, sollte der Staat ihrer Ansicht nach allen BürgerInnen künftig bestimmte Grundrechte direkt garantieren – also neben Bildung unter anderem auch Gesundheitsversorgung und eine würdige Pension. In regulationstheoretischer Sprache macht sich die Studierendenbewegung also für eine deutliche Aufwertung der Staatsförmigkeit und für ein Zurückdrängen der seit über 40 Jahren dominanten Marktförmigkeit der Regulation stark. Damit wendet sie sich direkt gegen eines der Hauptmerkmale des von der Diktatur geerbten neoliberalen Modells.

Die Forderungen der Studierenden fanden großen Anklang innerhalb der chilenischen Bevölkerung – im August 2011 wurden sie bereits von 89% der ChilenInnen unterstützt (Oyarzún Serrano 2012: 229). Immer mehr Menschen schlossen sich den Demonstrationen an und forderten politische Veränderungen. Die Studierendenbewegung schaffte es unterdessen, die Zusammenarbeit mit breiten Sektoren der organisierten Zivilgesellschaft zu intensivieren. Obwohl dieses Unterfangen aufgrund der starken Zersplitterung der sozialen Akteure im Land kein leichtes war, konnten seither einige Erfolge verzeichnet werden: Vor allem die Kooperation mit den OberstufenschülerInnen, den Lehrkräften, den ArbeiterInnen an Bildungseinrichtungen und den ElternvertreterInnen konnte seit 2011 deutlich gestärkt werden. Auch zwischen der Studierendenbewegung auf der einen Seite und bestimmten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, feministischen Bewegungen und anderen sozialen

Akteuren auf der anderen Seite kam es zu einer Annäherung. Die Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft, die sich für ein Ende des vorherrschenden Modells einsetzten, wurden immer stärker, organisierten sich immer besser und bekamen neuen Zulauf. Die Studierendenbewegung spielte bei diesem langsam einsetzenden Aufbau einer gegenhegemonialen Kraft innerhalb der chilenischen Gesellschaft eine entscheidende Rolle: Sie organisierte die größten Proteste, stärkte die Vernetzung mit anderen Akteuren und diente letztlich auch als ermutigendes Beispiel für andere soziale Bewegungen, die sich für tiefgreifende Transformationen einsetzten. Die Führungspersonen der Studierendenbewegung können daher mit den Worten Antonio Gramscis als organische Intellektuelle bezeichnet werden: Sie konstruieren ein gegenhegemoniales Projekt von unten und werben um Unterstützung innerhalb der Zivilgesellschaft.

Während die Anliegen der Studierendenbewegung immer populärer und ihre Protestaktionen immer potenter wurden, fand das traditionelle politische System im Land keine adäquaten Antworten auf die Proteste. Die rechte *Alianza*-Regierung von Sebastián Piñera zeigte sich kompromisslos, kriminalisierte die Bewegung, diffamierte ihre Forderungen und hielt an den marktorientierten Strukturen fest. Die *Concertación* – die Mitte-Links-Koalition, die Chile seit dem Ende der Diktatur 1990 bis 2010 regiert hatte – schaffte es unterdessen nicht, die Krise der Regierung Piñera für sich zu nutzen. Das intern sehr vielfältige Parteienbündnis war nicht in der Lage, kohärent mit der Studierendenbewegung und ihren Forderungen umzugehen. Dies lag auch daran, dass sich die Proteste der Studierenden nicht nur gegen die damals amtierende Regierung richteten, sondern allgemein gegen die neoliberale Ordnung, die vom traditionellen Mitte-Links-Bündnis in den 20 Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie stabilisiert worden war. Die *Concertación* konnte deshalb nicht bloß auf die geringe Popularität der *Alianza* bauen, um die Macht zurückzuerobern, weil sie selbst einen Großteil ihrer Legitimität in den Jahren zuvor eingebüßt hatte. Diese Erschöpfung der politischen Ordnung der Übergangsphase zwang die Parteien der *Concertación* zu Veränderungen. Der Einfluss der Studierendenbewegung spielte eine wichtige Rolle in diesem Prozess.

Vor der Parlaments- und Präsidentschaftswahl 2013 reagierten die Parteien der *Concertación* auf die beschriebene Krise: Sie einigten sich auf die weiterhin sehr populäre Ex-Präsidentin Michelle Bachelet als Präsidentschaftskandidatin. Außerdem wurde das Bündnis um den weiter links einzuordnenden PC und einige kleine Linksparteien erweitert, wodurch die *Nueva Mayoría* entstand. Durch die Aufnahme des PC sollte das neue Bündnis näher an die

Zivilgesellschaft heranrücken. Wichtig in diesem Zusammenhang war, dass mit der PC-Politikerin Camila Vallejo eine der populärsten Führungspersonen der Studierendenbewegung direkt an die neue Koalition gebunden werden konnte. Der Wahlkampf der *Nueva Mayoría* orientierte sich in der Folge stark an den Forderungen der Studierendenbewegung. Eine umfassende Bildungsreform wurde zum wichtigsten Wahlkampfthema. Zudem versprachen Bachelet und die *Nueva Mayoría* eine progressive Steuerreform und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, womit zwei weitere zentrale Forderungen der Studierendenbewegung aufgenommen wurden. Letztendlich wurde Bachelet im zweiten Wahlgang mit über 62% der Stimmen zur neuen Präsidentin gewählt. Mit Camila Vallejo, Karol Cariola (beide PC), Giorgio Jackson (RD) und Gabriel Boric (IA) schafften es zudem vier ehemalige Führungspersonen der Studierendenbewegung in den Kongress. Die von der Protestwelle 2011 angestoßenen Veränderungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft führten also auch zu einer Umgestaltung der politischen Landschaft. Es sollte sich aber bald zeigen, dass die traditionelle Elite weiterhin eine dominante Rolle spielt und eine radikale Transformation des vorherrschenden Modells behindert.

Gleich zu Beginn der Amtszeit der neuen Regierung, distanzierte sich mit dem PDC die größte Partei der Koalition deutlich von den im Wahlkampf versprochenen strukturellen Veränderungen. Auch in den anderen ehemaligen Parteien der *Concertación* übernahmen bald die konservativen Kräfte die Vorherrschaft. Der PC, der aufgrund seiner progressiven Diskurse vor der Wahl sehr präsent gewesen war, wurde in dieser Phase schnell an den Rand der Regierungskoalition gedrängt und konnte entsprechend nur noch geringen Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen. Bald setzte die *Nueva Mayoría* wieder auf die von der *Concertación* geprägte Konsenspolitik der Übergangsphase zur Demokratie – also auf Verhandlungen mit der rechten Opposition und dem mächtigen Unternehmertum. Diese Vorgehensweise manifestierte sich während der Ausarbeitung der Steuerreform besonders deutlich. Die Reform sollte ursprünglich einerseits direkt zur Verringerung der hohen sozialen Ungleichheit im Land beitragen, andererseits sollte sie die für die restlichen Projekte der Regierung notwendigen Staatseinnahmen bringen. Trotz dieses progressiven Anspruchs, wurde die von der Studierendenbewegung geforderte höhere Besteuerung des mächtigen Kupfersektors von Anfang an nicht angedacht.

Andere progressive Elemente, wurden im Verlauf der Verhandlungen mit der Rechten deutlich entschärft. So einigte man sich zwar auf die schrittweise Abschaffung des Steuervermeidungsinstruments FUT, gleichzeitig wurden aber zahlreiche Mechanismen

geschaffen, die es wohlhabenden Unternehmen auch in Zukunft ermöglichen werden, ihre Steuerlast legal zu verringern. Die geringe Erhöhung der offiziellen Unternehmenssteuern von 20% auf 25% stellt in diesem Kontext keine tiefgreifende Veränderung des Steuersystems in Chile dar. Dies liegt auch daran, dass UnternehmerInnen weiterhin von der weltweit einzigartigen integrierten Besteuerung profitieren. Während die Reichen also vergleichsweise geringe Steuern zahlen werden, muss weiterhin die breite Masse über Konsumsteuern den Großteil der Steuerlast tragen. Die Steuerreform stellt demnach keinen markanten Kurswechsel in der chilenischen Wirtschaftspolitik dar. Die geringe Besteuerung des Exportsektors wird wohl auch in Zukunft zu einer Verfestigung der passiven Außenorientierung der Volkswirtschaft beitragen. Auch die jüngst erfolgte Unterzeichnung des Freihandelsabkommens TTP deutet in diese Richtung. Es ist dementsprechend auch unter der *Nueva Mayoría* keine Abkehr von der liberalen Außenhandelspolitik und vom Fokus auf den Export von Primärgütern zu erwarten. Diese beiden Aspekte zählen seit den 1970er-Jahren zu den Hauptmerkmalen des neoliberalen Modells in Chile.

Auch die Arbeitsmarktreform der neuen Regierung wird wohl keine signifikanten Veränderungen in Bezug auf ein Ende der neoliberalen Ordnung bringen. Das Reformvorhaben beinhaltet weder ein Zurückdrängen flexibler und prekärer Beschäftigungsverhältnisse noch eine tatsächliche Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Verhandlungsposition. Damit ändert der Plan der Regierung nichts an den neoliberalen Strukturen am chilenischen Arbeitsmarkt. Das Konkurrenzverhältnis bleibt von der Marktförmigkeit der Regulation dominiert, weshalb auch die Akkumulationsmuster in näherer Zukunft dominant extensiv bleiben werden. Obwohl die Studierendenbewegung in den letzten Jahren eine Umgestaltung der politischen Landschaft in Chile erzwungen hatte, bleibt also festzuhalten, dass sich diese Veränderungen noch nicht in konkreten politischen Maßnahmen niederschlagen, die auf eine zielstrebige Abkehr vom neoliberalen Modell hindeuten.

Auch die von der Regierung versprochene Bildungsreform wird wohl hinter den hohen Erwartungen der Zivilgesellschaft zurückbleiben. Obwohl die Reform zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeit noch nicht gänzlich konkretisiert war, hatte sich bereits im zweiten Halbjahr 2015 abgezeichnet, dass sich die geplanten Veränderungen innerhalb der engen Grenzen der neoliberalen Ordnung im Land bewegen werden. Die Regierung hatte sich zwar den Diskurs der Studierendenbewegung angeeignet und sprach entsprechend beispielsweise von kostenloser Hochschulbildung und von einem Ende des Gewinnstrebens an Bildungseinrichtungen, in der politischen Praxis erinnert die *Nueva Mayoría* aber weiterhin

stark an die *Concertación*. Die Ausweitung der kostenlosen Hochschulbildung soll hauptsächlich durch die Subventionierung der Nachfrage erfolgen. Gleichzeitig fehlen kohärente Konzepte für eine wirksame Stärkung des staatlichen Bildungswesens und für ein effektives Verbot des Gewinnstrebens. Die geplanten Maßnahmen werden letztendlich wohl Verbesserungen der prekären Situation vieler Studierenden bringen, eine radikale Abkehr vom marktorientierten Bildungssystem stellen sie aber nicht dar. Die Gründe für diese Politik der kleinen Schritte liegen einerseits innerhalb der *Nueva Mayoría*, wo die konservativen Kräfte weiterhin den Führungsanspruch stellen. Andererseits behindert auch der Widerstand der rechten Opposition und der wirtschaftlichen Elite die von der Studierendenbewegung geforderten tiefgreifenden Reformen. Dies wurde im Dezember 2015 besonders deutlich, als einige rechte Abgeordnete den Plan der Regierung, die kostenlose Hochschulbildung im Jahr 2016 deutlich auszuweiten, vom Verfassungsgerichtshof kippen ließen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Arbeit war also weder in der Bildungspolitik noch in anderen Bereichen der chilenischen Wirtschaftspolitik eine deutliche Abkehr vom neoliberalen Modell zu beobachten. Obwohl die politische Ordnung der Übergangsphase zur Demokratie in eine tiefe Krise gestürzt war, konnten die neoliberalen Kräfte ihre dominante Stellung im politischen System behaupten und tiefgreifende Transformationen bislang verhindern. Es wäre dennoch grundlegend falsch, der Studierendenbewegung ein hohes Transformationspotenzial abzuspochen. Zwar konnten die Studierenden bislang kaum konkrete politische Erfolge verzeichnen, auf der Ebene der Zivilgesellschaft haben sie aber enorme Veränderungen angestoßen, die in Zukunft erheblichen Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes haben könnten.

Die Studierendenbewegung hat ab 2011 eine starke Politisierung der zuvor lange Zeit inaktiven Zivilgesellschaft herbeigeführt. In diesem Kontext gelang es der Bewegung, ehemalige Tabuthemen in der öffentlichen Debatte zu verankern. Die von den Studierenden geäußerte und von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützte Ablehnung der enormen Marktorientierung des dominanten Entwicklungsmodells wäre vor dem Ausbruch der Protestwelle 2011 undenkbar gewesen. Durch ihre Diskurse schaffte es die Studierendenbewegung, den Alltagsverstand innerhalb der chilenischen Bevölkerung zu verändern: Der blinde Glaube an die Effizienz freier Märkte geriet zunehmend ins Wanken, die wirtschaftliche Elite und die mit ihr verbundenen traditionellen Parteien wurden immer heftiger kritisiert. Zudem setzte die Studierendenbewegung der starken Individualisierung innerhalb der chilenischen Bevölkerung ein konträres Konzept entgegen, das auf Solidarität

und kollektiven Handlungen beruht. Dieses Konzept wurde seit 2011 immer populärer, was sich nicht nur an den großen und gut organisierten Protestaktionen zeigte. Die sozialen Akteure im Land begannen, ihre Organisationsstrukturen zu stärken und die Bildung von Allianzen innerhalb der Zivilgesellschaft zu intensivieren. In diesem Prozess, der als Aufbau einer gegenhegemonialen Kraft betrachtet werden kann, spielt die Studierendenbewegung bis heute eine sehr wichtige Rolle.

Während die konkreten Erfolge auf der politischen Ebene noch auf sich warten lassen, geht der Aufbau der Gegenhegemonie an der Basis unvermindert weiter. Die Studierenden sind weiterhin bemüht die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren zu stärken. Dadurch wollen sie in Zukunft Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes nehmen. Die Zivilgesellschaft ist heute deutlich aufmerksamer und aktiver als noch vor einigen Jahren. Für die traditionellen Parteien wird es daher immer schwieriger, Politik gegen die Interessen der Mehrheitsbevölkerung durchzusetzen. Diese Dynamik zeigte sich zum Beispiel 2015 während des monatelangen Streiks der LehrerInnen gegen das von der Regierung verabschiedete neue Dienstrecht (*Carrera Docente*). Immer mehr Sektoren der Zivilgesellschaft fordern progressive Veränderungen und wollen an der politischen Ausarbeitung dieser Veränderungen beteiligt werden. Das restriktive demokratische System in Chile räumt den sozialen Bewegungen allerdings kaum offizielle Möglichkeiten der Mitgestaltung ein. Bislang kann die Zivilgesellschaft daher weiterhin fast ausschließlich durch große Protestaktionen versuchen, die politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Die Studierendenbewegung versucht deshalb weiterhin die gegenhegemonialen Kräfte innerhalb der Bevölkerung zu stärken. Dadurch soll das Gegenmodell zum neoliberalen Status quo konkretisiert und seine Popularität gesteigert werden. Außerdem sollen neue politische Organisationen aufgebaut werden, um das entstehende gegenhegemoniale Projekt künftig auch in den politischen Institutionen zu verankern.

In diesem Zusammenhang sind die Erfolge von Giorgio Jackson und Gabriel Boric zu erwähnen. Die beiden ehemaligen Führungspersonen der CONFECH zogen mit ihren erst im Zuge der Protestwelle von 2011 gegründeten Parteien direkt in den Kongress ein und setzen sich dort seither für eine Abkehr vom neoliberalen Modell ein. Obwohl Jackson und Boric aus ihrer oppositionellen Position heraus kaum Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen können, zählen sie heute zu den populärsten Politikern im Land. Die von Bachelet durchgeführte Wahlrechtsreform könnte dafür sorgen, dass bei den kommenden Wahlen deutlich mehr von den traditionellen Parteiblöcken unabhängige PolitikerInnen den Weg ins

Parlament finden. Dadurch könnten sich die beschriebenen Veränderungen des dominanten Alltagsverständs mittelfristig auch auf der politischen Ebene widerspiegeln und dort die von der Studierendenbewegung geforderte Transformation einleiten. Auch innerhalb des von Bachelet angekündigten verfassungsgebenden Prozesses will die Zivilgesellschaft mitgestalten. Es bleibt aber zu befürchten, dass die neue Konstitution letztlich vor allem von den konservativen Kräften im Land diktiert wird, da diese weiterhin besser organisiert sind als die gegenhegemonialen Kräfte und dadurch privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen genießen.

Der Erfolg der Studierendenbewegung hängt deshalb stark von der Entwicklung innerhalb der Zivilgesellschaft ab. Wenn es gelingt, eine breite gegenhegemoniale Allianz aufzubauen und die Organisationsstrukturen zu stärken, könnten die sozialen Bewegungen mittelfristig erheblichen Einfluss auf die politische Entwicklung in Chile nehmen. Sollte das gegenwärtige Modell – etwa durch einen weiteren Verfall des Kupferpreises – in eine offene Krise geraten, würde das die gegenhegemoniale Strömung wohl zusätzlich stärken. Die im Falle einer Krise wachsende materielle Unzufriedenheit der Bevölkerung muss dann aber erst von den sozialen Bewegungen und neuen politischen Organisationen kanalisiert werden. Schließlich bleibt festzuhalten, dass selbst die Machtübernahme durch eine progressive Regierung keine Garantie für die Abkehr vom neoliberalen Modell in Chile darstellen würde. Einerseits ist mit großem Widerstand der traditionellen Elite im Land zu rechnen. Andererseits ist der Handlungsspielraum jeder Regierung aufgrund der von Abhängigkeit geprägten Einbindung des Landes in den Weltmarkt stark beschränkt. Es müssten also auch auf globaler Ebene jene gegenhegemonialen Kräfte gestärkt werden, die sich für ein Ende der neoliberalen Ordnung einsetzen.

Abkürzungsverzeichnis

ACES	Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios / Koordinierende Versammlung der OberstufenschülerInnen
AD	Alianza Democrática / Demokratisch Allianz
AFP	Administradoras de Fondos de Pensiones / Private Pensionsversicherungsfonds
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAE	Crédito con Aval del Estado / Staatlich gebürgter Studierendenkredit
CEP	Centro de Estudios Públicos / Zentrum für öffentliche Studien
CNA	Centro Nacional de Acreditación / Nationale Zulassungszentrum für Hochschulen
CODELCO	Corporación Nacional del Cobre / Staatliches Kupferunternehmen
CONES	Coordinadora Nacional de Estudiantes Secundarios / Nationale Vereinigung der OberstufenschülerInnen
CONFECH	Conferderación de Estudiantes de Chile / Chilenischer Studierendendachverband
CORPADE	Coordinadora de Padres y Apoderados por el Derecho a la Educación / Vereinigung der Eltern und Erziehungsberechtigten für das Recht auf Bildung
CRUCH	Consejo de Rectores de las Universidades Chilenas / Beirat der Rektoren der chilenischen Universitäten
CUT	Central Unitaria de Trabajadores / Zentrum der vereinigten ArbeiterInnen (größte Gewerkschaft des Landes)
ENAP	Empresa Nacional del Petróleo / Staatliches Mineralölunternehmen
FECH	Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile / Studierendenvereinigung der Universidad de Chile
FEL	Frente de Estudiantes Libertarios / Front Libertärer Studierender
FEUC	Federación de Estudiantes de la Univerisdad Católica de Chile / Studierendenvereinigung der Universidad Católica de Chile
FEUSACH	Federación de Estudiantes de la Universidad de Santiago de Chile / Studierendenvereinigung der Universidad de Santiago de Chile
FONASA	Fondo Nacional de Salud / Staatliche Gesundheitsversicherung
FUR	Fuerza Universitaria Rebelde / Rebellische Universitäre Kraft

FUT	Fondo de Utilidades Tributarias / Fond für nicht-versteuerte Unternehmensgewinne
IA	Izquierda Autonoma / Autonome Linke (Partei)
IC	Izquierda Ciudadana / Bürgerliche Linke (Partei)
ISAPRE	Instituciones de Salud Previsional / Private Gesundheitsversicherungen
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JJCC	Juventudes Comunistas / Jugendorganisation der Kommunistischen Partei
JUNAEB	Junta Nacional de Auxilio Escolar y Becas / Nationaler Rat für schulischen Beistand und Stipendien
LGE	Ley General de Educación / Aktuelles Bildungsgesetz
LOCE	Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza / Bildungsgesetz der Diktatur
NAU	Nueva Acción Universitaria / Neue Universitäre Aktion
MAS-R	Movimiento Amplio Social – Región / Breite Soziale Bewegung – Region (Partei)
MIDEPLAN	Ministerio de Planificación y Cooperación / Staatliches Planungsministerium (ehemals ODEPLAN)
ODEPLAN	Oficina de Planificación Nacional / Staatliche Planungsbehörde (heute MIDEPLAN)
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PC	Partido Comunista / Kommunistische Partei
PDC	Partido Demócrata Cristiano / Christdemokratische Partei
PISA	Programme for International Student Assessment / Programm zur internationalen Bewertung von SchülerInnen
PPD	Partido por la Democracia / Partei für die Demokratie
PRSD	Partido Radical Socialdemócrata / Radikale Sozialdemokratische Partei
PS	Partido Socialista / Sozialistische Partei
PSU	Prueba de Selección Universitaria / Nationale Prüfung zur Universitätsauswahl
RD	Revolución Democrática / Demokratische Revolution (Partei)
RN	Renovación Nacional / Nationale Erneuerung (Partei)

SIMCE	Sistema de Medición de la Calidad de la Educación / System der Qualitätskontrolle im Bildungsbereich
TPP	Trans-Pacific Partnership / Transpazifische Partnerschaft
UDI	Unión Demócrata Independiente / Unabhängige Demokratische Union (Partei)
UNE	Unión Nacional Estudiantil / Nationale Studierendenunion
UP	Unidad Popular / Volkseinheit

Literaturverzeichnis

Andino, Rubén (2014): La rebelión estudiantil en Chile. Una generación con voz propia. Mexiko City (u.a.): Ocean Sur.

Atria, Fernando (2012): La mala educación. Ideas que inspiran al movimiento estudiantil en Chile. Santiago de Chile: Catalonia/CIPER.

Atria, Fernando/Benavente, José Miguel/Couso, Javier/Joignant, Alfredo/Larraín Guillermo (2014): El otro modelo. Del orden neoliberal al régimen de lo público. 4. Auflage. Santiago de Chile: Debate.

Azócar, Carla/Mayol, Alberto (2013): Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile. Hamburg: LAIKA.

Barfuss, Thomas/Jehle, Peter (2014): Antonio Gramsci. Zur Einführung. Hamburg: Junius.

Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.

Becker, Joachim (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen. In: Atzmüller, Roland (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 24-56.

Caviedes, Sebastián (2015): La verdadera influencia empresarial del grupo Luksic. Cuando un crédito por \$6.500 millones poco importa. In: Cuadernos de coyuntura, Jahrgang 3, Nr. 7. Santiago de Chile: Fundación Nodo XXI, 37-50.

Coremberg, Ariel (2012): La productividad de América Latina ante el auge de precios de productos básicos. In: Cuadernos Económicos de ICE, Nr. 84, 123-153.

Donoso, Sofia (2013): Dynamics of Change: Explaining the Emergence of the 2006 Pinguino Movement. In: Journal of Latin American Studies, 45.

Online: <http://dx.doi.org/10.1017/S0022216X12001228> [Zugriff: 6.1.2016]

Echeverría Bambach, Francisca (2014): Endeudamiento y pobreza en Chile. In: ideapaís, Informe Social, Nr. 1.

Figueroa, Francisco (2012): Llegamos para quedarnos. Crónicas de la revuelta estudiantil. Santiago de Chile: LOM.

Friedman, Jorge (et al) (2012): Chapter 4. Openness, Wage Gaps and Unions in Chile: A Micro-Econometric Analysis. In: OECD/Lippoldt, Douglas (Hg.): Policy Priorities for International Trade and Jobs, 145-174.

García Hurtado, Álvaro (2006): Development in Chile 1990-2005: Lessons from a positive experience. In: UNU-WIDER, Research Paper Nr. 13.

Garretón, Manuel Antonio (2012): Neoliberalismo corregido y progresismo limitado: los gobiernos de la Concertación en Chile 1990-2010. Buenos Aires: CLACSO.

Gramsci, Antonio (1929-35): Gefängnishefte.

Hörtner, Werner (2015): Chile in Bewegung. In: Lateinamerika anders, Vol. 40, Nr. 3, 27-28.

Jäger, Johannes (1999): Pionier der Globalisierung: Chile. In: SRE – Discussion Papers 67. Institut für Wirtschaftsgeographie, Abt. Stadt- und Regionalentwicklung, WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.
Online: <http://epub.wu.ac.at/490/1/document.pdf> [Zugriff: 7.10.2015].

Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2013): Rohstoffe und Entwicklungsstrategien in Lateinamerika. In: Nölke, Andreas/May, Christian/Claar, Simone (Hg.): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS, 163-179.

Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2013): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 2. Auflage. Wien: Mandelbaum.

Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Schmidt, Lukas (2014): Alles Extraktivismus in Südamerika? Rohstoffrenten und Politik in Brasilien, Chile und Venezuela. In: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 30, Nr. 3, 9-26.

Jessop, Bob (2001): Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation. Zu den Grundlagen der Regulationstheorie. In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hg.): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg: VSA, 16-40.

Larrañaga, Osvaldo (2009): Inequality, Poverty and Social Policy: Recent Trends in Chile. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 85.
Online: <http://dx.doi.org/10.1787/224516554144> [Zugriff: 28.10.2015]

López, Ramón/Figueroa, Eugenio (2011): Fiscal Policy in Chile: Hindering Sustainable Development by Favoring Myopic Growth. In: Facultad Economía y Negocios, Universidad de Chile, Serie Documentos de Trabajo (SDT) 346.

Online:

<http://www.econ.uchile.cl/uploads/publicacion/94fa87f35e9c5530c602dd90349ca4db6c715ee0.pdf> [Zugriff: 13.10.2015].

Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. In: OneWorld Perspectives, Working Papers, Nr. 2/2012.

Mayol, Alberto (2014): La Nueva Mayoría y el fantasma de la Concertación. Cambios estructurales o la medida de lo posible? Santiago de Chile: CEIBO.

Oyarzún Serrano, Lorena (2012): Desarrollo es acceso a la educación: las movilizaciones estudiantiles en Chile. In: Anuario CEIPAZ, Nr. 5, 2012/13, 221-234.

Rojas Hernández, Jorge (2012): Sociedad bloqueada. Movimiento estudiantil, desigualdad y despertar de la sociedad chilena. Santiago de Chile: RIL editores.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2010): Rechtsruck in Chile: Beginn einer neuen politischen Ära? In: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 2, 2010.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2013): Wahlen in Chile: Die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. In: GIGA Focus, Nr. 7, 2013.

Unterberger, Fabian (2012): „Juristocracy“ als Herausforderung an Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert: vom Erbe Pinochets zur asamblea constituyente? In: Momentum Quarterly, Vol. 1, Nr. 4, 248-261.

Urrea, Germán (2014): Chile: por un nuevo modelo económico. Para una sociedad democrática, solidaria y sustentable. Santiago de Chile: CEIBO.

Vallejo, Camila (2012): Podemos cambiar el mundo. Mexiko City: Ocean Sur.

Winkelmeier, Klaus (2013): Chiles Politische Ökonomie. Kontinuität und Wandel des abhängigen Entwicklungsmodells in Chile ab dem Pinochetismo bis heute. Diplomarbeit, Universität Wien.

Interviews

Araveno, Roberto (2014): Gewerkschafter der CUT (*Central Unitaria de Trabajadores de Chile*) aus der 5. Region, Valparaíso, 6. September 2014.

Boric, Gabriel (2015): Abgeordneter der *Izquierda Autónoma* (IA) und Ex-Präsident der FECH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile*, 2011-2012), Santiago de Chile (schriftlich per Mail), 19. Mai 2015.

Briceño, Aaron (2014): Seit 2006 in der Studierendenbewegung aktiver Student (Coquimbo, Valparaíso), Valparaíso, 22. September 2014.

Castro, Alan/González, Doris (2015): Sprecher des *Movimiento de Pobladores UKAMAU*, Santiago de Chile, 29. April 2015.

Concha, Dafne (2015): Präsidentin der CORPADE (*Coordinadora de Padres y Apoderados por el Derecho a la Educación*), Santiago de Chile, 7. Mai 2015.

Fielbaum, Andrés (2015): Ex-Präsident der FECH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile*, 2013) und Parteimitglied der *Izquierda Autónoma* (IA), Santiago de Chile, 28. April 2015.

Godoy, Alfonso (2014): Präsident des *Colegio de Profesores* in der 5. Region, Valparaíso, 26. August 2014.

Guerra, Juan (2015): Mitarbeiter im Bildungsministerium und Parteimitglied von *Revolución Democrática* (RD), Santiago de Chile, 23. April 2015.

Higueras, Martín (2014): Wohlfahrtssekretär (*secretario de bienestar*) der FEPUCV (*Federación de Estudiantes de la Pontificia Universidad Católica de Valparaíso*), Valparaíso, 22. September 2014.

Jackson, Giorgio (2015): Abgeordneter von *Revolución Democrática* (RD) und Ex-Präsident der FEUC (*Federación de Estudiantes de la Universidad Católica de Chile*, 2011), Santiago de Chile, 8. Mai 2015.

Matamala, Marta (2015): Amtierende Präsidentin der FEUSACH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Santiago de Chile*), Santiago de Chile, 23. April 2015.

Saavedra, Valentina (2015): Amtierende Präsidentin der FECH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile*), Santiago de Chile, 5. Mai 2015.

Sepúlveda, Melissa (2015): Ex-Präsidentin der FECH (*Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile*, 2013-2014), Santiago de Chile, 8. Mai 2015.

Vázquez, Dario (2015): Generalsekretär des *Colegio de Profesores*, Santiago de Chile, 27. April 2015.

Vielmas, Sebastián (2015): Ex-Generalsekretär der FEUC (*Federación de Estudiantes de la Universidad Católica de Chile*, 2011), Santiago de Chile, 7. Mai 2015.

Internetquellen

Arias, Carlos (2015a): Tribunal Constitucional obliga al Estado a financiar entidades privadas de Educación Superior. In: Diario y Radio UChile, 10.12.2015.

<http://radio.uchile.cl/2015/12/10/tc-declara-discriminatorio-requisitos-para-acceder-a-la-gratuidad> [Zugriff: 12.2.2016]

Arias, Carlos (2015b): Estudiantes y rectores critican poca claridad del gobierno en lineamientos de gratuidad. In: Diario y Radio UChile, 14.12.2015.

<http://radio.uchile.cl/2015/12/14/gobierno-acuerda-lineamientos-para-gratuidad-en-2016> [Zugriff: 12.2.2015]

CONFECH (2015): Principios fundamentales para una nueva educación pública.

<http://www.quechiledecida.cl/> [Zugriff: 11.2.2016]

El Dinamo (2015): A lo Batman y Robin: Giorgio Jackson y Gabriel Boric son los políticos mejor evaluados. 23.11.2015.

<http://www.eldinamo.cl/nacional/2015/11/23/giorgio-jackson-gabriel-boric-cadem-politicos-mejor-evaluados/> [Zugriff: 15.2.2016]

EMOL (2015a): Mineduc deshace últimos cambios a gratuidad y mantiene criterios fijados tras cónclave. 25.8.2015.

<http://www.emol.com/noticias/Nacional/2015/08/25/746681/Mineduc-deshace-ultimos-cambios-a-gratuidad-y-mantiene-criterios-fijados-tras-conclave.html> [Zugriff: 11.2.2016]

EMOL (2015b): Confech convoca a marcha nacional ante exclusión de Ues estatales de la gratuidad. 17.12.2015.

<http://www.emol.com/noticias/Nacional/2015/12/17/764339/Confech-convoca-a-marcha-nacional-ante-exclusion-de-Ues-estatales-de-la-gratuidad.html> [Zugriff: 12.2.2016]

Fernandez, Nicolás/Saavedra, Valentina (2015): Gratuidad sin transformar no es avanzar. In: El Mostrador, 6.10.2015.

<http://www.elmostrador.cl/noticias/opinion/2015/10/06/gratuidad-sin-transformar-no-es-avanzar/> [Zugriff: 11.2.2016]

Gobierno de Chile (2015): Fin al binominal: Conoce el nuevo sistema electoral. 27.4.2015.

<http://www.gob.cl/2015/04/27/fin-al-binominal-conoce-el-nuevo-sistema-electoral/> [Zugriff: 14.2.2016]

La Nación (2015): CONFECH: Le damos una oportunidad al Mineduc para que dé un giro en la reforma. 28.8.2015.

<http://www.lanacion.cl/noticias/pais/educacion/confech-le-damos-una->

[oportunidad-al-mineduc-para-que-de-un-giro-en-la-reforma/2015-08-28/194957.html](http://www.latercera.com/noticia/politica/2015/07/674-640269-9-camila-vallejo-no-tiene-sentido-para-los-comunistas-estar-en-la-nueva-mayoria-si.shtml)

[Zugriff: 11.2.2016]

La Tercera (2015): Camila Vallejo: “No tiene sentido para los comunistas estar en la Nueva Mayoría si no se cumple con el programa”. 26.7.2015.

<http://www.latercera.com/noticia/politica/2015/07/674-640269-9-camila-vallejo-no-tiene-sentido-para-los-comunistas-estar-en-la-nueva-mayoria-si.shtml> [Zugriff: 11.2.2016]

NASDAQ (2016): Latest Price & Chart for High Grade Copper.

<http://www.nasdaq.com/markets/copper.aspx?timeframe=6y> [Zugriff: 20.2.2016]

Publímetro (2015): Confech: gratuidad universitaria es una beca „encubierta“. 30.9.2015.

<http://www.publimetro.cl/nota/cronica/confech-gratuidad-universitaria-es-una-beca-encubierta/xIQoiD!yQQiiN8zgraU/> [Zugriff: 11.2.2016]

Qué Pasa (2016): Jackson y Boric dan los primeros pasos para formar un frente amplio de izquierda. 20.1.2016. <http://www.quepasa.cl/articulo/politica/2016/01/jackson-y-boric-dan-los-primeros-pasos-para-formar-un-frente-amplio-de-izquierda.shtml> [Zugriff: 15.2.2016]

Radio Cooperativa (2015): Gratuidad: Tribunal Constitucional acogió a trámite recurso de la oposición. 1.12.2015. <http://www.cooperativa.cl/noticias/pais/educacion/proyectos/gratuidad-tribunal-constitucional-acogio-a-tramite-recurso-de-la/2015-12-01/112944.html>

[Zugriff: 12.2.2016]

Schaub, Corina (2015): Wechsel im Bildungsministerium in Chile. In: amerika21, 4.7.2015.

<https://amerika21.de/2015/07/124117/neue-bildungsministerin-chile> [Zugriff: 11.2.2016]

Skambraks, Moana (2015): Präsidentin Bachelet treibt neue Verfassung für Chile voran. In: amerika21, 20.10.2015. <https://amerika21.de/2015/10/133854/chile-neue-verfassung-bachelet>

[Zugriff: 15.2.2016]

World Bank (2016): Data: GDP growth (annual %).

<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG> [Zugriff: 20.2.2016]

Danksagung

Mein Dank gilt in erster Linie all meinen ProfessorInnen und KollegInnen am Institut für Internationale Entwicklung, die es mir im Laufe meines Studiums ermöglichten, meinen Horizont deutlich zu erweitern und meinen kritischen Blick zu schärfen. Auch meine Familie sowie meine Freundinnen und Freunde leisteten einen gewaltigen Beitrag zu meinem universitären Erfolg und zur Realisierung der vorliegenden Arbeit. Für ihre ständige Unterstützung, das Korrekturlesen diverser Arbeiten und das Interesse an den Themen, die mich beschäftigen, bin ich ihnen allen sehr dankbar.

Besonderen Dank schulde ich auch Dr. Johannes Jäger. Als Betreuer der vorliegenden Masterarbeit hatte er erheblichen Anteil an der Konkretisierung der Themenstellung sowie an der Strukturierung der Forschungsarbeit und an der wissenschaftlichen Einbettung der gewonnenen Erkenntnisse. Die Zusammenarbeit mit ihm war aufgrund seiner Leidenschaft für die Thematik sehr angenehm und inspirierend.

Zudem möchte ich mich bei den Studierenden in Chile bedanken, ohne die die vorliegende Arbeit nicht existieren würde. Erst durch die Hilfsbereitschaft und Offenheit meiner InformantInnen und FreundInnen in Valparaíso und Santiago konnten die Auslandsaufenthalte einen wichtigen Beitrag zur Vollendung der Forschung leisten. Neben den oben angeführten InterviewpartnerInnen richte ich daher einen besonderen Dank an Andrés, Flavio, Faby, Lya, Melissa und Renato, die mein Verständnis für die kulturellen Gegebenheiten und die sozialen Dynamiken in Chile ungemein bereicherten.